



Dr. Peter Deml:

E.ON Bayern baut sein Gasgeschäft aus

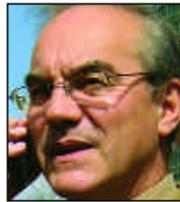
Der E.ON-Vorstandsvorsitzende hat auf der Bilanz-PK einen neuen Fonds zur Unterstützung kommunaler Energie-sparmaßnahmen angekündigt. **Seite 7**



Georg Huber:

Energieverschwendung hat keine Chance

In Hirschhorn gaben der Mühldorfer Landrat und seine Rottaler Amtskollegin Brunni Mayer den Startschuss für ein gemeinsames Projekt. **Seite 11**



Heinz Donhauser:

Profilierung auf Kosten der Kommunen

Der Sprecher für Mobilfunkfragen der CSU-Landtagsfraktion hat das ÖDP-Volksbegehren mitsamt seinem „Regulierungswahn“ kritisiert. **Seite 12**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 9. Juni 2005

56. Jahrgang / Nummer 11

Deutscher Städtetag:

Christian Ude neuer Präsident

Bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Berlin ist der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) zum neuen Präsidenten des Spitzenverbandes gewählt worden. Ude hatte keinen Gegenkandidaten. Unter dem Motto „Die Zukunft liegt in den Städten“ feierte der Kommunalverband in Berlin sein 100-jähriges Bestehen. Er vertritt rund 5.500 Städte und Gemeinden in Deutschland.

Der neue Städtetagspräsident will sich für ein größeres Gewicht der Kommunen innerhalb des politischen Gefüges stark machen. Ude sagte, der Bund müsse aufhören, den Kommunen Aufgaben aufzubürden, ohne die entsprechenden Finanzmittel bereit zu stellen. Dies müsse in die Verfassung mit auf-

die Bundespolitik endlich mal um die Probleme der Städte kümmern, statt sich etwas nasstalt darüber hinwegzusetzen, wie es doch während der Amtsperiode gerne geschieht.“

Überparteiliches Klima

Sein neues Amt betrachte er als große Ehre, erklärte Ude. Mit der Wahl des SPD-Mitglieds Ude als Nachfolger der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth von der CDU wird der turnusgemäße Wechsel zwischen den Parteien in dem überparteilichen Verband vollzogen. Doch eigentlich, betonte Petra Roth, spielten innerhalb des Städtetags parteipolitische Überlegungen eine eher untergeordnete Rolle. Auch ihr Nachfolger betonte das überparteiliche Klima: „Bei vielen



Oberbürgermeister Christian Ude.

genommen werden. Diese Veränderungen seien jetzt im Zuge der Föderalismus-Reform zu beschließen.

Chancen durch Neuwahlen

Gleichzeitig will Ude gegen die Abschaffung der Gewerbesteuer kämpfen. Wenn diese Steuer gestrichen werde, stünden alle deutschen Städte vor dem Abgrund. Die Situation vor der kommenden Bundestagswahl im Herbst sei „chancenreich und günstig“. Ude: „Da muss sich

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayerische Landesausstellung 2005:

„Von Kaisers Gnaden“

„500 Jahre Fürstentum Pfalz-Neuburg“ in Neuburg

Die Gründung eines Staates, die Schaffung einer Residenz und die Umwälzung im Weltbild an der Schwelle vom Mittelalter in die Neuzeit stehen im Mittelpunkt der Ausstellung „Von Kaisers Gnaden! 500 Jahre Pfalz-Neuburg“, die Kunstmaler Thomas Goppel in Neuburg an der Donau eröffnete.

„Die Besucher erwartet eine spannende Zeitreise“, betonte Goppel. Zu erleben sei, so der Minister, ein markanter Ausschnitt der bayerischen und deutschen Geschichte und gleichzeitig „eine reizvolle Episode der europäischen Kulturgeschichte“. Die Ausstellung im Residenzschloss Neuburg an der Donau zeichnet die 500-jährige Geschichte des Fürstentums Pfalz-Neuburg nach, dessen Gebiet Teile der heutigen Regierungsbezirke Schwaben, Oberbayern, Mittelfranken und Oberpfalz umfasste. Gezeigt wird unter anderem eine Fülle hochrangiger Leihgaben aus Österreich, Frankreich sowie den USA. Die moderne, häufig multimedial unterstützte Ausstellungstechnik erschließt dem Besucher auf anschauliche Weise die einzigartige politische und gesellschaftliche Kultur dieser Zeit sowie des Neuburger Hofes. So entsteht ein umfassendes Bild der Bedeutung des Herzogtums Pfalz-Neuburg, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts in das Königreich Bayern einging.

Die Schlossanlage, die im Wesentlichen vom ersten Landesfürsten Ottheinrich erbaut worden war, wurde für ca. 29 Mio. Euro von der Bayerischen Verwaltung der Schlösser, Gärten und Seen aufwendig restauriert und präsentiert sich nun in neuem Glanz.

Die vom Haus der bayerischen Geschichte organisierte Landesausstellung 2005 ist bis zum 16. Oktober täglich von 9 bis 18 Uhr zu besichtigen. Weiterführende Informationen bietet der umfassende Internetauftritt unter www.pfalz-neuburg.hdbg.de.

Konjunktur im bayerischen Handwerk:

Schwacher Start ins Jahr 2005

Das bayerische Handwerk ist in das Jahr 2005 sehr verhalten gestartet. Wie dem jüngsten Konjunkturbericht des Bayerischen Handwerkstages zu entnehmen ist, haben dabei sowohl die allgemeine Konjunkturschwäche wie auch der strenge Winter als Ursache eine Rolle gespielt.

Gegenüber dem ersten Quartal 2004 ist in der Zeit von Januar bis einschließlich März dieses Jahres der Geschäftsklimaindex leicht abgesunken.

Urteil am Quartalsende

Am Quartalsende beurteilten 51 Prozent der Betriebe die seinerzeitige Geschäftssituation als

gut oder befriedigend, 49 Prozent gaben ein negatives Urteil ab.

Die Erwartungen für das laufende Quartal sind ebenfalls gedämpft, denn die schwache binnenwirtschaftliche Entwicklung, insbesondere eine weiterschumpfende Bauproduktion, die sich verschärfende Konkurrenzsituation durch Unternehmen aus den neuen EU-Staaten

DStGB-Fachkongress:

Gemeinden sagen Ja zu Kindern

Dauerhaftes und nachhaltiges Finanzierungskonzept

Bei einer familienpolitischen Fachtagung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Königswinter hat der Erste Vizepräsident des DStGB, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen, Bund und Länder aufgefordert, die Kommunen beim bedarfsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung nicht allein zu lassen. „Wir bemühen uns nach Kräften, die Angebote der Kleinkinderbetreuung zu erweitern, frei werdende Kindergartenplätze umzuwidmen und Tagesmütter zu gewinnen.“

Für diese wichtige Investition in die Zukunft der Gesellschaft muss jedoch die volle Finanzierung dauerhaft gesichert werden“, sagte Schäfer vor mehr als 200 Kommunalvertretern und Experten aus allen Teilen Deutschlands. Er forderte zugleich, bei neuen Gesetzen und Verordnungen eine Familienverträglichkeitsprüfung einzuführen.

Anerkennungskultur

Neben den finanziellen Voraussetzungen sei allerdings auch die Gesellschaft insgesamt gefordert, eine Anerkennungskul-

tur für die Familien zu schaffen. Die Bereitschaft, Kinder großzuziehen und die damit verbundenen Herausforderungen müssten als Wert mehr anerkannt werden, forderte Schäfer. Dazu gehöre die gezielte Förderung der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf, Karrierechancen für Mütter mit Halbtagsstellen, Arbeitszeitmodelle und Fortbildungsmaßnahmen für Mütter zum Wiedereinstieg in das Berufsleben. Hier seien alle gesellschaftlichen Gruppen, also auch die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände gefordert.

Betriebskindergärten

Die Zahl der Betriebskindergärten liege derzeit bei rd. 300 von insgesamt rd. 25.000 Kindergärten. Sie müsse deutlich gesteigert werden. Dabei müsse auch die Möglichkeit verstärkt werden, dass sich Unternehmen (Fortsetzung auf Seite 4)

sowie eine gewisse Skepsis der Zulieferer drücken auf die Stimmung. Lediglich im Nahrungsmittelhandwerk rechnet man mit der Fortsetzung des eingeschlagenen Stabilisierungskurses.

Beschäftigtenzahlen rückläufig

Die Konjunkturschwäche im ersten Quartal führte dazu, dass fünf von sieben Handwerksgruppen eine Eintrübung ihrer Geschäftslage registrierten. Ergebnis: Die Beschäftigtenzahl im bayerischen Handwerk ging Ende März 2005 um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 845.000 Personen zurück. Am stärksten ausgeprägt war dieser Rückgang im Baugewerbe, wo schwache Konjunktur und strenger Winter zusammenfielen. In anderen Handwerksbereichen hielt sich die Beschäftigungsabnahme in engen Grenzen.

Die Betriebsauslastung ging im ersten Quartal dieses Jahres im 12-Monatsvergleich um zwei Prozentpunkte auf 64 Prozent zurück. Im Bauhauptgewerbe war auch hier der Rückgang am (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister will die viel beachtete Aktion „Bücher aus dem Feuer“ nicht als Eintagsfliege ansehen. Mit dem Leiter der VHS und den Schuldirektoren hat er bereits vereinbart, dass nunmehr jedes Jahr eine ähnliche Aktion am 10. Mai stattfindet. Weitere Aktionen stehen ebenso auf dem Programm. **Seite 15**



Woher kommt das Heu? Rund 150 Verbraucher aus dem gesamten Netzwerk „Unser Land“ wollten das beim Buckelwiesentag der „Solidargemeinschaft Werdenfeller Land“ genau wissen. Nähe zum Produkt, Wissen um Hintergründe und Zusammenhänge, transparente Strukturen - auf diesem Weg möchte die Solidargemeinschaft Verbraucher überzeugen und die Kulturlandschaft der Bergregionen schützen und bewahren. Beim Mittenwalder Buckelwiesentag konnte man sich auf erlebnis- und genussreiche Art informieren. Ein strahlend blauer Himmel, Wiesen voll blühendem Enzian, Schlüsselblumen und Mehlprimeln, vor allem aber das große Interesse der Besucher bildeten den Rahmen für eine rundum gelungene Veranstaltung. Prominente Hilfe erhält das Netzwerk von Rosi Mittermaier und Christian Neureuther, die selber Buckelwiesen haben und ihr Heu im letzten Jahr sogar selber ernteten, um es dem Netzwerk zu spenden.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern baut Ganztagsangebote aus	Seite 2
Flexibler Betrieb von Autowaschanlagen	2
Reform der Bezirke weiter im Gespräch	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Deutschland braucht wieder eine Aufbruchstimmung	3
Benesch-Dekrete bleiben eine offene Wunde	3
GRIBS-Kommunalkongress in Eichstätt	4
„Mehr Demokratie“ stellt Bürgerentscheidungsbericht vor	4
GZ-Fachthema: Kommunale Energiefragen	5 - 10
Aus den bayerischen Kommunen	11 - 16

Bayern baut Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche aus

Stewens: „Klares Bekenntnis für Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“
Schneider: „Kommunen bekommen volle Finanzierungs- und Planungssicherheit“

Das Kabinett hat eine positive Bilanz des Ausbaus der Kinderbetreuung in Bayern gezogen. Familienministerin Christa Stewens und Kultusminister Siegfried Schneider kündigten den Einsatz weiterer finanzieller Mittel für Ganztagsangebote an. „Das Angebot einer ganztägigen Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen hat in Bayern Top-Priorität. Wir setzen voll auf eine zügige Erweiterung von Ganztagsangeboten im vorschulischen und schulischen Bereich. Mit Mitteln des Freistaates, der Kommunen und des Bundes gelingt es uns, attraktive und bedarfsorientierte Angebote für eine Mittagsversorgung an Schulen sowie für eine ganztägige Förderung von Kindern und Jugendlichen zu machen. Ziel ist ein flächendeckender Ausbau schon in den nächsten Jahren“, sagten Stewens und Schneider im Kabinett.

Bei den Horten hat Bayern in den letzten zehn Jahren allein für Personalkosten- und Investitionskostenzuschüsse mehr als 280 Millionen Euro investiert. Bereits 2002 hat der Freistaat in einem zusätzlichen Kraftakt ein 313-Millionen-Programm für

die Schaffung von Ganztagsangeboten für Schulkinder und unter Dreijährige aufgelegt, mit dem bis 2006 rund 30.000 zusätzliche Plätze in Krippen und Horten geschaffen werden.

Investitionsprogramm

Die Ausgaben für Ganztagsangebote an Schulen wurden von 2,4 Millionen Euro im Jahr 2002 auf mehr als 54 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2005/06 gesteigert. Die Aufwendungen der kommunalen Haushalte für Kindergärten und Schulen sind in diesen Summen noch gar nicht mit eingerechnet. Gleichzeitig setzt Bayern konsequent Mittel aus dem „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) des Bundes zum Ausbau von ganztägigen Angeboten und Ganztagschulen ein. Insgesamt stehen dem Freistaat bis zum Jahr 2007 rund 600 Millionen Euro zu. Familienministerin Stewens: „Mit dem konsequenten Ausbau der ganztägigen Betreuung und Förderung ist ein klares Bekenntnis Bayerns für eine kinderfreundliche Gesellschaft und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verbunden. Schon jetzt verbinden in Bayern weit überdurchschnittlich viele Frauen Familie und Beruf, nämlich über 63 Prozent, und sogar 68 Prozent aller Frauen mit Kindern unter 18 Jahren.“

Wir schenken nichts her

Die Minister zogen im Kabinett eine positive Zwischenbilanz zur Umsetzung des IZBB-Programms. Kultusminister Schneider: „Alle Bundesmittel werden vollständig und fristgerecht ausgeschöpft. Wir schenken nichts her.“

Dem Sozial- und Familienministerium stehen aus dem IZBB-Programm knapp 120 Millionen Euro in den Jahren 2003 bis 2007 zur Verfügung. Bereits in den ersten beiden Jahren der Programmlaufzeit wurden mehr als 60 Millionen Euro für 99 Projekte der Kindertagesbetreuung, der Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe bewilligt.

144 neue Projekt-Anträge

Für die Jahre 2005 bis 2007 steht beinahe noch einmal dieselbe Summe zur Verfügung. Bis Ende April wurden für das Jahr 2005 allein für den Bereich Horten 144 neue Projekt-Anträge gestellt. Auch nach Ende der Laufzeit des IZBB-Programms wird der Freistaat den bedarfsgerechten Ausbau der Hortangebote konsequent vorantreiben. „Der Gesetzentwurf für das neue Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG), sieht auch weiterhin eine finanzielle Unterstützung der Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Kindertageseinrichtungen für alle Altersgruppen vor. Wir lassen die bayerischen Gemeinden nach Ausschöpfung der IZBB-Mittel nicht im Regen stehen“, sagte Familienministerin Stewens. Bis 2008 soll eine Bedarfsdeckung in allen Bereichen der Kinderbetreuung erreicht sein. Stewens und Schneider: „Unser bundesweit einmaliges - Tempo beim Ausbau der Kinderbetreuung wird nicht gedrosselt.“

480 Millionen an Schulen

An die Schulen gehen rund 480 Millionen Euro aus dem IZBB-Programm. 160 Millionen Euro davon konnte das Kultusministerium bereits in den Jahren 2003 und 2004 bewilligen. Bis 2007 stehen noch einmal knapp 320 Millionen Euro zur Verfügung. Im Jahr 2005 wurden bisher 116 Anträge mit einer Gesamtförderungssumme von 22 Millionen Euro bewilligt. Für 124 weitere entscheidungsreife Anträge werden die Zuwendungsbescheide in den nächsten Tagen erstellt und noch offene Anträge werden bis Ende Juni geprüft.

Baumaßnahmen können starten

Seit 2003 kommen alle Schularten in einem ausgewogenem Verhältnis zum Zug. Kultusminister Schneider: „Wir schaffen noch weit vor Schuljahresende volle Finanzierungs- und Planungssicherheit für die kommunalen Sachaufwandsträger. Die Antragsteller können nach Erhalt der Zusage umgehend mit den Baumaßnahmen beginnen. Damit kommt auch die Mittagsverpflegung vom nächsten Schuljahr an einen weiteren entscheidenden Schritt voran.“

Bayern flexibilisiert den Betrieb von Autowaschanlagen:

Feiertagsschutz bleibt erhalten

Kommunen können Betrieb an Sonn- und Feiertagen ab 12 Uhr zulassen
Beckstein: „Gesetzentwurf wird Verbrauchern, Wirtschaft und dem Schutz der Sonn- und Feiertage gerecht“

Bayern flexibilisiert den Betrieb von Autowaschanlagen an Sonn- und Feiertagen. Der Ministerrat hat einen Gesetzentwurf beschlossen, wonach die bayerischen Städte und Gemeinden künftig selbst entscheiden können, ob sie den Betrieb von Autowaschanlagen auch an Sonn- und Feiertagen ab 12 Uhr zulassen. „Damit machen wir den Weg frei für flexible Lösungen, die den jeweiligen Bedürfnissen vor Ort entsprechen. Der Stadt- oder Gemeinderat weiß am Besten über die örtlichen Verhältnisse und Besonderheiten Bescheid. Deswegen soll die Entscheidung so ortsnah wie möglich getroffen werden“, erklärte Innenminister Dr. Günther Beckstein.

Der vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf wird jetzt zunächst den betroffenen Verbänden, insbesondere dem Bayerischen Städtetag und dem Bayerischen Gemeindetag sowie den Kirchen zur Anhörung zugeleitet. Anschließend wird sich dann der Bayerische Landtag mit dem Entwurf befassen.

Ausgewogener Entwurf

Beckstein: „Mit diesem ausgewogenen Gesetzentwurf tragen wir den Interessen der Wirtschaft und der Verbraucher genauso Rechnung wie dem Schutz der Sonn- und Feiertage. An Sonntagvormittagen, an denen in unseren Kirchen die Hauptgottesdienste stattfinden, bleiben die Waschanlagen auch in Zukunft geschlossen.“ Der Feiertagsschutz wird dadurch sichergestellt, dass an hohen kirchlichen Feiertagen wie Weihnachten, Ostern oder Pfingsten Waschanlagen nicht laufen dürfen.

Wettbewerbsdruck

Mit der Öffnungsmöglichkeit am Sonntagmittag wolle man der besonderen Situation

Steuerschätzung bestätigt Vorprognose

Die endgültigen Ergebnisse der Steuerschätzung für Bayern liegen nach der Regionalisierung vor: Demnach ergeben sich wie bereits veröffentlicht für Bayern erhebliche Mindereinnahmen: Für das Jahr 2005 fehlen knapp 300 Mio. Euro, für das Jahr 2006 knapp eine Mrd. Euro und für die Jahre 2007 und 2008 jeweils deutlich über eine Mrd. Euro.

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser bekräftigte seine Ankündigung, durch strikten Haushaltsvollzug ohne Nachtragshaushalt für das Jahr 2005 zurecht zu kommen. Für das Jahr 2006 stehen zur Steuerung die Verhandlungen für den routinemäßigen Nachtragshaushalt an. Für die Haushalte der Jahre 2007 und 2008 sind zunächst noch drei weitere Steuerschätzungen abzuwarten. Das weitere Vorgehen werde nun wie üblich nach Steuerschätzungen innerhalb der Staatsregierung besprochen, kündigte Faltlhauser an.

Christian Ude ...

(Fortsetzung von Seite 1)
setzen und um konsensfähige Lösungen bemüht sind“, bemerkte Ude.

Altes CSU-Anliegen

Unterdessen hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, Christian Ude zu seinem neuen Amt gratuliert. „Ein guter Einstieg, wenn der neue Präsident als erste Forderung überhaupt gleich ein altes Anliegen der CSU-Fraktion aufgreift“, so Herrmann. „Wir brauchen in der Tat einen verfassungsrechtlichen Schutz davor, dass der Bund den Kommunen ständig neue Aufgaben aufbürdet.“ Der Appell Udes, den Bund hier in die Pflicht zu nehmen, gehe allerdings eindeutig an die Adresse seiner eigenen Partei und die rote grüne Bundesregierung.

Herrmann forderte Ude auf, in seiner eigenen Partei mit seinem berechtigten Anliegen vorstellig zu werden und dabei auch mit Nachdruck die Entflechtung der Aufgaben von Bund und Kommunen zu verfolgen. Das Hineinregieren des Bundes in die Angelegenheiten der Kommunen müsse ein Ende haben. „Die Union hat dazu in der Föderalismuskommission klar Stellung bezogen und steht dazu auch nach der Wahl. Wir dürfen gespannt sein, welche Position die SPD einnimmt.“ DK

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Meinrad Bernhardt
87766 Memmingerberg
am 15.6.
Bürgermeister Josef Niedermeier sen.
83539 Pfaffing
am 15.6.
Bürgermeister Johann Setzle
86977 Burggen
am 26.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Lorenz Albert
97232 Sulzdorf a. d. L.
am 18.6.
Bürgermeister Karl Kratz
97785 Mittelsinn
am 19.6.
Bürgermeister Gerd Werner
92660 Neustadt a. d. Waldnaab
am 21.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Oberhauser
91471 Westheim
am 18.6.
Bürgermeister Roland Schnappauf
96358 Reichenbach
am 20.6.

Bürgermeister Horst Fuhrmann
97892 Kreuzwertheim
am 21.6.

Bürgermeister Ludwig Watzinger
am 21.6.

Bürgermeister Arnulf Neumeyer
85072 Eichstätt
am 22.6.

Bürgermeister Robert Erdl
94086 Bad Griesbach i. Rottal
am 25.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Diener
97837 Erlenbach
am 18.6.

Bürgermeister Karl Haßlmeyer
91722 Arberg
am 25.6.

Bürgermeister Gerhard Schenkel
97320 Sulzfeld a. Main
am 25.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Obermeyer
91790 Nennslingen
am 19.6.

Bürgermeister Winfried Franz
92259 Neukirchen b. Sulzbach
am 26.6.

Bayerischer Gemeindetag zu Metropolregionen:

Im ländlichen Raum liegt Bayerns Stärke!

Brandl: Den zunehmenden Zentralismus eindämmen!

„Mit großem Unbehagen registrieren die Gemeinden und Städte im ländlichen Raum Bayerns die stetig voranschreitende Konzentration von Wirtschaft und Verwaltung im Freistaat auf die Ballungsräume“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, auf der Präsidiumssitzung des Verbands in München. „Hinter dem neomodischen Begriff Metropolregion verbirgt sich nichts anderes als eine Stärkung der Ballungsräume. Ich appelliere an die Staatsregierung, den ländlichen Raum nicht abzuhängen. Etwaige Fördergelder des Freistaats dürfen nicht nur in Metropolregionen fließen. Auch der ländliche Raum braucht Geld!“

Seit einiger Zeit macht das Wort „Metropolregionen“ die Runde. Man propagiert die Schaffung solcher Gebilde rund um die Metropolen München und Nürnberg, um der Wirtschaft größere Anreize zu Investitionen in diesem Raum zu geben. In den neu geschaffenen Beschlussgremien der Metropolregionen sitzen ausschließlich Vertreter der Wirtschaft, der Großstädte und der jeweils größten Stadt aus den beteiligten Landkreisen. Brandl: „Es ist inakzeptabel, dass Vertreter des ländlichen Raums keinen Sitz und keine Stimme in diesen Gremien haben. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kleinen und mittelgroßen Gemeinden müssen gleichfalls mitreden und mitbestimmen können!“ Keinesfalls dürfen Metropolregionen finanziell besonders gefördert werden. Brandl: „Nicht die florierenden Ballungsräume brauchen Finanzspritzen, sondern der mit zahlreichen Strukturproblemen belastete ländliche Raum. Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden. Das Landesentwicklungsprogramm verlangt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Dies würde durch die spezielle Förderung von Metropolregionen unterlaufen.“

schen werden dürfen, ist das für die Autofahrer ebenso schwer zu verstehen wie für die Tankstellenpächter. Wir wollen mit der Öffnungsmöglichkeit am Sonntagmittag ein Stück Chancengleichheit für viele kleine und mittelständische Unternehmer schaffen, die seit der Einführung der Ökosteuer durch Rot-Grün wegen der deutlich niedrigeren Benzinpreise in den Nachbarstaaten ohnehin mit schweren Wettbewerbsnachteilen zu kämpfen haben.“ Beckstein wies darauf hin, dass inzwischen auch in Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen ein Betrieb von Waschanlagen an Sonn- und Feiertagen möglich ist.

Chancengleichheit

Beckstein: „Wenn in Österreich und Tschechien, aber auch in unserem Nachbarland Thüringen die Autos sonntags gewa-

Städtetag sucht tragbare finanzielle Ausgleichs-Regelungen:

Reform der Bezirke weiter im Gespräch

Staatsregierung will auch Hilfe zur Pflege auf Städte und Landkreise verlagern

Der Bayerische Städtetag erwartet eine grundlegende Reform der Bezirke. Diese dürfe aber nicht zu Lasten der Städte gehen. Zumindest ein Teil der Bezirksaufgaben muss nach Auffassung des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, auf den Staat und auf die Städte und Landkreise verlagert werden.

Schaidinger hat vorgeschlagen zu prüfen, ob die Eingliederungshilfe für Behinderte bei einem einzigen überörtlichen Sozialhilfeträger, möglicherweise in staatlicher Hand, angesiedelt werden kann. Der Rest der Sozialhilfe könnte dann, ebenso wie die Hilfe zur Pflege, von den örtlichen Trägern, also den kreisfreien Städten und Landkreisen, durchgeführt werden. Ungelöst ist aber die Frage, wie die dann auf die örtlichen Träger zukommenden Kosten gerecht verteilt werden. Die Städte und Landkreise können nur dann neue Aufgaben übernehmen, wenn sie dafür einen finanziellen Ausgleich erhalten. Dieser Ausgleich muss sich allerdings an den tatsächlichen Belastungen der einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise orientieren. Die Senkung der Bezirksumlagen, die durch die Aufgabenverlagerung eintreten müsste, reicht dazu alleine nicht aus.

Finanzieller Ausgleich

Deutlich wird dieses Problem am Beispiel der Verlagerung der Zuständigkeit für die Hilfen an Ausländer und Aussiedler von den Bezirken auf Städte und Landkreise. Eine dadurch möglich werdende Senkung der Bezirksumlagen würde alle Städte und Landkreise entsprechend ihrer Umlagekraft entlasten, unabhängig davon, wie

viele Sozialhilfekosten für den betroffenen Personenkreis vor Ort tatsächlich anfallen. Da in den Städten der ausländische Bevölkerungsanteil weitaus höher ist, als in den ländlichen Gebieten, ginge dies ohne zusätzlichen finanziellen Ausgleich zu Lasten der Städte. „Das ist für uns nicht akzeptabel“, bekräftigte Schaidinger.

Expertenarbeitsgruppe

Der Bayerische Städtetag hat eine Expertenarbeitsgruppe beauftragt, die sich mit den finanziellen Auswirkungen einer Reform der Bezirke befassen soll. Sie soll vor allem einen tragbaren finanziellen Ausgleichsmechanismus für Kostenverlagerungen auf die kreisfreien Städte und Landkreise finden. Ein Zwischenergebnis liegt noch nicht vor.

Hilfe zur Pflege

Die Bayerische Staatsregierung will offenbar neben der Zuständigkeit für die Hilfen an Ausländer und Aussiedler auch die gesamte Hilfe zur Pflege von den Bezirken auf Städte und Landkreise übertragen. Die kommunalen Spitzenverbände werden sich hierzu nun kurzfristig konkret äußern müssen. Der Verband der Bezirke hat bereits mitgeteilt, dass er die Verlagerung der Hilfe zur Pflege ablehnt. IBSt

Ministerpräsident Dr. Stoiber beim 56. Sudetendeutschen Tag:

Benesch-Dekrete bleiben eine offene Wunde

Rund 50.000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland / Scharfe Kritik an Bundesregierung

Augsburg (jdt) „Die Vertreibung der Deutschen, die Vertreibung der Sudetendeutschen war und bleibt vor der Geschichte ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein großes und schweres Unrecht“, mit dieser Grundsatzklärung stellte sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bei der Hauptkundgebung des 56. Sudetendeutschen Tages in Augsburg voll und ganz hinter die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Der Schirmherr der Volksgruppe kündigte zugleich anhaltenden Widerstand gegen den Fortbestand der Benesch-Dekrete an, mit denen die Vertreibung und Entrechtung von 3,5 Millionen Sudetendeutschen und Hun-

den Bischof Josef Koukl verliehen hätten. „Zutiefst dankbar“ äußerte sich der Schirmherr, dass die Bischöfe in dem Nachbarland seit langem für eine aufrichtige Versöhnung mit den Sudetendeutschen einträten. Auch in

ten u. a. die Gattin des Ministerpräsidenten, Karin Stoiber (von ihren Landsleuten mit Beifall überschüttet), der begeistert begrüßte Vorkämpfer für ein vereintes Europa Dr. Otto von Habsburg, die Sozialministerin Christa Stewens, Landtagspräsident Alois Glück, Landwirtschaftsminister Josef Miller, Weihbischof Josef Grünwald und Diplomaten aus mehreren Ländern. Posselt richtete an die Prager Regierung die Aufforderung, das neue Europa gestalten zu helfen und nicht „politische Geisterfahreie“ zu betreiben.

Vorbild Bischof Koukl

Landtagspräsident a. D. Johann Böhm, Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, merkte an, die politisch Verantwortlichen in Tschechien seien uneinsichtig und rückwärtsgewandt. Herausragend sei das Vorbild des Karlspreis-Trägers Bischof em. Josef Koukl.



Vereint beim Gesang der Nationalhymne am Schluss der großen Hauptkundgebung beim 56. Sudetendeutschen Tag in Augsburg (von rechts): Karin Stoiber, Schirmherr Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt MdEP, Vertriebenenbischof Gerhard Pieschl (selbst Sudetendeutscher), der neue Träger der höchsten Auszeichnung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, des „Europäischen Karlspreises“, der tschechische Bischof em. Dr. Josef Koukl, der Repräsentant des Hauses Habsburg, Dr. Otto von Habsburg. Bild: -jdt-

der tausenden Ungarn gerechtfertigt wurden. Stoiber wörtlich: „Diese Dekrete sind eine offene Wunde in Europa ... Ich werde mich mit deren Fortbestand niemals abfinden ... und diese Dekrete passen nicht in ein gemeinsames Europa“. Scharfe Kritik übte der Ministerpräsident an der Bundesregierung.

„Auf gleicher Augenhöhe...“

In der vollbesetzten Schwabenhalle des Augsburger Messezentrums wurde Stoibers Rede immer wieder von starkem Beifall und „Bravo“-Rufen unterbrochen. Der anhaltende Applaus steigerte sich noch, als der Schirmherr die Prager Regierung zu einem Dialog mit den Sude-

diesem Jahr habe sich die tschechische Bischofskonferenz hervorgerufen mit einem wahrhaft christlichen Zeichen, die Vertreibung verurteilt und zur Versöhnung mit den früheren deutschen Bürgerinnen und Bürgern aufgerufen.

Papst Benedikt zitiert

Auf die Erfahrungen mit den Diktaturen des 3. Reiches und der Kommunisten hinweisend, forderte Stoiber im Blick auf die Katastrophe der Vertreibungen den Prozess der Wahrheit. Papst Benedikt XVI. habe als Erzbischof von München und Freising 1979 beim Gottesdienst auf dem Sudetendeutschen Tag gesagt: „Nur die Annahme der Wahrheit

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

tendeutschen auf gleicher Augenhöhe aufforderte. Kontraproduktiv sei es jedoch, wenn Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer „im Ausland auf die Vertriebenen einhauen, anstatt sie in ihrem Dialoganliegen zu unterstützen“. Stoiber fuhr fort: „Ständig spricht der Kanzler von Teilhabegerechtigkeit, vom Mitnehmen der Menschen auf schwierigen Wegen. Für die Vertriebenen gilt dies offensichtlich nicht.“

Der Kirche „zutiefst dankbar“

Ein schönes Zeichen der Sudetendeutschen nannte es Stoiber, dass sie den Karlspreis in diesem Gedenkjahr an den tschechi-

kann heilen“. Dem richtigen und klugen Wort des jetzigen Papstes sei - so bekräftigte Stoiber - in ganz Europa eine breite Wirkung zu wünschen. Mit allem Nachdruck plädierte er für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ am Standort Berlin.

Eine „Geisterfahreie“

Der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt MdEP, konnte zahlreiche Repräsentanten aus Politik, befreundeten Organisationen und Kirche begrüßen.

Neues Europa gestalten

Ihre Verbundenheit bekunde-

Leitmeritz. Er habe die Vertriebenen eingeladen, wieder in den Kirchen der Heimat in ihrer Sprache - auf deutsch - zu beten und zu singen. Gewürdigt wurde Koukl auch für seine Tapferkeit in der Zeit der Diktatur.

Vatikan ehrt Neubauer

Eine besondere Überraschung war die Auszeichnung des früheren langjährigen Sprechers und Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Staatsminister a. D. Franz Neubauer, durch den Vatikan. Papst Benedikt XVI. ernannte Neubauer zum Ritter des Gregoriusordens.

Zu den Höhepunkten gehörte das Pontifikalamt mit dem deutschen Vertriebenenbischof Gerhard Pieschl, Limburg, Bischof Koukl, dem Visitor der Sudetendeutschen, Pater Norbert Schlegel, und dem Vertreter der Diözese Augsburg, dem aus Freudenthal im Ostsudetenland stammenden Domkapitular Dietmar Bernt.

„Böhmisches Dorffest“

Geprägt war das Großtreffen von rund 50.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland und von Hunderten Einzelveranstaltungen und Sehenswürdigkeiten, vom „Böhmisches Dorffest“ bis zum großen Volkstumsabend, einem „Schatzkästlein“, Konzerten, Trachtenschauen, Vorträgen und heimatlichen Spezialitäten für Geist und Gaumen, einschließlich der weltberühmten „Karlsbader Oblaten“, die heute bei der Wetzlar Oblaten- und Waffelfabrik in Dillingen/Donau hergestellt werden.

Münchner SPD-Fachforum:

Kampf dem Feinstaub!

Einen Tag nach dem richtungweisenden Spruch des Stuttgarter Verwaltungsgerichts, das wegen der Überschreitung der EU-Feinstaubgrenzwerte als erstes Gericht in Deutschland einer Klage stattgegeben und die sofortige Aufstellung eines Aktionsplans zur Luftreinhaltung angeordnet hat, veranstalteten die SPD-Landtagsfraktion und die Münchner Rathaus-SPD ein gemeinsames Fachforum zum Thema Feinstaub, in dem Hintergründe und Lösungsmöglichkeiten des Problems erörtert wurden.

Forumsvorsitzender Ludwig Wörner, MdL, begrüßte die Stuttgarter Entscheidung: „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn es trägt den Anliegen und Sorgen der Bürger Rechnung, die konkrete Maßnahmen gegen die Feinstaubbelastung einfordern.“ In den Ausschüssen und im Plenum des Landtags hätten die CSU-Mehrheit und die Fraktion der Grünen einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion mit einem Zehn-Punkte-Maßnahmenbündel - vom Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs über die Einrichtung von City-Logistik-Terminals und die Umrüstung der staatlichen Dienstflotte und der ÖPNV-Fahrzeuge bis hin zur Umsetzung von kommunalen Luftreinhalteplänen - in Bausch und Bogen abgelehnt. „Damit lassen die Grünen und die CSU die Bürger im Stich und auch die Städte in den bayerischen Ballungsräumen werden mit den schwierigen Aufgaben allein gelassen.“ betonte Wörner.

City Maut der falsche Weg

Wolfgang Fischer, Geschäftsführer von City Partners München, dem Zusammenschluss der Wirtschaftsverbände, wie auch der Bayerische Städtetag erläuterten, wie wichtig schlüssige Konzepte zur Feinstaubproblematik auch für die Gewerbetreibenden der Städte sind. Dabei stimmten sie den anwesenden Experten zu, dass eine City-Maut oder Straßensperrungen nicht die richtigen Maßnahmen darstellen, da sie die Problematik nur örtlich verlagerten, anstatt

GZ Kolumne Luitpold Braun

Offenbar leben wir in einem Jahr unerhörter Neuerungen. Zunächst wurden wir Zeugen der großen Veränderungen in Rom. Der Tod Papst Johannes Paul II. löste einen Pilgerstrom aus, wie ihn die Welt bisher nicht gesehen hatte. Viele dieser Menschen forderten damals die Heiligsprechung des verstorbenen Papstes. Jetzt wird zumindest schon an der Seligsprechung gearbeitet. Diese Entwicklung ist nicht nur ob ihrer Schnelligkeit erstaunlich, denn in den letzten 500 Jahren wurden nur zwei Päpste heilig gesprochen, Pius V. (1566-1572) und Pius X. (1903-1914).

Danach folgte die Überraschung eines kurzen Konklaues mit einem bayerischen Papst als Ergebnis. Die Wahl Benedikt XVI. hat viele Menschen in unserem Land sehr berührt. Jetzt verändern sich die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland in einem geradezu unglaublichen Tempo. Die Umwälzungen in Nordrhein-Westfalen nach 39 Jahren SPD-Herrschaft, die mit der Pleite des Landes endete, haben die Resignation



der gegenwärtigen Bundesregierung mit Neuwahlen zur Folge.

Bei diesen Wahlen haben die Menschen in Deutschland die Chance, den Niedergang des Landes abzuwählen und für einen Wechsel zu sorgen. An die Stelle von Resignation, ja manchmal sogar von Depression der Betroffenen in Wirtschaft und Gesellschaft, könnte dann wieder eine optimistische Grundhaltung treten. Der Boden für den Aufschwung wäre damit gelegt.

Hoffen wir, dass die Wahl im September auch ein solches Ergebnis erbringt.

Die Umwälzungen in Nordrhein-Westfalen nach 39 Jahren SPD-Herrschaft, die mit der Pleite des Landes endete, haben die Resignation

gen. An die Stelle von Resignation, ja manchmal sogar von Depression der Betroffenen in Wirtschaft und Gesellschaft, könnte dann wieder eine optimistische Grundhaltung treten. Der Boden für den Aufschwung wäre damit gelegt.

Hoffen wir, dass die Wahl im September auch ein solches Ergebnis erbringt.

Die Umwälzungen in Nordrhein-Westfalen nach 39 Jahren SPD-Herrschaft, die mit der Pleite des Landes endete, haben die Resignation

big, „die Masse all dessen zusammen macht“.

Das Konzept der EU zum Thema Feinstaub könne noch nicht schlüssig sein, da die Quellen und Verursacher noch nicht klar und abschließend definiert werden können, fuhr Wichmann-Fiebig fort. Eine Anpassung der Werte auf den aktuellen Kenntnisstand sei in Arbeit. „Auf alle Fälle geben die gegenwärtigen und zukünftigen Feinstaubwerte Anlass zu handeln!“ So müssten die Luftqualitätsstandards der EU durch eine Regelung der Emissionsminderung ergänzt werden.

Gesundheitliche Folgen

Die gesundheitlichen Folgen einer hohen Feinstaubkonzentration legte Professor Dr. Holger Schulz vom Münchener Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF) dar, wonach die Zunahme von Feinstaubkonzentrationen in der Luft eine deutliche Rolle bei Lungener-

krankungen wie Asthma und Lungenentzündung sowie bei Herz-Kreislaufkrankungen spielt. Hierbei sei wichtig, wie stark und oft eine hohe Konzentration des Feinstaubes in der Luft auftritt. Bei chronischer Belastung seien schwerwiegende gesundheitliche Folgen unmittelbar nachzuweisen. Daher forderte auch Schulz, Fahrzeuge mit Partikelfiltern auszustatten, das Verkehrsaufkommen zu reduzieren, die Verkehrsführung zu optimieren und das Transportaufkommen mit Schwerlastwagen quer durch die EU zu verringern.

Mehr Geld für Messungen

Die Vertreter von zwölf großen und kreisfreien bayerischen Städten machten deutlich, wie wichtig es sei, zusätzliche finanzielle Mittel zugeteilt zu bekommen, um weitere Messstationen in ihren Kommunen einrichten zu können, die ein verlässlicheres Bild der tatsächlichen Feinstaubbelastung zulassen. Der Schutz der Bürger, so war man sich einig, habe hier Vorrang vor finanzpolitischen Überlegungen des bayerischen Finanzministers. DK

Novelle des Naturschutzgesetzes

Das bayerische Kabinett hat die Novelle des bayerischen Naturschutzgesetzes beschlossen. Umweltminister Dr. Werner Schnappauf erklärte hierzu: „Der Gesetzentwurf sichert die hohe Naturqualität in Bayern. Unsere strikte 1:1-Umsetzung schöpft dabei alle Potenziale der Flexibilisierung, Deregulierung und Vereinfachung aus“. Als Beispiel hob der Minister das neue Ökokonto hervor, das bei gleichbleibendem hohem Schutzniveau mehr Flexibilität bringe.

Denn bereits vor einem Eingriff können Maßnahmenträger Kompensationen schaffen und auf einer Art Konto sammeln. Dadurch werden schon zu einem frühen Zeitpunkt Flächen zum Vorteil der Natur aufgewertet und insgesamt das Verfahren beschleunigt. Auch werden durch die Novelle die beiden bisher nebeneinander bestehenden Naturschutznetze, das europäische „Natura 2000“ und das bayerische „BayernNetzNatur“ zusammengeführt. „So können durch das neue Gesetz Synergien genutzt und die große Bedeutung des Arten- und Biotopschutzes noch stärker zum Ausdruck gebracht werden. Das neue Naturschutzrecht setzt Schnappauf zufolge weiterhin auf kooperativen Naturschutz. Das heißt, dass auch künftig Naturschutz gemeinsam mit der Bevölkerung, den Verbänden, Grundeigentümern und Landnutzern umgesetzt werden soll.“

GRIBS-Kommunalkongress in Eichstätt:

„Kommune 2050“

Demografischen Wandel aktiv gestalten

Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird schrumpfen. Darüber sind sich alle Forschungsinstitute und Statistiker einig, auch wenn das Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs und dessen Auswirkungen noch uneinheitlich und regional unterschiedlich kommentiert werden. Auf einem zweitägigen Kongress des GRIBS-Bildungswerkes in Eichstätt, die in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung durchgeführt wurde, erörterten Fachleute zusammen mit Bund-, Landes- und Kommunalpolitikern mögliche Strategien, um den Auswirkungen vor Ort rechtzeitig zu begegnen.

Oliver Fuchs vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturplanung an der Universität Hannover (IES) machte zunächst deutlich, dass es notwendig ist, mit einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren. Diese sollte verstärkt auf Innenentwicklung setzen: Flächenrevitalisierung, Nachverdichtung, Umnutzung und Sanierung stellen die wesentlichen Stützen dar.

Planungsempfehlungen

Am Beispiel der Nutzung regenerativer Energien (Potenziale eines solaren Städtebaus) stellte Fuchs folgende Planungsempfehlungen aus städtebaulicher Sicht vor:

Gemeinden sagen Ja ...

(Fortsetzung von Seite 1) zusammenschließen und gemeinsam zusätzliche Betreuung organisieren.

Die Kommunen leisten ihren Beitrag in vielfältiger Form und in vielen Städten und Gemeinden gehört die lokale Familienpolitik zum Leitbild, das gemeinsam mit den Bürgern entwickelt wird. Mit großem Erfolg beteiligen sich bereits 145 Kommunen an der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familien“. Ihr Leiter, Jan Schröder, sprach von einer Erfolgsstory. Die Initiative finde breiten Zulauf und die Unterstützung von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Schwerpunkt sei es, in den meisten Orten, die Kinderbetreuung auszubauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Familienbewusste Personalmaßnahmen

Der Vertreter der von der Herbie-Stiftung getragenen Einrichtung Beruf & Familie gGmbH präsentierte ihr Audit „Beruf und Familie für Unternehmen“. Durch das Audit werden u. a. Stärken und Schwächen familienbewusster Personalmaßnahmen identifiziert und Hilfe bei der Umsetzung neuer Maßnahmen gegeben. Entwickelt wurde auch eine betriebswirtschaftliche Datenbank, die die Wertschöpfung bemisst, welche das Audit in den Unternehmen bewirkt. Dadurch soll den Unternehmen gezeigt werden, dass sie mit ihren Maßnahmen auch einen konkreten Nutzen für ihr eigenes Unternehmen schaffen.

Mittelstand und Familie

Petra Schackenberg, Projektmanagerin „Balance von Familie und Arbeitswelt“ von der Bertelsmann-Stiftung stellte das Portal „Mittelstand und Familie“ vor. Das Portal bietet ab Juni 2005 einen neuartigen und kostenlosen Beratungsservice mit praxistauglichen Lösungen mit konkreten Anleitungen und Checklisten, z.B. zum Aufbau einer eigenen Kinderkrippe oder der Einführung eines Jahresarbeitsmodells. Das Angebot wird abgerundet durch eine telefonische Infoline mit Experten und aufbereitetem Hintergrundwissen wie z.B. Fortbildungsmodulen für Multiplikatoren in Unternehmen und Verbänden.

- ≪ Schwerpunktsetzung auf die Bestände der 50er, 60er und 70er Jahre
- ≪ Integration der Sanierungsmaßnahmen in ein städtebauliches Konzept
- ≪ Keine aktive Solartechnik an den Fassaden von Vorkriegsbeständen aufgrund ihrer hohen Eingriffsempfindlichkeit
- ≪ Keine aktive Solartechnik an den Fassaden der Stadträume der 50er Jahre, Ausbildung kompletter Solardächer.

Oberbürgermeister Wolfgang Kreil (CSU) aus der nordostoberfränkischen Porzellanstadt Selb berichtete über den Zusammenbruch der Porzellan- und Textilindustrie, den damit zusammenhängenden Strukturwandel und wie die Stadt Selb

Best Practices

Die Tagung stand ganz im Zeichen von praktischen Beispielen über die Familienpolitik. In drei Workshops wurde über Best Practices aus Kommunen und Unternehmen und dem Lokalen Bündnis berichtet. Im Fachforum I „Best Practices aus Kommunen“ schilderte u.a. Rudi Schmid-Geiger, Schulsozialarbeiter aus dem baden-württembergischen Amtzell (3.500 Einwohner) die unterschiedlichen Maßnahmen in der Gemeinde. Die Gemeinde legt Wert darauf, über den Arbeitskreis Dorfgemeinschaft das Miteinander der verschiedenen Einrichtungen in Amtzell zu fördern und zu planen. Schmid-Geiger hob die Vorteile kleinerer Gemeinden hervor, da über die Vereine und Verbände ein funktionierendes Netzwerk geschaffen werden könne. So organisiert sich z.B. die Krabbelgruppe selbst. Weitere Maßnahmen sind z.B. das Kinderhaus Sonnenblume für eine altersgemischte Gruppe (3-12 Jahre), eine verlässliche Grundschule, ein Kindergarten im Altenheim sowie die Wohnanlage „Jung und Alt“, in der junge Familien und Senioren zusammen wohnen und gemeinsame Aktivitäten organisieren.

Verzahnung von Jugendhilfe und Schule

In einer Diskussionsrunde wurden anschließend zahlreiche Fragen nach der Finanzierung, der organisatorischen Ausgestaltung und der Förderung durch das Land gestellt. Es zeigte sich ein Unterschied zwischen den einzelnen Bundesländern sowohl bei der Höhe der Förderung wie bei der Weitergabe des sog. 4 Mrd. Euro Programms des Bundes durch die Länder. Die organisatorische Ausgestaltung vor Ort wird durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten erschwert. Von einigen Teilnehmern wurde darauf verwiesen, dass in kleineren Kommunen die Umsetzung derartiger Maßnahmen leichter möglich sei als in größeren Städten. Gleichwohl war die Verzahnung von Jugendhilfe und Schule bei den Teilnehmern unumstritten, ebenso die Feststellung, dass Ganztagsbetreuung im Elementarbereich insbesondere aber in den Grundschulen stärker unter dem Bildungsaspekt gesehen werden müsse. **DK**

mit Hilfe des staatlichen Förderprogramms „Stadtumbau-West“ und der Bund-Länder-Förderung „Die soziale Stadt“ dem Wandel begegnet.

Dem Wandel begegnen

Einstmals lebten in Selb 24.000 Einwohner; inzwischen sind es nur noch 18.000. Bei seiner Vision „Selb 2030“ habe er, Kreil, folgende Schwerpunkte gesetzt: Ein kleineres Selb soll ein liebens- und lebenswertes Selb sein. Die ländliche Struktur der Landschaft soll Lebensqualität bedeuten, die offenen Grenzen eine Vielfalt kultureller und gesellschaftlicher Angebote sowie Frieden und Freiheit auf Dauer bringen. Die wirtschaftliche Basis der Stadt soll durch ein gut gemischtes Portfolio kleiner und mittlerer Betriebe dargestellt werden, im Fremdenverkehr werden weitere Chancen gesehen. Das Porzellan bleibt das Medium, mit dem für die Stadt gewonnen werden soll. Die Bürger sollen schließlich vermehrt gesellschaftliches Leben selbst und direkt tragen.

Kreil zufolge war es nicht einfach, den Bürgern den unvermeidbaren Schrumpfungsprozess „zu verkaufen“. Die Software in den Köpfen sei nach wie vor auf „mehr, größer, schneller“ programmiert.

Veränderte Altersstruktur

Wie Sigrid Engelbrecht, Stadträtin aus Bayreuth, betonte, zeigten alle Studien, dass Bayern vom demografischen Wandel nicht verschont bleibt. Die Auswirkungen gestalteten sich sehr unterschiedlich. Während Nordostoberfranken bereits jetzt und auch Ostbayern schon in näch-

Schwacher Start ...

(Fortsetzung von Seite 1) stärksten, das Nahrungsmittelgewerbe konnte einen leichten Anstieg des Auslastungsgrades registrieren.

Rückläufige Auftragslage

Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Auftragslage zu registrieren. Die Auftragsreichweite lag Ende März 2005 bei 4,8 Wochen, eine halbe Woche unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresstandes. Geringe Neubautätigkeit, Verdrängungswettbewerb durch subventionierte Ich-AGs, 1-Euro-Jobs und osteuropäische Anbieter sind ursächlich für diesen Rückgang. Ein Spezialfall sind die Zahntechniker: Die seit Jahresbeginn 2005 gültige Festzuschuss-Regelung für Zahnersatz hat zu einem deutlichen Auftragseinbruch geführt.

Steigende Einkaufspreise

Während die Einkaufspreise teilweise seit Jahresbeginn fühlbar angezogen haben, hält der Druck auf die Absatzpreise der Handwerker weiter an. In der Summe führen beide Entwicklungen zu einer schlechteren Ertragssituation der Handwerksbetriebe. Die Investitionsneigung hat sich nach einer leichten Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2004 wieder etwas verringert. Da die gesamtwirtschaftliche Belebung im Inland langsamer vorankommt als erwartet, stellen die Betriebsinhaber größere Investitionsmaßnahmen auch wieder zurück. Die verengten finanziellen Spielräume aufgrund einer schmalen Eigenkapitalbasis und angespannter Ertragslage tun ein Übriges. **≪**

ter Zukunft mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert seien. „werden in vielen anderen Regionen, die im Moment noch wachsen, die Kommunen vor allem durch die Veränderung der Altersstruktur vor neue Aufgaben gestellt“.

Anforderungskatalog

Nach Anhörung der Experten von der Bertelsmann Stiftung, vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturplanung und vom Staatsinstitut für Familienbildung formulierten die grünen Kommunalpolitiker einen Anforderungskatalog an die Landespolitik, um die Herausforderungen des demografischen Wandels rechtzeitig zu begegnen. Christine Kamm, kommunalpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion: „Je früher

sich Kommunen realistisch auf die demografischen Entwicklungen einstellen, desto zukunftsfähiger sind sie. Nicht die Kommunen, die jetzt noch möglichst viele Neubauflächen ausweisen, werden zukünftig die Gewinner sein, sondern diejenigen, die den demografischen Wandel aktiv gestalten.“

Reform des Zuschusswesens

Die Entwicklung müsse auch für die Förderpolitik der Landesregierung Konsequenzen haben, forderte der Landtagsabgeordnete Martin Runge: „Bayerische Strukturförderung wie auch Fördermittel aus Bayern generell fließen häufig in Prestigeprojekte, sehr oft auch in florierende Ballungsräume, eine nach demografischen Gesichtspunkten notwendige sachgerechte Verteilung

findet nicht statt. Die Grünen halten deshalb eine Reform des Zuschusswesens für überfällig.“

Umdenken auf vielen Politikfeldern

Die sinkenden Bevölkerungszahlen und der steigende Anteil älterer Menschen erfordert nach Auffassung der grünen Kommunalpolitiker ein Umdenken, das viele Politikfelder betrifft, vor allem die Verkehrsplanung, die Bauleitplanung, den Bedarf an Wohnraum, aber auch die sozialen Einrichtungen wie Sozialstationen oder Pflegeeinrichtungen. Subventionen wie die Eigenheimzulage oder die Entfernungsprämie würden jedoch die falschen Entwicklungen fördern und sollen nach dem Willen der Grünen abgeschafft werden. **DK**

„Mehr Demokratie“ stellt Bürgerentscheidungsbericht für Bayern vor

Wieder Anstieg von Bürgerbegehren und -entscheiden zu verzeichnen

Die Vereinigung „Mehr Demokratie e.V.“ hat ihren Bericht bayerischer Bürgerbegehren und Bürgerentscheide für das Jahr 2004 vor gestellt. Demnach sind im vergangenen Jahr 105 Bürgerbegehren initiiert worden, die zu 71 Bürgerentscheiden geführt haben. Damit ist die Zahl im Vergleich zu den Vorjahren leicht gestiegen.

Nunmehr sei erkennbar, dass sich nach dem „Boom“ der ersten Jahre, die Anzahl der Verfahren auf ca. 80-110 neu eingeleiteter Bürgerbegehren und ca. 70 Bürgerentscheide stabilisiere. Insgesamt fanden 1.313 Bürger- und Ratsbegehren bis zum Jahresende 2004 statt, die in 808 Fällen in einen Bürgerentscheid mündeten. Auch die Abstimmungsbeteiligung pendelte sich mit durchschnittlich 49,7 Prozent auf recht hohem Niveau ein.

Quorum verfehlt

Als problematisch wertet man bei „Mehr Demokratie“ die Tatsache, dass 17 Prozent aller Bürgerentscheide, das seit April 1999 geltende Quorum nicht erreichen. Besonders betroffen davon seien größere Städte, insbesondere aber Gemeinden und Städte zwischen 10.000 und

50.000 Einwohner, wo 40 Prozent aller Entscheide am Quorum scheiterten.

Im Hinblick darauf, wer sich bei einem Bürgerentscheid durchsetzt sei festzustellen, dass in der Mehrheit der direktdemokratischen Verfahren die Position des Gemeinderats bestätigt werde. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide seien also keine Blockademittel der Gemeindepolitik.

Münchener Hochhausentscheid

Bei der Betrachtung, welche Themen im Jahr 2004 hauptsächlich Inhalt eines Bürgerbegehrens waren, stellte sich heraus, dass vornehmlich die Politikbereiche „Öffentliche Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen“, sowie „Bauleitpläne“ gewählt wurden. Großes Auf-

hen erregte der Bürgerentscheid in München zur Hochhausplanung, aber auch ein eingeleitetes Begehren in Berchtesgaden, das die Zusammenlegung von fünf Gemeinden zum Ziel hat. Wie schon im Jahr zuvor fanden auch wieder drei landkreisweite Bürgerentscheide statt, die sich gegen die Privatisierung von Kreiskrankenhäusern richteten.

Kritik an Landkreis Lindau

Besonders kritisiert wurde von „Mehr Demokratie“ der unfaire Umgang mit einem Bürgerentscheid im Landkreis Lindau statt. Hier sei der Abstimmungstermin kurzfristig auf einen Mittwoch in den Sommerferien gelegt worden, zudem wurden keine Abstimmungsbenachrichtigung verschickt und nur sehr wenige Abstimmungslokale geöffnet. Eine Klage, die bis zum bayerischen Verwaltungsgerichtshof weitergeleitet wurde, blieb im Eilverfahren jedoch ohne Erfolg.

Weitere Informationen: <http://www.mehr-demokratie.de>

Bayerische City- und Stadtmarketingmanager:

Aktionskreis gegründet

Auf Initiative des Handelsverbandes BAG Bayern und auf Anregung der Stadtmarketing Traunstein GmbH fand in München die konstituierende Sitzung des Aktionskreises der bayerischen City-Manager und Stadtmarketing-Manager statt. Zur Auftaktveranstaltung waren zahlreiche Vertreter von City- und Stadtmarketing-Einrichtungen aus vielen bayerischen Regionen gekommen.

Der BAG ist ein Verband, dessen Mitgliedsbetriebe des Einzelhandels mehrheitlich in den Innenstädten angesiedelt sind, und er möchte mit dieser Initiative aktive Lobbyarbeit für City- und Stadtmarketing betreiben, da diese Institutionen wichtige Funktionen innerhalb der Vitalisierung der Innenstädte übernehmen. Gemeinsam sollen attraktive Städte und eine erfolgreiche Standortentwicklung für die Unternehmen gefördert werden.

Aktive Lobbyarbeit

Das in regelmäßigen Abständen tagende Gremium hat sich zusammen mit dem Handelsverband BAG Bayern, der die administrative und inhaltliche Leitung für die anstehenden Aufgaben übernimmt, folgende wesentliche Ziele gesetzt: Aktive politische Lobbyarbeit für das City- und Stadtmarketing in Bayern als starke Vertretung dieses Berufsstandes, schneller und effizienter Erfahrungsaustausch unter Kollegen, Erarbeitung von Positionspapieren zu aktuellen Themen sowie Erfahrungsaustausch über die Aufgabenfelder im Stadtmarketing.

Im Benchmark der Städte sieht Jürgen Pieperhoff, Geschäftsführer der Stadtmarketing Traunstein GmbH die Chance, Veränderungen schneller zu erkennen und die Chance, darauf schneller zu reagieren. Außerdem, so Pieperhoff, brauchen die Klein- und Mittelbetriebe eine intensivere Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen durch die Landespolitik. Als Beispiel nannte er die gigantische Entwicklung von Einzelhandelsflächen in Salzburg, die nur möglich sind, weil Österreich kein mit Bayern vergleichbares Raumordnungsverfahren hat. Hier folgt das Gremium gerne der Forderung von Pieperhoff, künftig in engen Dialog mit der bayerischen Staatsregierung zu treten und diese Themen aufzugreifen.

Sorge wegen Fußball-WM

Allgemein bedauerten die Stadtmarketingverantwortlichen der kleineren und mittleren Städte, dass die Lizenzrechte, die bei der kommenden Fußballweltmeisterschaft 2006 zu beachten sind, es kaum zulassen, große Leinwände zur Fußballweltmeisterschaft 2006 aufzustellen,

da die Einschränkungen möglicher regionaler Sponsoren eine Finanzierung der Leinwände nahezu unmöglich machen. Hier werde folglich die örtliche Gastronomie gefordert sein, den Fußball-Fans eine stimmige Plattform zu bieten.

Handelsketten müssen sich engagieren

Schnell wurde während der Diskussion klar, dass die derzeitigen Aufgaben in allen Städten deckungsgleich sind: Leerstandsmanagement, Stärkung der Innenstadt, Stärkung der Fachgeschäfte, um nur einige zu nennen. Auf Vorschlag von Pieperhoff wird das Gremium auf die Vorstände der Groß- und Filialbetriebe zugehen und diese auffordern, auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Innenstadt zu leisten. Der örtliche Fachhandel, der schon heute viel dazu beiträgt, dass die Innenstädte schön und liebenswert aussehen, müsse auch durch das Engagement der Handelsketten ergänzt werden. Am Beispiel des Umbaus Maxstraße im letzten Jahr zeigte der Geschäftsführer aus Traunstein auf, dass die Filialketten meist wenig geneigt sind, einen Beitrag zu den Aktivitäten der Fachhändler zu leisten. Dies müsse anders werden, war die einhellige Meinung der Citymanager und Stadtmarketingverantwortlichen. **DK**

Bayerische Akademie der Wissenschaften:

Perspektiven der Energiewirtschaft

Münchner Symposium mit hochkarätigen Referenten

Die Bayerische Akademie der Wissenschaften als traditionsreiche Organisation nutzt im Rahmen ihres 2003 gegründeten „Ständigen Ausschusses für Ingenieur- und Angewandte Naturwissenschaften“ mit der Bezeichnung „BadW Forum Technologie“ ihren Sachverstand, um über Themen aus der Technik zu informieren. Aktuellstes Beispiel hierfür ist ein Münchner Symposium, das sich mit den „Perspektiven der Energiewirtschaft – technisch, politisch, gesellschaftlich“ beschäftigte.

Die große Menge an energiepolitischen Maßnahmen, die im Verlauf der vergangenen 20 Jahre getroffen wurde, habe die Gefahr mit sich gebracht, dass diese sich gegenseitig neutralisieren

und ihre Wirkung damit verpufft, betonte eingangs Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker vom Max-Planck-Institut zur Erforschung der Gemeinwirtschaftsgüter in Bonn. Gerade das Bei-

spiel der Förderung von Wind- und Solarenergie zeige dies in einem besonders klaren Fall.

„Schwerer Fehler“

Zwar sei das Thema der Kernenergie in großem Umfang emotionsgeladen und es habe Zeiten gegeben, in denen eine klare Mehrheit in Deutschland gegen Kernenergie votierte, so von Weizsäcker. Persönlich aber sei er der Meinung, „dass der Aus-

stieg aus der Kernenergie energiepolitisch, wirtschaftspolitisch und vor allem klimapolitisch ein schwerer Fehler ist“.

Aber selbst, wenn man der Meinung sein sollte, dass Deutschland auf Kernenergie verzichten kann, dürfe man nicht die Auffassung vertreten, „dass der deutsche Verzicht auf Kernenergie der erste Schritt des weltweiten Ausstiegs aus der Kernenergie ist“.

Diversifizierte Erzeugungsstruktur

Als Rahmenbedingungen für die Stromerzeugung von morgen bezeichnete Prof. Dipl.-Ing. Rainer Frank Elsässer, E.ON Energie AG, München, die Beibehaltung einer diversifizierten Erzeugungsstruktur, die Ausnutzung des technischen Fortschritts zur Verbesserung der Effizienz und die effizienzgesteuerte Förderung neuer Technologien. Hinzu kämen standortsichernde klimapolitische Ziele, die Beibehaltung des freien Marktpreissystems sowie die Zulassung integrierter Marktteilnehmer.

Ausstoß exakt bestimmter Mengen Kohlendioxid berechnen, wird auch die N-ERGIE berührt. Es wurden entsprechende Anträge für die Heizwerke und das Heizkraftwerk Sandreuth gestellt und N-ERGIE hat entsprechende Zertifikate erhalten. Durch die moderne GuD Technik im HKW Sandreuth hat N-ERGIE mehr Emissionsberechtigungen als benötigt und besitzt dadurch eine gute Ausgangsposition für den Zertifikatehandel. Für das Geschäftsjahr 2005 rechnet N-ERGIE mit einer positiven Geschäftsentwicklung. ☞

Schicksalsfrage

Energie sei eine „Schicksalsfrage für den Globus“, bemerkte Professor Dr. Dr. F. J. Radermacher vom Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissenschaften in Ulm. Der Mensch lebe in einer schönen, aber auch komplizierten Welt. Alle Bewohner des Erdballs müssten miteinander „in einer Welt vielfältiger Kulturen in kleinräumiger Nähe und auf teilweise bereits dichtbesiedeltem Boden“ miteinander auskommen.

Letztlich würde hierfür die Entwicklung eines effizienten weltweiten technisch-ökonomischen Systems benötigt, verbunden mit geeigneten gemeinsamen ethischen Leitlinien. Die beiden wichtigsten Leitlinien, die offensichtlich gebraucht werden, seien übrigens nicht neu: „Es sind dies vielmehr uralte Leitlinien aller Religionen, nämlich zum einen der Respekt vor der Natur und die Entscheidung, nur von den Zinsen der Natur leben zu wollen, zum anderen der Respekt vor der Würde des anderen und damit die Bereitschaft, diese vorhandenen Zinsen der Natur angemessen mit anderen zu teilen.“

Zentralisierung der Emissionen

Eine solche ethische Grundhaltung führe zu Friedensfähigkeit. Es sei eine wichtige staatsgesellschaftliche Aufgabe, diese ethischen Prinzipien umzusetzen. Radermacher: „Wir sind alle gefordert, neben den Beiträgen zur Wohlstandsvermehrung auch zu vernünftigen friedensfähigen Ordnungssystemen persönlich beizutragen. Eine solche Sicht führt auch zur Versöhnung

unserer verschiedenen intellektuell-wissenschaftlichen Kulturen.“

Prof. Dr.-Ing. Ulrich Wagner vom Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Anwendungstechnik, TU München/Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V., München, zeigte Visionen der Energiewelt für das Jahr 2050 auf. Neben der Dezentralisierung der Energieeffizienz im Sinne eines Einsatzes rationeller Energietechnik bei vielen Anwendungen mit kleiner Leistung und hohen Stückzahlen beim Endverbraucher (z. B. Gebäudeheizung, Fahrzeuge etc.) nannte er die Zentralisierung der Emissionen durch Bereitstellung von am Anwendungsort emissionsfreien Endenergieträgern aus großen, zentralen Anlagen. Damit sei die Handhabung der verbundenen Emissionen technisch einfacher und ökonomisch tragbarer als das „Einsammeln“ von Emissionen aus Millionen von Einzelanwendungen.

Ganzheitliche Kriterien

Weitere Vision: Die Diversifizierung der Primärenergieträgerstruktur und Nutzung aller konventionellen und erneuerbaren Energieoptionen (z.B. Substitution von Mineralölprodukten im Straßenverkehr). Die Wahl von Energieträgern und Energietechniken erfolge demnach nach ganzheitlichen Kriterien, nicht nach politischer Stimmungslage und Marketingtauglichkeit. Basis hierfür sei ein globaler Austausch konventioneller und erneuerbarer Energieträger, der eine zeitliche und örtliche Optimierung von Energieangebot und -bedarf ermöglicht mit einer Kombination aus die Kontinente überspannenden Transporteinrichtungen und regionalen Speichersystemen. **DK**

N-ERGIE Jahresabschluss 2004:

Mit Kontinuität und Stabilität ein gutes Ergebnis erzielt

2004 war für die N-ERGIE ein erfolgreiches Geschäftsjahr, geprägt durch Kontinuität und Stabilität. Der Vorstand zeigte sich in der Bilanzpressekonferenz in Nürnberg insgesamt zufrieden mit der Entwicklung und den erzielten Ergebnissen.

Trotz erheblicher Bewegungen am Markt gelang es mit wettbewerbsfähigen Preisen und umfassenden Dienstleistungsangeboten die bestehenden Marktanteile zu verteidigen und neue zu erschließen. Die Ertragskraft konnte weiter gesteigert werden. Bei einer weiterhin schwachen Konjunktur in Deutschland stieg der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent (42,8 Mio. Euro) auf 1.163,6 Mio. Euro. Unter den zehn großen Stromversorgern in Deutschland liegt N-ERGIE nach Erhebung des Branchenverbandes VDEW auf Platz acht.

Hohe Anlagenintensität

Das Betriebsergebnis betrug im Berichtsjahr 99,1 Mio. Euro im Vergleich zu 91,4 Mio. Euro im Vorjahr. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags wurden 61,3 Mio. Euro an die Städtischen Werke Nürnberg GmbH abgeführt. Die Thüga als außenstehender Aktionär erhält eine Ausgleichszahlung über 21,5 Mio. Euro. Die Bilanzsum-

me mit der Stadt Stein gründete die N-ERGIE Tochtergesellschaft impleaPlus GmbH am 2. November 2004 die IPSt Infrastruktur- und Projektgesellschaft Stein mbH. Die impleaPlus ist an der neuen Gesellschaft mit 49 Prozent beteiligt.

Verankerung in der Region

Im abgelaufenen Geschäftsjahr investierte der N-ERGIE Konzern 129,0 Mio. Euro, davon 120,7 Mio. Euro in Sachanlagen. Das Erweitern und Instandhalten der Netze war dabei nicht nur ein wichtiger Beitrag zu Versorgungssicherheit, sondern vor allem zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Daneben zeigt sich die enge Beziehung der N-ERGIE zu ihrem angestammten Wirtschaftsraum in einem verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt und durch das vielfältige Unterstützen bei kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen.

Die Geschäftsaktivitäten und -ergebnisse des N-ERGIE Konzerns waren 2004 wesentlich

anpassung notwendig. Zunächst ermöglichten sinkende Bezugskosten zum 1. April eine Preissenkung um durchschnittlich 1,7 bis 3,7 Prozent. Zum 1. Oktober mussten die Erdgaspreise um durchschnittlich 6,2 Prozent angehoben werden. Der Stromabsatz sank um 5,4 Prozent auf 7,00 Mrd. Kilowattstunden (kWh). Die absatzstärkste Kundengruppe stellten die Industriekunden mit 39,7 Prozent. Der Anteil der Privatkunden betrug 35,3 Prozent. Stadt- und Gemeindewerke trugen mit 25,0 Prozent zum Gesamtabsatz bei.

Strombezugskosten steigen

Kommunale Erdgasversorger und regionale Erdgaslieferungsgesellschaften stellen mit einem Anteil von 43,6 Prozent des Erdgasbezugs die größte Kundengruppe dar. Der Absatz der Wärmeversorgung fiel minimal um 0,6 Prozent auf 1,23 Mrd. kWh. Der Wasserabsatz ging witterungsbedingt um 2,0 Mio. auf 32,2 Mio. Kubikmeter zurück.

Der Materialaufwand nahm um 3,9 Prozent auf 775,7 Mio. Euro zu. Mit einem Anteil von 73,4 Prozent am gesamten Materialaufwand dominierte der Aufwand für den Strom- und Erdgasbezug. Der Strombedarf wurde überwiegend durch Bezug von der SYNECO sowie durch Eigenherzeugung aus dem HKW Sandreuth und die Abnahme regenerativer Einspeisemengen gedeckt.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 3,3 Mio. Euro und weist ein Plus von 9,9 Mio. Euro aus. Es wird von dem positiven Beteiligungsergebnis in Höhe von 8,7 Mio. Euro getragen.

Ausblick 2005

Zum Sommer 2005 soll das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in Kraft treten. Die N-ERGIE hat sich darauf vorbereitet und beobachtet aufmerksam den Aufbau der Regulierungsbehörde. Vor allem bietet die innovative Konzernstruktur der N-ERGIE für das so genannte Unbundling flexible Handlungsmöglichkeiten. Von dem zum 1. Januar 2005 gestarteten europaweiten Handel mit Emissionszertifikaten, die zum



v.l.n.r.: Vorstandsmitglied der N-ERGIE Wilhelm Probst, Sprecher des Vorstands der N-ERGIE Herbert Dombrowsky, Vorstandsmitglied der N-ERGIE Werner Juling und Pressesprecherin der N-ERGIE Rita Kamm-Schuberth. Foto: N-ERGIE Aktiengesellschaft

me kletterte um 12,4 Mio. Euro auf 1.223,6 Mio. Euro. Branchentypisch ist die hohe Anlagenintensität mit 74,6 Prozent am Gesamtvermögen. Bei der Kapitalstruktur entfallen 41,9 Prozent auf das Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel.

Struktur gefestigt

Die N-ERGIE hat ihre Konzern- und Gruppenstruktur weiter ausgebaut und gefestigt. Im Mittelpunkt der Beteiligungspolitik stand 2004 weniger das Eingehen neuer Beteiligungen als vielmehr das Stärken der bestehenden Allianzen. Zusammen

von der N-ERGIE Aktiengesellschaft bestimmt. Die stark gestiegenen Bezugskosten, Steuer- und Abgabenbelastungen zwingen die N-ERGIE die Strompreise ab 1. 1. 2004 im Allgemeinen Tarif um durchschnittlich 2,2 bis 3,0 Prozent anzuheben. Auch bei den Produkten waren Preis Anpassungen unumgänglich. In einem Umfeld steigender Preise und stagnierender Absatzzahlen konnten im weiteren Jahresverlauf die Strompreise stabil gehalten werden. Damit zählt die N-ERGIE zu einem der günstigsten Stromanbieter in Deutschland. Im Erdgasmarkt war bei N-ERGIE eine zweimalige Preis-

VDE-Studie zur Stromversorgung 2020:

Drei Wege in die Energie-Zukunft

Wie viel darf die Energieversorgung von morgen kosten? Hat erste Priorität die Einhaltung und sogar Unterschreitung der Kyoto-Ziele, also die deutliche Verringerung der Emissionen beim Treibhausgas Kohlendioxid? Wie viel Windenergie verkraften die deutschen Stromnetze? Unter dem Titel „Elektrische Energieversorgung 2020 - Perspektiven und Handlungsbedarf“ hat die Energietechnische Gesellschaft im VDE (ETG) eine umfangreiche Studie erstellt, die unter anderem diese Fragen beantwortet bzw. Handlungsoptionen aufzeigt.

Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit steht die Energiewirtschaft vor weitreichenden Veränderungen. Ein wichtiger Schritt, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu drosseln und die CO₂-Emissionen zu verringern, ist der Ausbau der erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie. Dieser Prozess hat in vielen Ländern begonnen, benötigt jedoch einen langen Atem, um technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden und die notwendigen Veränderungen sozial verträglich zu gestalten. Die VDE-Studie beleuchtet in drei möglichen Szenarien, welche Auswirkungen auf Deutschland bis 2020 resultieren und welchen Anteil die regenerativen Energien erlangen könnten.

Handlungsbedarf

Bis 2020 müssen bundesweit rund 40 Gigawatt (GW) Kraftwerksleistung erneuert und aufgrund der Energiepolitik über 20 GW Kernkraftwerksleistungen ersetzt werden. Zusätzliche Kapazitäten an fossilen Reservekraftwerken werden durch den steigenden Windenergieanteil benötigt. Angesichts der langen Planungs- und Bauzeiten bei Kraftwerken besteht daher

höchster Entscheidungs- und Handlungsbedarf, so die VDE-Studie.

„Variante Wind“

Die „Variante Wind“ unterstellt - entsprechend der offiziellen Energiepolitik - eine intensive Förderung regenerativer Energien, insbesondere der Windkraft, und den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2020. Die entstehende Energielücke wird in diesem Szenario durch Gasimporte geschlossen. Der CO₂-Ausstoß wird den gemäß Kyoto-Vorgabe schon für 2012 geforderten Wert von 302 Mio. Tonnen erst in 2020 mit 292 Mio. Tonnen knapp unterschreiten. Mit 123 Mrd. Euro fallen die höchsten Investitionskosten an, vor allem auch als Folge der bei Windenergienutzung notwendigen Reservekapazitäten. Hinzu kommt eine zunehmende Importabhängigkeit.

Relevanter Beitrag

Das zweite Szenario erreicht das Kyoto-Ziel kostengünstiger. Es geht davon aus, dass die jüngeren Kernkraftwerke länger betrieben werden und 2020 noch die Hälfte der heutigen Strommenge liefern. Auch in

diesem Modell leisten die regenerativen Energien mit 15 Prozent einen relevanten Beitrag zur Stromerzeugung. Der Investitionsaufwand sinkt um knapp 40 Mrd. auf 85 Mrd. Euro.

Weniger Treibhausgas

Drastisch weniger Treibhausgas ist das Kennzeichen im Szenario 3 des VDE. Die erneuerbaren Energien werden einen Anteil von 26 Prozent an der

VBEW-Jahrespressekonferenz:

Normalität im Wettbewerb

Das Jahr 2001 war vor allem durch steigende Strompreise, die neu ausgehandelte Verbändevereinbarung II und durch mehr Normalität im Wettbewerb gekennzeichnet, zog der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW, bei seiner Jahrespressekonferenz Bilanz.

Außerdem haben die Bayern 0,6 Prozent mehr Strom verbraucht als im Jahr 2000. Die gesamten 70 Milliarden Kilowattstunden verbrauchten Strom stammen aus heimischen Kraftwerken. „Dies muss auch in Zukunft so bleiben“, fordert der VBEW-Vorstandsvorsitzender Peter Deml.

Bayern müsse als Kraftwerkstandort mit einem umweltfreundlichen Energiemix erhalten bleiben. Dabei warnte Deml vor einer einseitigen Fokussierung auf Gas. „Gas ist momentan stark im Trend, da es effizient eingesetzt werden kann.“ Es werde aber zu 82 Prozent importiert und sei vom Ölpreis abhängig. Dies könne Risiken für die Versorgungssicherheit mit sich

bringen. 16 Prozent des Stroms in Bayern stammen aus Wasserkraft. Damit liegt Bayern nach wie vor an der Spitze der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Deml: „Der Ausschluss großer Wasserkraftwerke aus der Förderung erneuerbarer Energien sowie immer höhere Auflagen stellen die Wasserkraftbetreiber aber zunehmend vor Probleme. Wir fordern daher den Erhalt der heimischen Wasserkraft.“

Stromversorgung erreichen, die Nutzung der Kernenergie bleibt auf heutigem Niveau. Der Ausstoß von CO₂ sinkt in dieser Rechnung von 314 Mio. Tonnen im Jahr 2003 um 39 Prozent auf 192 Mio. Tonnen 2020. Die Reduzierung des Treibhausgases um 122 Mio. Tonnen ist mehr als fünfmal so hoch wie bei der Variante Wind. Braunkohle würde - anders als Steinkohle - weiter verstromt. Die Investitionskosten lägen bei knapp unter 100 Mrd. Euro und damit zwischen erstem und zweitem Szenario. Die Importabhängigkeit wäre gering. **DK**

bringen. 16 Prozent des Stroms in Bayern stammen aus Wasserkraft. Damit liegt Bayern nach wie vor an der Spitze der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Deml: „Der Ausschluss großer Wasserkraftwerke aus der Förderung erneuerbarer Energien sowie immer höhere Auflagen stellen die Wasserkraftbetreiber aber zunehmend vor Probleme. Wir fordern daher den Erhalt der heimischen Wasserkraft.“

Der Kunde profitiert

Auch in Bayern hätte sich gezeigt, dass der Wettbewerb in vollem Gang sei, ergänzte Herbert Dombrowsky, VBEW-Vorstandsmitglied, und nannte folgende Beispiele: Die Kunden haben durch die stark gesunkenen Strompreise vom Wettbewerb profitiert. Die Energieversorger in Bayern haben mit bis zu 70 anderen Anbietern Stromdurchleitungen vereinbart. Die meisten Stromversorger haben seit der Liberalisierung neue Strommärkte entwickelt. Mehr als 15 Prozent der Haushaltskunden und 25 Prozent der Gewerbekunden haben einen neuen Vertrag mit ihrem alten Anbieter geschlossen. Auch in Bayern haben im vergangenen Jahr die Strompreise wieder angezogen.

Auslöser war dem VBEW zufolge vor allem der Staat durch die steigende Ökosteuer und das Erneuerbare-Energien- und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Deml: „Die Staatsquote am Strompreis macht bereits 40 Prozent aus und wird weiter steigen.“ Der VBEW fordert daher, allgemeine Staatsausgaben nicht dem Stromverbraucher aufzubürden. **☞**

„Strom für Bayern 2005“

Der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft VBEW hat die Broschüre „Strom für Bayern 2005“ mit den aktuellen Branchen- und Stromzahlen vorgelegt. Darin wird erneut über Stromerzeugung und -verbrauch, über Strukturveränderungen bei den Energieversorgungsunternehmen, über die Entwicklung der Strommärkte und natürlich über das Thema erneuerbare Energien in Bayern informiert. „Strom für Bayern 2005“ kann somit zum nützlichen Wegbegleiter werden, um Informationen und Zahlen zur Stromversorgung in Bayern schnell und auf einen Blick zur Hand zu haben. **☞**

Ziegelwerk Klosterbeuren:

Neue Photovoltaik-Anlage in Betrieb

Klosterbeuren (jm). Das Ziegelwerk Klosterbeuren setzt auf erneuerbare Energien: Der mit einer jährlichen Ziegelproduktion von über 200.000 Tonnen größte Mauerziegelhersteller Schwabens nahm jetzt eine neue Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 126,7 Kilowatt in Betrieb, die täglich circa 1000 Kilowattstunden in das Stromnetz des Energieversorgers LEW einspeist und laut Unternehmensangaben zu den größten Anlagen dieser Art im Allgäu zählt.

Insgesamt zieren 768 Solarzellen die Dachflächen der Klosterbeurer Produktionshallen. Mit dem ökologisch erzeugten Ziegelwerk-Strom mit einer Gesamtleistung von 120.000 Kilowattstunden pro Jahr kann der Bedarf von 30 Privathaushalten gedeckt werden. Durch den Betrieb der über 1000 Quadratmeter großen Anlage vom führenden Solaranbieter Sharp wird jedes Jahr eine Schadstoffreduzierung von 75 Tonnen Kohlendioxid (CO₂), 65 Kilogramm Schwefeldioxid und 200 Kilo Stickoxide erreicht.

„Die Investition von über einer halben Million Euro ist ein klares Bekenntnis des Ziegelwerkes zum konsequenten Umweltschutz. Wir wollen damit gezielt in unserem Jubiläumsjahr einmal mehr die ganzheitliche unternehmerische Verantwortung gegenüber der Natur dokumentieren“, erklärt der technische Geschäftsführer des Ziegelwerkes Klosterbeuren, Hubert Thater. Das Ziegelwerk Klosterbeuren feiert heuer sein 200-jähriges Bestehen.

Unter dem Motto „Ton in Ton mit der Natur“ lege das Unternehmen traditionell sehr starken Wert auf besonders umweltscho-

nende Produktionsverfahren. „Wir produzieren täglich nahezu abwasser- und abfallfrei über 500.000 Ziegel, wobei wir im Verlauf der vergangenen 15 Jahre den Einsatz von Primärenergie fast halbieren konnten“, betont Thater. Bereits im Jahr 1994 nahm das Ziegelwerk Klosterbeuren als eines der ersten Ziegelwerke der Welt eine thermisch regenerative Rauchgasreinigungsanlage in Betrieb.

Das Ziegelwerk Klosterbeuren zählt mit einer Jahresproduktion von 130 Mio. Ziegeln zu den bedeutendsten Mauerziegelherstellern in Süddeutschland. 70 Mitarbeiter erwirtschaften am Produktionsstandort in Klosterbeuren (Unterallgäu) einen Jahresumsatz von zuletzt 15 Millionen Euro (2004). Hauptabsatzgebiete sind Schwaben mit Schwerpunkt Allgäu, die Ostschweiz, Tirol, Vorarlberg, Südtirol und Norditalien.

Die Geschichte des Ziegelwerkes Klosterbeuren reicht zurück bis ins 14. Jahrhundert, als vom damaligen Kloster in einem Ziegelstadel erstmals Ziegel für den Eigenbedarf hergestellt wurden. Im August 1805 wurde der Ziegelstadel im Rahmen der Säkularisation privatisiert. **☞**



Setzen auf erneuerbare Energien: die beiden Geschäftsführer des Ziegelwerkes Klosterbeuren, Thomas und Hubert Thater (von links). Foto: ZWK

206.000 Euro für Biomasse Heizwerk Steingaden

Für den Bau eines Biomasseheizwerkes hat Landwirtschaftsminister Josef Miller der „Südwärme Gesellschaft für Wärmelieferung AG“ einen Zuschuss von knapp 206 000 Euro zugesagt. Die Gesamtkosten liegen bei etwa 605 000 Euro. Die Anlage versorgt kommunale und kirchliche Gebäude in Steingaden mit umweltfreundlicher Biowärme. Herzstück der Anlage ist ein Holzhackschnitzkessel mit 350 Kilowatt Leistung.

Miller bezeichnete die Investition als hervorragendes Beispiel für klima- und ressourcenschonende Energieversorgung. So spart der Einsatz von Biomasse jährlich 110.000 Liter Heizöl. Dadurch wird der Ausstoß von rund 350 Tonnen Kohlendioxid vermieden. Denn bei der Verbrennung von Holz wird nur so viel des Treibhausgases freigesetzt, wie vorher beim Aufwuchs gebunden wurde.

Angesichts knapper werdender fossiler Brennstoffe kommt nach den Worten Millers der energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe eine immer größere Bedeutung zu. Energiegewinnung aus Biomasse ist zudem ein wichtiges agrarpolitisches Ziel in Bayern. Miller: „Wärme und Strom aus Stall, Feld und Wald haben Zu-

kunft.“ Die Rohstoffe kommen von ortsansässigen Bauern und Waldbesitzern. Dies bedeutet gerade für die oft von rückläufigen Einnahmen betroffene Land- und Forstwirtschaft eine zusätzliche Einkommensquelle.

Hohe Einsparungen

Von 1990 bis Ende 2004 hat die Staatsregierung insgesamt 209 Millionen Euro, davon 171 Millionen Euro Landesmittel, überwiegend in die Energieerzeugung aus Biomasse investiert. Durch den Einsatz von Biomasse werden in Bayern pro Jahr 2,3 Milliarden Liter Heizöl ersetzt und damit rund sechs Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart. Biomasse deckt im Freistaat vier Prozent des Primärenergieverbrauchs. **☞**

E.ON Bayern baut sein Gasgeschäft aus

Strompreise 2005 stabil, aber die Gaspreise steigen
Spezialangebot zum Energiesparen für Kommunen

Energie wird auf Dauer teurer. Zwar wird es im laufenden Jahr keine Erhöhung der Strompreise mehr geben, wohl aber werden die Gaspreise angehoben. Dies kündigte Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG, die seit Anfang 2005 als integrierter Strom- und Gasversorger agiert und Marktführer auf dem bayerischen Energiemarkt ist, in der Bilanz-Presskonferenz an. Um für die Kunden mehr Berechenbarkeit zu schaffen, bietet E.ON Bayern Produkte mit mehrjähriger Preisstabilität an, bei denen der Strom „einen Tick teurer“ ist, wie sich Deml ausdrückte. Für Geschäftskunden gibt es dieses Angebot schon, für Privatkunden kommt es zum Jahreswechsel 2005/2006. Speziell auf Kommunen ist ein neuer Fonds zur Unterstützung kommunaler Energiesparmaßnahmen zugeschnitten.

Deml wandte sich gegen den Vorwurf, über die Energiepreise würden die Kunden abgezockt. Die Preisentwicklung bei Strom sei vergleichsweise moderat verlaufen. Trotz gestiegener Strombeschaffungskosten habe sich der um Steuern und Abgaben bereinigte Strompreis für den durchschnittlichen Haushaltskunden gegenüber dem Niveau von 1998 um rund 60 Euro pro Jahr reduziert, weil fast alle Energieversorger unter dem Druck von Markt und Wettbewerb ihre Preise gesenkt hätten. Aufgezehrt worden seien die Preisvorteile aber durch eine inzwischen 40-prozentige Staatslast (Steuern, Abgaben, Gebühren).

Steigende Strompreise

Wie es mit den Strompreisen weitergeht, hänge in erster Linie von der Entwicklung der Primärenergiepreise und von politischen Entscheidungen ab. So zeige die Preiskurve für Kohle und Gas seit Ende der 90er Jahre nach oben. Fallende Preise seien derzeit nicht in Sicht. Als weiteren Grund für tendenziell steigende Strompreise führte Deml die Kosten durch den Umbau der deutschen Erzeugung an. Er nannte die Belastungen durch den Ausbau der Erneuerbaren Energie, was über 20 Jahre etwa 100 Mrd. Euro koste, den Ausstieg aus der Kernenergie, was Ersatzanlagen auf Gas- und Kohlebasis erfordert, aber auch die Erneuerung der konventionellen Kraftwerke, die inzwischen einen zu niedrigen Wirkungsgrad haben. Der letzte Punkt allein wird E.ON Energie 20 Mrd. Euro kosten. Deml ist auch überzeugt, dass der Staatsanteil am Strompreis weiter steigen wird. Als Gründe nannte er den steigenden Anteil regenerativer Energien an der gesamten Stromerzeugung und damit auch das nach dem Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) steigende Subventionsvolumen.

Gesetzliche Belastungen

Allein 2004 wurden in Bayern fast 16.000 Photovoltaik-, rund 120 Biomasse und mehr als 20 Windkraftanlagen errichtet. Dieser Boom belastet inzwischen die bayerischen Stromverbraucher mit rund 300 Mio. Euro im Jahr. Bundesweit beträgt der Aufpreis auf den Strompreis über 2 Mrd. Euro. Preistreibend wirken laut Deml auch das System der Emissionszertifikate und die anstehende Netzregulierung, „die mit einem gigantischen Verwaltungsaufwand verbunden ist“. Durch „gesetzliche Belastungen“ sind die Aufwendungen für Ökosteuer, Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz und EEG um knapp 12 Prozent gestiegen. Zudem hat sich der Strombeschaffungsaufwand (Kohle, Öl, Gas und auch Uran) um knapp 5 Prozent erhöht. Demgegenüber, so Vorstandsmitglied Reimund Gotzel, hätten die Endkundenpreise nur um 2 Prozent zugelegt.

All diese Kostensteigerungen,

so Peter Deml, Chef des größten deutschen Regionalversorgers, seien allein mit Effizienzsteigerungen nicht aufzufangen gewesen. Deshalb habe man die Strompreise zum 1. Februar 2004 und zum 1. März 2005 erhöhen müssen. Dennoch aber lägen die Preise eines durchschnittlichen Haushaltskunden der E.ON Bayern im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld. Vor diesem Hintergrund werde es im allgemeinen Tarif, mit dem die große Masse der Kunden beliefert werde, in diesem Jahr keine Preiserhöhung mehr geben. Dem Wunsch vieler Kunden nach Preissicherheit entsprechend gebe es jetzt die schon erwähnten Produkte mit mehrjähriger Preis-

stabilität „gegen einen geringen Aufpreis“.

Dramatische Ölpreisentwicklung

Inzwischen ist E.ON auch ein Gasversorger geworden, vor allem im nord- und ostbayerischen Raum. Zwar seien die Gaspreise über zwei Jahrzehnte nicht so stark wie die Lebenshaltungskosten gestiegen, teilweise sogar gefallen. Auch habe es zum Jahreswechsel keine Preiserhöhung gegeben. Und jedenfalls bis zum 30. Juni dieses Jahres werde E.ON Bayern „an der Preiskonstanz“ festhalten. Doch dann komme man auf Grund der dramatischen Ölpreisentwicklung um eine Preiserhöhung nicht herum. Denn der Gaspreis ist seit Mitte der 60er Jahre in allen mitteleuropäischen Ländern in der gesamten Lieferkette vom Produzenten (vor allem Russland, Norwegen und Algerien) über



Dr. Peter Deml.

den Importeur bis zum regionalen oder kommunalen Gasversorger an den Ölpreis gebunden. Deml: „Das ist ein Mechanismus, der mit halbjähriger Verzögerung nach zwei Seiten wirken kann und der sich alles in allem bisher als Korrektiv bewährt

hat“. Ursprüngliche Absicht war, dass dem Energieträger Gas kein Wettbewerbsnachteil gegenüber Öl entstehen sollte. Sorgen bereite allerdings jetzt, dass seit einigen Jahren der Ölpreis kontinuierlich nach oben tendiere.

Umsatzplus und Prozessoptimierung

2004 hat E.ON seine Marktstellung im Freistaat behaupten können. Mit 30 Mrd. kWh (Kilowattstunden) lag der Stromabsatz leicht über dem des Vorjahres. Der Umsatz nahm um 33 Mio. auf 2,56 Mrd. Euro zu. Außer dem höheren Umsatz trugen zur Ergebnissteigerung vor allem Prozessoptimierungen bei. So stieg das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf 234,9 (201,7) Mio. Euro. Der Gewinn von 117,8 (111,1) Mio. Euro wurde komplett an die Muttergesellschaft E.ON AG abgeführt.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Dillingen an der Donau vertraut auf modernste Erdgastechnik

Das landschaftlich schön gelegene Dillingen an der Donau ist eine Stadt in der es sich gut leben und arbeiten lässt. Attraktiv sowohl als Wirtschaftsstandort wie auch als Kulturstadt bietet Dillingen seinen Bürgerinnen und Bürgern alle Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Eine der obersten Prioritäten der Stadtverwaltung Dillingens ist umweltschonendes und nachhaltiges Handeln. Da versteht es sich fast von selbst, dass die Stadt bei der Energieversorgung auf Erdgas setzt.

Versorger seit mehr als 50 Jahren

erdgas schwaben versorgt seit über 50 Jahren die Region Schwaben mit dem umweltschonenden Erdgas. Im Frühjahr 1952 gegründet, baute der Energieversorger sein Leitungsnetz stetig und vorausschauend aus. Heute umfasst das Netz über 4.500 Kilometer in ganz Schwaben und versorgt 164 Städte und Gemeinden in der Region.

Eine davon ist seit vielen Jah-

ren die große Kreisstadt Dillingen an der Donau. Dillingens Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl sitzt dabei sozusagen an der Quelle, denn neben Benediktinerkolleg und Donaustadion versorgt erdgas schwaben auch das Rathaus in der Königstraße mit der umweltschonenden Energie Erdgas.

Hans-Jürgen Weigl ist stolz auf Dillingens historisches Rathaus: „Das sogenannte 'Alte Rathaus', erzählt er, „wurde bereits um 1500 erbaut. 1827 wurde ein nachgebildeter Renaissance-Giebel vorgeblendet und die Traufseite entsprechend dekoriert. Damit sah unser Rathaus schon beinahe genauso aus wie die Dillingerinnen und Dillinger es kennen. Die letzte große Veränderung war der Einbau einer

Erdgasheizung. Damit verbindet sich aufs Angenehmste historische Architektur mit modernster Erdgastechnik. Darüber hinaus achten wir als innovative und moderne Stadt bereits seit Jahren bei unseren Bauvorhaben auf eine umweltschonende und langlebige Heiztechnik. Mit Erdgas sind diese Voraussetzungen erfüllt.“

Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe

Gabriele Krybus, Leiterin der Betriebsstelle von erdgas schwaben in Günzburg, die auch Dillingen versorgt, sieht sich bestätigt: „Aufgrund der hohen technischen Standards sowie der Zuverlässigkeit moderner Erdgasgeräte hat Dillingen mit Erdgas eine sichere, saubere und umweltschonende Energie gewählt. Erdgas ist zudem langfristig verfügbar. Wir von erdgas schwaben bemühen uns unser Leitungsnetz schwabenweit auszubauen. Im Jahr 2005 sind dafür Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe eingeplant. Schwaben ist unsere Heimat, daher ist es für uns wichtig, dass wir als regionales Versorgungsunternehmen uns gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hier in der Region engagieren – zum Nutzen aller Menschen, die hier leben und arbeiten.“

Erdgas ist in Deutschland eine vergleichsweise junge Energie. Die Nachfrage nach Erdgas steigt kontinuierlich. Über 75 % aller Neubauwohnungen werden heute mit einer Erdgasheizung ausgestattet. Tendenz steigend.

Zehn Jahre Freiwilliges Ökologisches Jahr

Als hervorragende Einrichtung und große Chance für junge Menschen bezeichnete Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller das freiwillige ökologische Jahr (FÖJ), das vor 10 Jahren in Bayern vom Umweltministerium ins Leben gerufen wurde. Das FÖJ eine echte Alternative für Jugendliche, die nach der Schule oder Ausbildung auf Orientierungssuche für ihre weitere berufliche Zukunft sind.“ Geboten wird ein breites Spektrum, sich für Natur- und Umweltschutz intensiv zu engagieren.



Traum paar gewinnt Traumauto von erdgas schwaben

„Wir dachten uns, ein Erdgasfahrzeug zur Hochzeit, das passt gut, denn der Matthias ist auch sonst immer für Umweltschutz“ freuten sich Julia und Simon Frisch, die sich für das junge Paar an einem Wettbewerb von erdgas schwaben beteiligt hatten. Die Brautleute Ina und Matthias Schuhmann waren überglücklich, als sie für ihr Ja-Wort zum Super-Datum 20. 05. 2005 von erdgas schwaben die elegante Erdgas-Limousine kostenlos für das ganze Hochzeitswochenende zur Verfügung gestellt bekamen. Gefeierte wurde auf der Harburg. Vor vier Jahren sind die jungen Leute ins Donau-Ries gezogen und fühlen sich dort richtig wohl. Ina Schuhmann arbeitet bei der Sparkasse Donauwörth und Matthias Schuhmann bei Eurocopter. Der Harburger Bürgermeister Wolfgang Kilian traute das Brautpaar höchstpersönlich.

E.ON Bayern baut sein ...

(Fortsetzung von Seite 5)

36 Prozent des Stromabsatzes gingen an Groß- und Geschäftskunden, 40 Prozent an Weiterverleiher wie kommunale Verteilerbetriebe (etwa Stadtwerke), knapp 24 Prozent an Privatkunden und nicht ganz 4 Prozent direkt an mehr als 1200 Kommunen. Im harten Wettbewerb hat E.ON Bayern einerseits Kunden verloren wie die Stadtwerke Schweinfurt, aber andererseits auch einige abgewanderte Verteiler zurückgewonnen, so die Regnitz-Stromverwertung (Beschaffungsgesellschaft der Stadtwerke Erlangen, Fürth und Forchheim), die Stadtwerke Waldkraiburg und die Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen.

Rahmenvertrag mit den Spitzenverbänden

Die Stromlieferung an die Kommunen basiert schon seit Jahren auf einem Rahmenvertrag mit den kommunalen Spitzenverbänden, der vor kurzem

bis einschließlich 2009 verlängert wurde. Deml ist fest davon überzeugt, damit „ein konkurrenzlos günstiges Angebot“ unterbreitet zu haben. Bisher sei eine Beirittquote von über 50 Prozent erreicht.

Unterstützung kommunaler Energiesparmaßnahmen

Der Preisanstieg zu Beginn der neuen Vertragsperiode liegt bei knapp 10 Prozent. Das sei, gemessen am Marktniveau, dennoch attraktiv. In den Folgejahren steigt der Preis „sehr moderat“ um jährlich zwei Prozent. Und jetzt komme „ein Novum“, nämlich ein sehr spezielles Angebot an die Kommunen. Die mit der jährlichen Preissteigerung verbundenen Erlöse wandern in einen Zehn-Millionen-Fonds zur Unterstützung kommunaler Energiesparmaßnahmen.

Zu den strategischen Zielen von E.ON Bayern zählt der Ausbau der Position am Gas- und Wärmemarkt. Derzeit werden 150.000 Kunden mit elektrischen Heizsystemen, 80.000 Erdgaskunden und rund 10.000 Kunden mit Nah- und Fernwärme beliefert. Basis dafür sind 57 eigene Wärmeerzeugungsanlagen und die damit verbundenen Netze.

Demnächst werden diese Aktivitäten in einer eigenen Wärmegesellschaft zusammengefasst als Voraussetzung dafür, weitere Marktanteile dazuzugewinnen, und zwar „Schritt für Schritt“. Dabei will sich E.ON Bayern auf den Freistaat konzentrieren, so dass man der Schwestergesellschaft Thüga nicht ins Gehege kommt, die sich jetzt auf außer-bayerische Gebiete ausgerichtet hat. Eine Expansion ins Ausland, wie sie Thüga verfolgt, ist nicht vorgesehen.

26 Beteiligungen an Stadtwerken

Zum Jahresbeginn 2005 waren drei Gasgesellschaften in Nord- und Ostbayern mit circa 80.000 Kunden und 5 Mrd. kWh Absatz integriert worden. Kürzlich ist eine Beteiligung von 24,9 Prozent an den Stadtwerken Neunburg v. Wald dazugekommen. Inzwischen gibt es 26 Beteiligungen an Stadtwerken. Weitere

Beteiligungen seien absehbar, sagte Deml. Außerdem stehe E.ON Bayern kurz vor dem Erwerb einer Mehrheit an der Gasversorgung Unterfrankens mit knapp 50.000 Kunden, die rund 2,1 Mrd. kWh absetzt. Darüber hinaus werde man im Januar 2006 den Geschäftsbetrieb einer kleineren nordbayerischen Gasgesellschaft anpacken. Ausgebaut werden soll auch das Gasnetz, indem alle Gemeinden ab etwa 5.000 Einwohner erreicht werden. So sollen in diesem Jahr etwa 2.400 neue Anschlüsse dazukommen.

Auswirkungen des EnWG

Vorstandsmitglied Hermann Wagenhäuser ging mit den Auswirkungen des neuen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ins Gericht. Seine Kritik deckte sich mit der des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW), die in Nr. 8 der Gemeindezeitung ausführlich dargestellt worden ist. Er mahnte vor allem eine verlässliche gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Regulierungsbehörde an. Hinsichtlich der vorgesehenen Liberalisierung des Mess- und Zählerwesens wies er darauf hin, dass wegen der damit verbundenen „massiv gestiegenen Kosten“ die niederländische Regulierungsbehörde empfohlen hat, die ausschließliche Zuständigkeit den Netzbetreibern zurückzugeben.

Große Bedeutung für die regionale Wirtschaft

E.ON Bayern hat eine große Bedeutung für die regionale Wirtschaft, nicht nur weil etwa 3.700 Mitarbeiter beschäftigt werden, sondern auch, weil die Aufträge aus Investitionen von gut 100 Mio. Euro so weit wie möglich an die regionale Wirtschaft vergeben wurden und werden. Stolz ist man darauf, wie Vorstandsmitglied Edith Volz-Holterhus sagte, dass die Auszubildendenquote wieder mehr als 8 Prozent beträgt.

Fürs laufende Jahr ist der Vorstand von E.ON Bayern zuversichtlich, die gesteckten Ziele zu erreichen. Man sei guten Mutes, das erreichte Ergebnis zu stabilisieren. **dhg**

Bald 30 Erdgas-Tankstellen in und um Schwaben:

Volltanken für 25 Euro

Noch sind sie eine Minderheit: die gut informierten, innovativen und findigen Autofahrer, die mobil sind, umweltschonend handeln und dabei jede Menge Spritkosten sparen. 2004 waren es schon 28.000 Erdgas-Fahrer in Deutschland, ein Zuwachs von 40 % innerhalb eines Jahres. Bis 2010 werden es rund 500.000 sein, so der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft.

„Seit 1995 stellen wir unseren eigenen Fuhrpark sukzessive auf Erdgasfahrzeuge um und machen damit beste Erfahrungen“, sagt Manfred Dattler, technischer Geschäftsführer von erdgas schwaben, persönlich überzeugter Erdgas-Fahrer.

Fünf neue Zapfsäulen

Die Erdgas-Fans in Schwaben können sich freuen: 2005 wird es fünf weitere Erdgas-Tankstellen für die Region geben, damit versorgt erdgas schwaben zehn Tankstellen mit Erdgas. Insgesamt sind es in und um Schwaben knapp 30. Bundesweit will man 2007 die Tausendergrenze knacken.

Im Landkreis Donau-Ries können die Erdgas-Fahrer 2005 zwei neue Tankstellen in Oettingen und in Donauwörth begrüßen. Drei weitere Erdgas-Tankstellen wird es 2005 im Westen und in der Mitte Schwabens geben.

erdgas schwaben unterstützt den Bau von fünf öffentlich zugänglichen Erdgas-Tankstellen und investiert dafür 2005 eine Million Euro.

Tankstellenbetreiber zeigen großes Interesse

Immer mehr Tankstellenbetreiber zeigen großes Interesse an Erdgas und erweitern ihr Produktsortiment um den umweltschonenden wie wirtschaftlichen Kraftstoff. Erdgas produziert kaum Ruß und ein Viertel weniger Kohlendioxid, gut für Schwabens Umwelt. Gut für den eigenen Geldbeutel: Mit Erdgas-Fahrzeugen lassen sich die Spritkosten um bis zu 50% senken. Bei 12.000 Kilometern kann man derzeit mit Erdgas über 580 Euro jährlich sparen.

Öffentlicher Nahverkehr, Taxiunternehmen und Fahrschulen haben deshalb den Kraftstoff Erdgas schon lange für sich entdeckt.

Einfahrt frei für Erdgasfahrzeuge

Parkhausverband empfiehlt die Öffnung von Parkhäusern und Tiefgaragen

Der Bundesverband der Park- und Garagenhäuser e.V., Köln, spricht sich für eine Öffnung aller Parkhäuser und Tiefgaragen für Erdgasfahrzeuge aus. In der März-Ausgabe von „Parkhaus aktuell“ bezieht Geschäftsführer Gerhard Trost-Heutmekers Position: „Es gibt weder eine rechtliche und schon gar keine faktische Grundlage mehr, Erdgasfahrzeuge weiterhin von der Nutzung der Parkhäuser und Tiefgaragen auszuschließen.“ Die letztendliche Entscheidung über die Freigabe und die Änderung der bisherigen Beschilderung liege im Rahmen des „Hausrechts“ bei dem einzelnen Garagenbetreiber.

Der Grund, warum viele Tiefgaragen- und Parkhaus-Betreiber dem potenziellen Neuzugang in ihrer Garage nicht trauen, ist meist die Angst vor Explosionen oder giftigen Gasen. Doch die Sorge ist unbegründet. Erst bei einem Gemisch aus Luft und Gas mit einem Gasanteil zwischen fünf und fünfzehn Prozent und einer zusätzlichen Zündquelle von mindestens 540

Grad Celsius ist Erdgas brennbar. Da Erdgas leichter ist als Luft, verflüchtigt es sich aber sofort in die Atmosphäre. Ein Sicherheitsrisiko besteht daher selbst beim Entweichen größerer Gasmengen nicht.

Kein Sicherheitsrisiko

Bereits seit den neunziger Jahren stehen daher laut „Deut-

scher Garagenverordnung“ Gasfahrzeugen die Tore zu Parkhäusern und Tiefgaragen offen. In einigen wenigen Fällen, zum Beispiel in Bremen und im Saarland, werden in den Garagenverordnungen Einschränkungen vorgenommen, die aber nur für Fahrzeuge gelten, die mit „Druckgasen schwerer als Luft“ betankt werden. Da Erdgas leichter ist als Luft, trifft diese Regelung auf Erdgasfahrzeuge nicht zu, das heißt die vorhandenen Schilder beziehen sich lediglich auf flüssiggasbetriebene Fahrzeuge.

Gut für die Umwelt - gut fürs Image

Gerade angesichts der Diskussion um City-Maut und Fahrbeschränkungen zur Reduktion des Feinstaub- und Stickoxidausstoßes kommt dem Kraftstoff Erdgas eine strategische Bedeutung zu. Denn Erdgasfahrzeuge haben weder ein Partikel- noch ein Stickoxidproblem und könnten daher von Fahrverboten bei Grenzwertüberschreitungen ausgenommen werden. „Uns bietet sich hier durch eine Öffnung der Parkhäuser und Tiefgaragen für Erd-

gasfahrzeuge die Gelegenheit, von den aktuellen Entwicklungen im Verkehrsbereich imagebildend zu profitieren“, sagte Trost-Heutmekers in „Parkhaus aktuell“. Es böte sich mit dem Segment der Erdgasfahrzeuge ein stetig wachsender Markt, der zusätzlich umweltschonend sei. Letztendlich habe auch der Parkhausbetreiber nichts davon, wenn ein wichtiger Kundenzweig der Tiefgarage fern bliebe. Denn weniger Autos in den Innenstädten bedeuten auch weniger Autos in den Tiefgaragen. Es ist also keinem geholfen, wenn weiterhin an einem grundlosen Verbot festgehalten wird.

Über 30 verschiedene Modelle

Mittlerweile produzieren fast alle führenden Autohersteller Erdgasfahrzeuge in Serie. Inzwischen gibt es über 30 verschiedene Fahrzeugmodelle, vom Pkw bis zum schweren Nutzfahrzeug. Zum Jahresbeginn 2005 waren rund 27.000 mit Erdgas betriebene Fahrzeuge in Deutschland zugelassen. Das sind über 40 Prozent mehr als noch im Vorjahr. „Endlich tragen die Bemühungen um saubere Alternativen zu herkömmlichen Kraftstoffen erste Früchte“, so Gerhard Trost-Heutmekers. ☞



Eine von mittlerweile 555 Erdgastankstellen in Deutschland. ☞

ADAC Kostenvergleich:

Erdgas hängt Diesel und Benzin ab

Erdgasautos sind zu einer echten Alternative zu herkömmlichen Benzin- und Dieselfahrzeugen geworden. Neun der derzeit 13 lieferbaren Modelle haben bereits bei einer Laufleistung von weniger als 10.000 Kilometer pro Jahr die niedrigsten Kilometerkosten. Das ist das Ergebnis des ersten ADAC-Kostenvergleichs zwischen Erdgas- und vergleichbaren Benzin- und Dieselfahrzeugen. Grundlage der Berechnung waren Anschaffungspreis, Wertverlust, Kraftstoff- und Werkstattkosten sowie Verbrauch und Steuern.

Von den 13 verfügbaren Gasmodellen fährt man mit dem Fiat Punto 1,2 8V Natural Power am günstigsten. Gerechnet mit 15.000 Kilometer pro Jahr und einer Haltedauer von vier Jahren sind die Gasautos durchschnittlich um 3 Cent pro Kilometer billiger als die Benzin- und 2 Cent als die vergleichbare Dieselve Variante. So sparen Autofahrer rund 450 Euro im Jahr.

Einmaliger Zuschuss

Noch rentabler wird Gas, wenn lokale Gasversorger beim Kauf des Neuwagens einen einmaligen Zuschuss gewähren. Je nach Modell bewegt sich dieser laut ADAC von einigen Hundert bis zu 2.500 Euro. Bei einem Zuschuss von 1000 Euro beispielsweise verringern sich so die Gesamtkosten noch einmal um rund 250 Euro jährlich.

Wann der Preisvorteil schmilzt

Unterboden wurde das Gasauto von vergleichbaren Standardmodellen nur in zwei Fällen: von der Benzin- und Dieselve Variante des Opel Astra Caravan sowie dem Golf Variant 1.9 TDI.

Die Erdgasautos sind gegenüber Benziner und Diesel

aber nur dann die günstigere Variante, wenn sie im reinen Gasbetrieb gefahren werden. Der Preisvorteil schmilzt, wenn der Erdgaswagen mangels Zapfstation im Mischbetrieb gefahren werden muss. Wird der BI-Fuel-Wagen nur mit Benzin gefahren, ist ein Gasauto von allen Alternativen die teuerste.

Geringe Reichweite

Probleme bei Autos mit Erdgasbetrieb bleiben die mit rund 190 bis maximal 430 Kilometern geringe Reichweite im Gasbetrieb und das mit rund 550 Zapfstationen zu dünne Tankstellennetz. Im Ausland existieren bislang nur in Norditalien und der Schweiz genügend Tankstationen. Unter diesem Aspekt bleibt der Diesel eine gute Wahl, sagen ADAC-Experten. Auch, weil das Modellangebot an Gasautos noch viel zu gering ist.

Rund 27.000 Fahrzeuge

Zum Jahresbeginn waren in Deutschland rund 27.000 mit Erdgas betriebene Fahrzeuge zugelassen, darunter etwa 1.000 Omnibusse und über 2.500 Lastwagen. Laut EU-Kommission sollen bis 2020 rund 20 Prozent des Kraftstoffbedarfs in Europa aus alternativen Quellen gedeckt werden. jo

Wolfratshausen favorisiert Erdgas

Die Stadt Wolfratshausen liegt eingebettet in eine wunderbare Landschaft mit Sicht auf die Bayerischen Voralpen. Die ausgedehnten Naherholungsgebiete rund um Wolfratshausen und eine intakte Infrastruktur unterstreichen die Attraktivität dieses Ortes. Hier hat man es verstanden, Natur, Umwelt mit der industriellen Welt zu verbinden. Es verwundert daher nicht, dass sich Wolfratshausen besonders intensiv mit dem Thema „saubere Energie“ auseinandersetzt.

„Die optimale Entscheidung in Bezug auf die attraktivste Art der Energieversorgung zu treffen, ist für jede Gemeinde eine Herausforderung. Ökologische und finanzielle Vorteile sprechen aber immer für Erdgas!“, meint Bernhard Reith, Regionalleiter des ESB-ServiceCenters in Wolfratshausen.

So entschied sich auch Wolfratshausen schon im Jahr 1963 für Erdgas. Heute kann die Vorzeigestadt Wolfratshausen auf einen erfreulich hohen Erschließungsgrad von ca. 85 % verweisen, d. h. für nahezu alle Interessenten ist die Nutzung von Erdgas möglich. Im Ort sind 136 Kilometer Hochdruck-, Ortsnetz- bzw. Hausanschlussleitung verlegt. Neben Privatkunden profitieren fast alle Einrichtungen der Stadt, u.a. das Rathaus, die Musikschule die Kindergärten und einige Schulen sowie der Bauhof vom Erdgas.

Umweltschonendes Busfahren

Erdgas als Alternative zu Benzin und Diesel wird immer attraktiver. Deshalb hat die Erdgas Südbayern bereits im März 1997 eine Erdgastankstelle für Privat- und Gewerbekunden auf dem ESB-Firmengelände eröffnet. Neben vielen privaten Erdgasfahrern zählt die ESB auch den Stadtbus zu ihren Kunden. Durch den neuen Treibstoff Erdgas unterschreitet der Bus bereits heute die ab 2008 vorgeschriebene europäische Abgasnorm Euro 5 und ist damit nach Umweltgesichtspunkten seiner Zeit um Jahre voraus.

19 lokale ESB-Niederlassungen in Südbayern sorgen für Kundennähe vor Ort und stehen ein für hohe Zuverlässigkeit und gute Zusammenarbeit. Die regionale Präsenz zeigt die ESB mit dem ServiceCenter in Wolfratshausen in der Geltinger Straße 29. Kommunale Verbundenheit ist ein Teil der Philosophie und Unternehmenskultur der ESB. Bernhard Reith ergänzend:

„Kundenorientierung ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Aufgrund unserer dezentralen Struktur und der hohen Kontaktfrequenz durch unsere Fachberater kennen wir die Bedürfnisse unserer Kunden sehr genau.“

1999 und 2000 wurde das ESB-ServiceCenter Wolfratshausen durch die „lokalen Agenda 21“ ausgezeichnet. Die ESB erhielt als eine der ersten Firmen in der Region das Prädikat „vorbildlicher Öko-Betrieb“. Etwa zur gleichen Zeit unterzog sich die ESB im Jahr 2000 als erstes deutsches Gasversorgungsunternehmen der Zertifizierung nach den Kriterien des „Technischen Sicherheits-Managements (TSM)“. Damit ist dokumentiert, dass sich ESB-Kunden auf einen höchstmöglichen Sicherheitsstandard verlassen können.

Nachhaltige Entlastung

In Wolfratshausen selbst werden rund 3.400 Kunden über sieben Einspeisungsanlagen mit einer jährlichen Menge von ca. 232 Mio. kWh (07.2003 bis 06.2004) versorgt. Durch den Einsatz von Erdgas entlasten die Wolfratshausener Bürger die Umwelt nachhaltig. Weil sie statt Heizöl (HEL) Erdgas nutzen, konnten jährlich ca. 26 Prozent CO₂ (Kohlendioxid) eingespart werden, was einer Menge von ca. 15.900 Tonnen entspricht. Bei Staub liegt die Entlastung bei 98 Prozent (= ca. 1,2 Tonnen), bei Schwefeldioxid (SO₂) sogar bei 99 Prozent (= ca. 70,6 Tonnen).

Diese Bilanz pro Gesundheit und Umweltschutz kann sich sehen lassen. Darüber hinaus profitiert Wolfratshausen natürlich auch davon, dass die Anlieferung von Erdgas bequem über das weitverzweigte, unterirdisch verlegte Rohrsystem erfolgt. Andere Energieformen, wie z. B. Heizöl, werden lärmintensiv über das Straßennetz geliefert. ☞

Zulassungszahlen bei Erdgasfahrzeugen

Nach Angaben des Kraftfahrtbundesamtes ist die Zahl der mit Erdgas betriebenen Fahrzeuge im Jahr 2004 um gut 42 Prozent (Vorjahr 33 Prozent) auf 27.175 Fahrzeuge gestiegen. Der Bestand an monovalent betriebenen Pkw, die für den Erdgasbetrieb optimiert sind und lediglich über einen Benzinnotak verfügen, hat sich dabei verdoppelt.

Insgesamt ist das Land Berlin bei den Neuzulassungen Spitzenreiter. Dort wurde im abgelaufenen Jahr bereits jeder 250. neue Pkw mit Erdgasantrieb zugelassen. „Ein deutliches Signal, dass die Anstrengungen der deutschen Gaswirtschaft beim Ausbau des Erdgastankstellennetzes bereits jetzt einen praxistauglichen Betrieb von mit Erdgas betriebenen Fahrzeugen ermöglichen“, so Albert Kobbe, Projektleiter Erdgasfahrzeuge beim Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (BGW), Berlin.

Klarer Vorteil

Die vom Kraftfahrtbundesamt ebenfalls veröffentlichten Emissionskennwerte der gasbetrie-

benen Serienfahrzeuge zeigen, dass bereits heute bei Erdgas im Durchschnitt ein klarer CO₂-Vorteil gegenüber vergleichbaren Benzin- und Dieselve Modellen besteht. Auch die Bereitstellung von Erdgas an der Tankstelle verursacht nach einer Studie der EU-Kommission wesentlich weniger CO₂ als die Förderung, Raffination und der Transport von Diesel und Benzin.

Deutliche Einsparung

„Bei einer vollständigen Betrachtung sparen unsere heutigen Erdgas-Pkw im Schnitt neun Prozent des Klimakillers CO₂ gegenüber den entsprechenden Dieselve Modellen und 21 Prozent gegenüber den Benzinmodellen ein. BGW

Personalpolitik bei N-ERGIE:

Familie und Beruf individuell in Einklang bringen

„Eine Personalpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Mitarbeiter orientiert, nutzt nicht nur dem Mitarbeiter, sondern auch dem Unternehmen“, erklärt Gerhard Schmidt, Leiter des Zentralbereichs Personal bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft. An diesem Grundverständnis richtet das Unternehmen auch seine Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus.

Das Büro von Rainer Kleedörfer bleibt einen Tag in der Woche leer. An diesem Tag arbeitet er von seinem Telearbeitsplatz von zu Hause aus. Der Diplom-Betriebswirt (FH) verantwortet bei der N-ERGIE die kaufmännischen Daten und Prozesse im Bereich Verteilung und entwickelt wichtige Entscheidungsvorlagen für die Bereichssteuerung. Durch die alternierende Telearbeit gelingt ihm die Verknüpfung von Beruf und Familie.

Gelebte Flexibilität

Der Schweinfurter findet es sehr wichtig, an diesem Tag mehrere Stunden zusammenhängend an Themen arbeiten zu können, da die anderen Tage der Woche durch eine Vielzahl von Besprechungen und Projekten geprägt ist. „Meistens arbeite ich ab morgens um sieben Uhr bis nachmittags und dann wieder abends, wenn mein Sohn im Bett liegt. Dazwischen kann ich mich um meinen Sohn kümmern und wenn er ab Herbst in die Schule kommt z.B. Hausaufgaben mit ihm machen“, sagt er. Über Mail oder Telefon ist Kleedörfer an diesem Tag dennoch jederzeit für seine Kollegen erreichbar.

Alternierende Telearbeit ist ei-

nes der familienfreundlichen Modelle bei der N-ERGIE. Das wichtigste Angebot des Energieversorgers an seine Mitarbeiter, Familie und Beruf in Einklang zu bringen, ist ein Arbeitszeitmodell mit einem Höchstmaß an gelebter Flexibilität. Dies bedeutet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter individuell das für sie günstigste Arbeitszeitmodell mit ihrer Führungskraft vereinbaren. Die tägliche Arbeitszeit kann zwischen 6:00 und 20:00 Uhr variieren. Die individuell festlegbare Wochenarbeitszeit wird über Arbeitszeitkonten ohne Kernzeiten zusätzlich flexibilisiert, da die Mitarbeiter ihr Zeitguthaben langfristig auf- bzw. abbauen können. Auch die Lebensarbeitszeit kann so vom Mitarbeiter flexibel festgelegt werden.

140 verschiedene Modelle

Insgesamt wurden mit den 270 Mitarbeiter/innen, die derzeit bei der N-ERGIE in Teilzeit arbeiten, 140 unterschiedliche Modelle der Arbeitszeitgestaltung vereinbart. Damit hat jede/r zweite Teilzeitbeschäftigte ihr bzw. sein eigenes Arbeitszeitmodell. Neun Prozent der Belegschaft nutzen Teilzeitmodelle. Von den Mitar-

beitern, die sich für eine Teilzeitarbeit entscheiden, sind 98 Prozent Frauen. Während Schwangerschaft und Elternzeit betreut die Mitarbeiter eine feste Ansprechpartnerin im Personalbereich. Diese begleitet und unterstützt auch den Wiedereinstieg nach der Familienpause.

Kinderbetreuung mit pädagogischem Anspruch

Für die Kinderbetreuung wurde 1993 die Kindertagesstätte (KITA) Sandreuth gegründet. In der Kindertagesstätte im Betriebsgelände Nürnberg-Sandreuth betreuen drei Erzieherinnen ganztags 25 Kinder zwischen drei Jahren bis zum Schuleintritt. Das anspruchsvolle pädagogische Programm der KITA beinhaltet Umwelthemen, gesunde Ernährung, Englischunterricht und Rückenschulung für Kinder. Viel Platz zum Spielen bietet der 900 qm große Garten. Der Vorstand der N-ERGIE unterstützt das Engagement der Eltern und des privaten Fördervereins, der Träger der KITA ist.

Während der dreijährige Philip in der KITA Sandreuth spielt und lernt, geht seine Mutter Doris Schmidtkonz ihrer Arbeit im Bereich Liefer- und Beschaffungsmanagement nach. Die Kombination aus KITA, alternierender Telearbeit und Teilzeitbeschäftigung ermöglicht es der allein erziehenden Mutter die Zeit ihrem Kind zu widmen, die



Mit einem anspruchsvollen pädagogischen Programm betreuen in der unternehmenseigenen Kindertagesstätte drei Erzieherinnen ganztags 25 Kinder zwischen drei Jahren bis zum Schuleintritt.

sie möchte. Dafür hat die gelernte Technische Zeichnerin, die zuletzt als Sekretärin beschäftigt war, nach ihrer Schwangerschaft den Sprung in das für sie völlig neue Gebiet der Datenaufbereitung zur Weiterverarbeitung u.a. für die Stromprognose gewagt, weil dieses Aufgabenfeld für alternierende Telearbeit geeignet ist. Soweit möglich verbringt die

Halbtagskraft nun die Nachmittage und den gesamten Freitag mit ihrem Sohn zuhause und setzt an ihrem Telearbeitsplatz die Arbeit stundenweise und je nach Bedarf fort.

„Die Betreuung des Nachwuchses ist für die N-ERGIE ein wichtiger Aspekt der Familienorientierung. Zunehmend stellen wir jedoch bei unseren Mitarbei-

tern auch den Bedarf nach Betreuungszeit für die eigenen Eltern oder Angehörigen fest. Langwierige und ernsthafte Erkrankungen erfordern oft für längere Zeit die ganze Kraft dieser Mitarbeiter. Für sie besteht neben dem Teilzeitangebot die Möglichkeit, unbezahlten Urlaub zu nehmen“, erläutert Schmidt.

Angebot von N-ERGIE an die Kommunen:

Kosten und Zeit durch elektronischen Einkauf sparen

Auf der Fachmesse für Beschaffungs- und Lieferanten-Management e-procure & supply, die kürzlich im Nürnberger Messegelände stattfand, luden die Experten der N-ERGIE Kommunalvertreter und Unternehmen zu einem Gespräch über die Vorteile des elektronischen Einkaufs ein.

Seit drei Jahren nutzt man im eigenen Unternehmen die Vorteile des eProcurement. Das Spektrum des elektronischen Einkaufs reicht vom Büromaterial über Werkzeuge, Arbeitsschutzkleidung, Elektronik bis zum Labor-, Maler- oder Sanitärbedarf. Seit vergangenem Jahr bietet die N-ERGIE ihren kommunalen Partnern an, sich an diesem System zu beteiligen. Nach einer Pilotphase von einem halben Jahr entschied sich Karl-Heinz Kolb, Geschäftsführer der Neustadtwerke, Neustadt a.d. Aisch, die Beschaffung von Verbrauchsmaterialien über eProcurement abzuwickeln.

Zahlreiche Vorteile

Die Vorteile liegen auf der Hand: Durch die Nutzung der N-ERGIE Plattform entfallen die Investitionskosten in ein eigenes System ebenso wie die Verwaltung des Marktplatzes. Das Stadtwerk profitiert nun von den günstigen Einkaufskonditionen und spart aufgrund der Schnelligkeit des Bestellprozesses Kosten der Lagerhaltung. Wichtig ist Kolb auch, dass eProcurement die Beschaffung transparenter macht.

Einbinden in N-ERGIE-Plattform

„Diese Vorteile überwiegen bei weitem den Nachteil, sich von einigen gewohnten Lieferanten zu verabschieden“, meint Kolb. Technisch können auch Kataloge eigener Lieferanten in die Plattform der N-ERGIE eingebunden werden.

Rednitzhembach ist als schuldenfreie Gemeinde weit über Mittelfranken hinaus für ihr effizientes Wirtschaften bekannt. Deshalb war es für Jürgen Spahl, erster Bürgermeister von Rednitzhembach, keine Frage, sich nach einer dreimonatigen kostenlosen Testphase für das eProcurement-Angebot der N-ERGIE zu entscheiden. Christine Voh, die in der Gemeinde-

verwaltung Rednitzhembach für Bestellungen und Einkauf zuständig ist, weiß die unkomplizierte Bedienung und die kurzen Lieferzeiten von meist nur einem Tag zu schätzen.

„Die Einsparungen durch die Nutzung von eProcurement übertreffen bei weitem die Höhe der monatlichen Pauschale, die wir dafür entrichten“, erläutert Bürgermeister Spahl. „Das System rechnet sich.“ Bei der Beschaffung von Büromaterial konnte in Rednitzhembach im direkten Vergleich zur konventionellen Bestellung über 40% eingespart werden.

Individuelle Konditionen

Gemeinden, die sich für eProcurement interessieren, bietet die N-ERGIE eine individuelle Berechnung des Einsparpotenzials an. Während kleinere Un-

ternehmen, Gemeinden oder Stadtwerke, bei denen der Verwaltungsaufwand beim Einkauf in der Regel gering ist, in erster Linie von den günstigen Einkaufskonditionen profitieren, senken größere Unternehmen aufgrund des dezentralen und automatisierten elektronischen Einkaufs ihre Kosten vor allem für den Beschaffungsprozess.

Deshalb wickelt die N-ERGIE im eigenen Unternehmen inzwischen 37 Prozent aller Bestellpositionen elektronisch ab. Selbst hochwertige Güter wie Büromöbel oder für einen Energieversorger typische Anlagen, wie Schaltgeräte, werden über die Plattform bestellt. Letztlich eignen sich alle katalogisierbaren Güter und Dienstleistungen für die Beschaffung über ein eProcurement-System. Die Prozesskosten beim Einkauf reduzieren sich dadurch um mehr als die Hälfte. Das geschätzte letztlich realisierte Einsparpotenzial liegt immer noch bei einem Viertel der ursprünglichen Kosten.

Bayerische Elektrizitätswirtschaft arbeitet CO₂-arm

Bayerische Unternehmen haben nur rund 5 % der in Deutschland verteilten Emissionsberechtigungen für CO₂ zugeteilt erhalten, obwohl in Bayern über 17 % des deutschen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet werden, meldet der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW. Dies liegt neben der effizient arbeitenden Industrie vor allem an der zu 90% emissionsfreien Stromerzeugung in Bayern.

Seit 01.01.2005 benötigen größere Stromerzeugungs- und Industrieanlagen für ihren Ausstoß an Kohlendioxid (CO₂) Emissionsrechte, die aus einem begrenzten Budget nach komplizierten Regeln verteilt wurden. Sind die CO₂-Emissionen eines Unternehmens geringer als die zugeteilten Berechtigungen, können diese am Markt verkauft werden. Unternehmen, die zusätzliche Berechtigungen benötigen, können diese erwerben. Aufgrund der regen Nachfrage hat sich der Preis für CO₂-Berechtigungen an der Leipziger Energiebörse seit Jahresbeginn verdoppelt. Von den 1849 teilnehmenden Anlagen Deutschlands sind 1236 der Energiewirtschaft zuzurechnen, darunter 32 Kraftwerke bayerischer Elektrizitätsversorgungsunternehmen.

Erhebliche wirtschaftliche Belastungen für die Stromerzeugung in Bayern werden sich aus dem Emissionshandel ergeben, wenn CO₂-emissionsfreie Kernkraftwerke durch fossile Kraftwerke ersetzt werden müssen. Der VBEW fordert deshalb eine ausgewogene Harmonisierung der umweltpolitisch motivierten Gesetze für den Emissionshandel und zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung, um den Wettbewerb zwischen den Energieträgern zu stärken und die Belastung des Stromverbrauchers zu begrenzen.



Hauptversammlung der Lechwerke AG mit den Vorstandsmitgliedern Paul Waning (r.) und Ulrich Kühnl. Bild: -jdt-

Lechwerke-Hauptversammlung in Augsburg:

Gut gerüstet für die Zukunft

Augsburg (jdt). Von einer deutlich spürbaren guten Stimmung geprägt war die Hauptversammlung der Lechwerke AG (LEW) im Jakob-Fugger-Saal der Industrie- und Handelskammer Schwaben in Augsburg. Die Vorstandsmitglieder Paul Waning und Ulrich Kühnl konnten den zahlreichen Aktionären für das Geschäftsjahr 2004 erfolgreiche Ergebnisse präsentieren.

Umsatzerlöse in Höhe von 712 Millionen Euro (ein Plus von 1,3 Prozent), einen Jahresüberschuss nach Steuern von 53,2 Millionen Euro (ein Plus von 6,4 Prozent) und auch eine Ergebnisverbesserung im operativen Bereich (obwohl das Marktumfeld mit stark gestiegenen Kosten der Strombeschaffung schwierig war). Die Hauptversammlung stimmte der Ausschüttung einer steigenden Dividende von 15 Euro je Stückaktie zu; im Vorjahr waren es 14,10 Euro gewesen. Kühnl und Waning betonten: „Wir sind gut gerüstet für die Zukunft.“

Neue Struktur

Im „Brief an die Aktionäre“ stellten die Vorstände Waning und Kühnl heraus, die Lechwerke seien mit einer neuen Unternehmensstruktur in das Jahr 2005 gestartet: „In der LEW als Muttergesellschaft sind die Vertriebssegmente, die Strombeschaffung sowie die Querschnitts- und Steuerungsfunktionen gebündelt. Das operative Netz- und Erzeugungsgeschäft sowie den Kundenservice haben rechtlich selbstständige Gesellschaften unter dem Dach der Lechwerke AG übernommen.“

Den Kundenservice mit Callcenter und der Stromabrechnung nehme - so heißt es weiter - die um diese Aufgabenbereiche erweiterte LEW Service & Consulting GmbH wahr, die auch für den operativen IT-Betrieb und die Kaufmännischen Dienstleistungen zuständig sei.

Ein besonderer Hinweis galt der LEW Verteilnetz GmbH. Sie habe die Funktion des Netzbetreibers inne und beauftragte die LEW Netzservice GmbH mit der operativen Netzbetriebsführung. In der Zukunft werde gut die Hälfte der LEW-Mitarbeiter für den Netzservice arbeiten.

Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Erzeugungsaktivitäten mit 34 Wasserkraftwerken an Donau, Günz, Iller, Lech und Wertach komplett bei der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH gebündelt wurden. Auch die Wasserkraftanlagen seien in ihrer Wirtschaftlichkeit stark von öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen abhängig: „Risiken einer zusätzlichen Kostenbelastung, die die Wirtschaftlichkeit einzelner Anlagen in Frage stellen können, sind insbesondere „in der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie zu sehen. Bei der Umsetzung der Richtlinie ist ein Abwägen zwischen ökologischen und energiewirtschaftlichen Zielsetzungen notwendig.“

Hervorgehoben wurde die Be-

reitschaft der LEW zur „regionalen Verantwortung“. Ende 2004 wurden von den Lechwerken, ohne Auszubildende, 1221 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. In der LEW-Gruppe sind es etwa 1600. Verringert wurde die Mitarbeiterzahl im Jahre 2004 um rund sechs Prozent, hauptsächlich auf dem Weg der Vorruhestandsregelung. Diese diene aber, so hieß es, keinesfalls allein dem Personalabbau, sondern auch der Verjüngung der Alterspyramide und dem Aufbau neuer Kompetenzen. Im Jahr 2004 gab es 36 Neueinstellungen.

Regionale Verantwortung

Im Bereich der „regionalen Verantwortung“ verwiesen die Vorstandsmitglieder u. a. auf die Ausbildungsplätze für hundert Azubis (Ausbildungskosten 2004: 1,5 Millionen Euro), den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, auf die Aufträge in die Region 2004 (45 Millionen Euro), auf die Konzessionsabgaben an die Kommunen 2004 (23 Millionen Euro), die Gewerbesteuer im Jahr 2004 (14,5 Millionen Euro) und auf die über eine Million Euro 2004 für Sponsoring, Kundenkarte und Beratung. Bei den vergebenen Aufträgen, in der Region Bayerisch-Schwaben seien vorrangig mittelständische Unternehmen berücksichtigt worden.

Beim „Blick nach vorn“ für 2005 wurden registriert eine operative Ergebnisverbesserung in den ersten vier Monaten und im ersten Quartal ein Jahresüberschuss von 14 Millionen Euro, weiter die Konzentration auf das Kerngeschäft und ein Effizienzprogramm.

Wesentlicher Treiber für die Strompreisentwicklung seien, so wurde bekräftigt, die Steuern und Abgaben. Rund 40 Cent von jedem Euro Stromkosten gingen an den Staat. Ein Drittel entfalle auf Netznutzungsentgelte. Dazu die Lechwerke: „Dass wir die teuersten Strompreise für Haushaltskunden in Europa haben, stimmt nur dann, wenn man die Bruttopreise - also inklusive der enorm gestiegenen staatlichen Belastungen - betrachtet. Betrachten wir nur das Geld, das unser Unternehmen einnimmt, sind wir billiger als Frankreich, als Großbritannien und Italien.“

Interesse galt dem Konzept „LEW in Schule und Studium“, für alle Schularten flächendeckend im Netzgebiet, mit „Wissens-Sponsoring“, Projektarbeit und „Know-how“-Transfer. Das Potential umfasst rund 200.000 Schüler und etwa 15.000 Lehrer.

Landkreise Rottal-Inn und Mühldorf a. Inn:

Gemeinsames Projekt

Die Landkreise Rottal-Inn und Mühldorf a. Inn haben ihr gemeinsames Projekt „Der Energieverschwendung keine Chance“ gestartet. In Hirschhorn gaben Landrätin Bruni Mayer und ihr Mühldorfer Amtskollege Georg Huber den Startschuss für die Verwirklichung einer Idee, die bei erfolgreicher Umsetzung nicht nur der Umwelt nutzt, sondern auch für das heimische Handwerk einen Investitionsschub bedeuten könnte.

„Eine gesicherte Energieversorgung ist für uns heute selbstverständlich. Gerade deshalb ist es aber erforderlich, sich immer wieder bewusst zu machen, dass Energie eine wertvolle Ressource ist, mit der möglichst sparsam umgegangen werden sollte“, betonte Landrätin Bruni Mayer. Der Landkreis Rottal-Inn werde Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, aber auch die Nutzung regenerativer Energien noch stärker unterstützen.

Viel ungenutztes Potential

„Jeder Einzelne kann durch sein Verhalten viel für den sinnvollen Einsatz von Energie und gegen die Energieverschwendung tun - gerade im Bereich der Wärmedämmung von Altbauten gibt es hier noch viel ungenutztes Potential. „Energie, die nicht verschwendet wird, muss auch nicht produziert werden“, zeigte sich die Landrätin überzeugt. Nutzen solle das neue Projekt insbesondere jenen Hausbesitzern, deren Immobilie noch aus den 50er und 60er Jahren stammt, und das Thema „Energieeinsparung“ kaum diskutiert wurde. Besitzer solcher Häuser sollen von der im Projekt gebündelten Kompetenz von Fachleuten profitieren, und zwar durch Hilfestellung bei Fragen der technischen Lösungen zur Wärmedämmung ebenso wie durch Informationen zu Fördermöglichkeiten und günstigen Finanzierungsformen. „Das alles dient nicht nur unserer Umwelt, sondern es macht sich durch die Energieeinsparung auch in der Haushaltskasse schnell und positiv bemerkbar“, so Bruni Mayer.

„Der Landkreis Rottal-Inn will Initiator und Helfer sein und zukunftsweisende Unterstützung anbieten“, beschrieb die Politikerin die Rolle der Landkreisverwaltung. Sie sei auch glücklich, dass ihre Idee im Landkreis Mühldorf auf fruchtbaren Boden gefallen sei: „Zusammen können wir unseren Bürgern hier noch mehr helfen“, bedankte sie sich bei ihrem Amtskollegen Georg Huber.

Neuer Aufsichtsrat

Bei der Wahl des Aufsichtsrates wurden für die neue Amtsperiode berufen: Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, Memmingen, Dr. Jürgen Kroneberg, Dortmund, Mitglied des Vorstandes der REW Energy AG, Dr. Joachim Nissen, Dortmund, Leiter des Regulierungs-Managements der RWE Energy AG, Dr. Martina Rudy, Dortmund, Leiterin des Bereiches PR/Kommunikation der RWE Energy AG, Heinz-Werner Ufer, Dortmund, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der RWE Energy AG, und Ralf Zimmermann, Dortmund, Mitglied des Vorstandes der RWE Energy AG.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrates im Anschluss an die Hauptversammlung wurde Heinz-Werner Ufer zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Erster Stellvertreter wurde Dr. Jürgen Kroneberg, zweiter Stellvertreter Thomas Siprak, Betriebsratsvorsitzender der Lechwerke AG. Herzlich verabschiedet wurde der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Heinz Fennekold. Er bekannte: „Ich habe mich bei Ihnen sehr wohlgefühlt“

Der Mühldorfer Landrat gab diesen Dank gerne zurück, unterstrich aber auch die Probleme, die derzeit Besitzer älterer Immobilien in beiden Landkreisen hätten. „Bei Heizöl und Erdgas haben private Haushalte mit horrenden Preissteigerungen zu kämpfen, Besserung ist aber nicht in Sicht: Rohstoffe sind knapp und die Nachfrage groß“, fasste Huber zusammen. Der vernünftige und zukunftsorientierte Umgang mit Energieresourcen sei deshalb das Gebot der Stunde.

„Die Bereitstellung von Strom, Heizwärme und Warmwasser in den Gebäuden beläuft sich nach wie vor auf etwa ein Drittel der in Deutschland eingesetzten Energie. Durch Gebäudesanierung könnten hohe Einsparungen erreicht werden“, bilanzierte der Mühldorfer Landrat. Ein effizienter Wärmeschutz an Gebäuden sorgte für geringeren Energiebedarf. „Jeder Einzelne kann so zur Schonung der Energieressourcen und zum Klimaschutz beitragen - und entlastet gleichzeitig den eigenen Geldbeutel“, schloss er sich der Argumentation seiner Kollegin Bruni Mayer an, die mit ihm gemeinsam an die Hausbesitzer appellierte: „Lassen Sie sich begeistern für unsere Initiative zu Energieeinsparung durch Wärmedämmung!“

DK

Stirling-Blockheizkraftwerk in Fürth in Betrieb

Viel Ehre für eine alte Idee! Bayerns Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller war dabei, als in Fürth ein Stirling-Motor in Betrieb genommen wurde: Eigentlich eine fast 200 Jahre alte Erfindung. Doch in Bayern ist dieses Stirling-Blockheizkraftwerk (BHKW) einmalig: Es liefert künftig ein Viertel des Stroms der ehemaligen Dambacher Offizierssiedlung - und noch Wärme dazu.

„Ein Motor ohne Zylinder“ sei das Stirling-Kraftwerk, bewies die Staatssekretärin Fachkenntnis. Und sie sei „stolz, dass ein solches Novum in Fürth in Betrieb geht“: Hier gebe es einen „Mut zur Innovation“. Weil „kleine BHKW“ bisher eine untergeordnete Rolle spielten, wüsste sich Emilia Müller „einen Einsatz vergleichbarer Einrichtungen in Hotels, Gaststätten, Gewerbebetrieben und Behörden“. Das Fürther Projekt werde hierfür „wichtige praktische Erfahrungen liefern“. Bei Erfolg könnten auch Staatsgebäude nachziehen, ergänzte Müller.

Die Auswertung erfolgt sogar wissenschaftlich: Mehrere Institute der Fachhochschulen Nürnberg und Ansbach arbeiten hierbei zusammen, beauftragt vom Betreiber infra Fürth und der Energieagentur Mittelfranken (EAM), dem Besitzer der Anlage.

Ideenschmiede für neue Energietechnologien

Für die infra, laut Geschäftsführer Hans Parthemüller „der Umweltkonzern der Stadt Fürth“, ist das BHKW „ein weiterer Schritt“ zum zukünftigen Energiemix in Fürth. Und die Kleeblattstadt werde mit dem Projekt seinen „Ruf als Ideenschmiede für neue Energietechnologien ausweiten“ - neben dem Ziel, Solarstadt zu werden.

Edgar Schneider von der Herstellerfirma Solo Stirling erläuterte die technischen Vorzüge des neuen Kraftwerks: „Fast Schadstofffreiheit und 98 Prozent Gesamtwirkungsgrad“ habe ein vergleichbares Modell kürzlich im Labor nachgewiesen. Und der Wirkungsgrad bleibe - im Gegensatz zu normalen Motoren - auch dann stabil und hoch, wenn die angeforderte Leistung sich ändere, erläuterte der Techniker. Kleines Manko: Der Stirling benötige „von 0 auf 100% Leistung etwa vier Minuten“ gab Schmieder zu.

Seit zwei Jahren fertige Solo inzwischen Stirling-BHKW; 50 Exemplare seien inzwischen im Einsatz; „europaweit“, wie Hersteller-Vertreter Schneider erfreut anmerkte. Doch bisher wurden die Kraftwerke meist in einzelne Gebäude wie Schulen oder Hallenbädern eingebaut: Fürth sei nach Kiel erst die zweite Kommune, wo der Stirling seine Qualitäten in einem Nahwärmenetz zeigen dürfe.

Heinz Wraneschitz

ÖDP-Volksbegehren:

Profilierung auf Kosten von Bürgern und Kommunen

In Zeiten der Entschlackung von Vorschriften und Verordnungen will die ÖDP mit ihrem Volksbegehren gegen die genehmigungsfreie Aufstellung von Mobilfunksendeanlagen bis zu einer Höhe von 10 Metern dem Regulierungswahn ein weiteres Päckchen aufladen. Auf Kosten von Bürgern und Kommunen will diese Randgruppierung sich profilieren, so die Auffassung von MdL Heinz Donhauser, Sprecher für Mobilfunkfragen der CSU-Landtagsfraktion.

Unter dem Vorwand der Gesundheitsvorsorge soll jetzt mit einem Volksbegehren eine generelle Genehmigungspflicht für Mobilfunkmasten erreicht werden. Doch eine Strahlenminimierung wird damit in keiner Weise erzielt, sondern nur der bürokratische Aufwand wird künstlich zu Lasten der Städte und Gemeinden aufgebläht.

Position stärken

„Bisher wurde im Dialog zwischen Betreibern und Kommunen in fast 100 Prozent der Fälle eine geeignete Lösung für einen optimalen Standort gefunden“, erklärt MdL Heinz Donhauser. Das Verbannen von Sendeanlagen aus bebauten Bereichen - wie mit dem Begehren gefordert - verursacht aber statt einem Strahlenrückgang das Gegenteil: Sowohl Mobilfunkanlage wie auch Handy müssen mit wesentlich höherer Leistung senden, um überhaupt

einen Empfang sicherzustellen.

Um die Position von Kommunen zu stärken, soll nicht mehr wie bisher erst ab einer Masthöhe von 10 Metern eine Genehmigung eingeholt werden müssen, sondern für jede Mobilfunksendeanlage. Doch bei den Verantwortlichen von Landkreis-, Städte- und Gemeindegremien stoßen die Forderungen des Volksbegehrens auf Ablehnung.

Hohe Erwartungshaltung

So lehnt OB Hans Schaidinger, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, das Begehren ab, da mit dessen Ziel der Gesundheitsvorsorge nicht wirklich Rechnung getragen wird. Auch Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindegremienrats, sieht kaum einen Nutzen für die Gemeinden: „Wir sind insbesondere der Überzeugung, dass eine Ausweitung der Genehmigungspflicht für Mobilfunkantennen die Position der

Gemeinden nicht stärkt, vielmehr werden die Gemeinden einer hohen Erwartungshaltung der Bürger ausgesetzt, die sie nicht erfüllen können“. Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistages, geht sogar noch einen Schritt weiter, wenn er für den ländlichen Raum die Schaffung einer ausreichenden technischen Infrastruktur mit Mobilfunknetzen und Datenautobahnen fordert.

Bürokratie-Wust

Wie lächerlich mag es zudem erscheinen, wenn in Bayern ein neuer Wust an Bürokratie kreiert wird, während das Nachbarland Baden-Württemberg vor zwei Jahren den Freistaat zum Vorbild genommen hat, um eine generelle Baugenehmigungspflicht für Sendeanlagen abzuschaffen.

Während die Naila-Studie stets in den Medien auftaucht

und eine diffuse Angst vor Handywellen schürt, fällt, wie in Fachkreisen behauptet wird, bei der sog. Reflex-Studie das Auftreten ihres Koordinators Prof. Adelkofer ins Auge, der seine persönliche Meinung mit Ergebnissen des von ihm geleiteten Programms mischt und



MdL Heinz Donhauser, Mobilfunksprecher der CSU-Landtagsfraktion, hält das Handy längst für unverzichtbar.

damit agitiert.

MdL Heinz Donhauser hat im Bayerischen Landtag nunmehr nachgefragt, wie viel „Wissen-

Rufumleitung ohne Kostensprung

Verschmelzung von Festnetz und Mobilfunk bietet enormes Einsparpotential für Unternehmen

Wer Anfang der 90er Jahre ein Handy besaß, der galt zunächst als Ausnahme. Wer damals vorhersagte, dass zu Beginn des neuen Jahrtausends derjenige ein Einzelfall sein würde, der ohne Mobiltelefon durchs Leben gehe, wurde zumindest unlängig gemustert. Heute ist man multimedial unterwegs, mit Notebook oder PDA, schreibt SMS, E-Mails, telefoniert von Handy, Festnetz oder via Internet-Protokoll, surft mit DSL-Geschwindigkeit durchs Netz und kauft dort auch die neuesten Musiktitel für den MP3-Player.

Mittlerweile hat so mancher den Überblick verloren, auf wie viele Arten er erreichbar ist. Kontaktdaten nehmen immer größeren Raum auf Visitenkarten und in Datenbanken ein - zugegebenermaßen ein Luxusproblem, doch auch hierfür gibt es Abhilfe: Die Kommunikation der Zukunft wird Festnetz und Mobilfunk verschmelzen. „Die ehemals getrennten Internet-, TV- und Telefonwelten wachsen zusammen“, weiß Mehdi Schröder. Er ist Sales Director für das Enterprise-Geschäft der Ericsson GmbH Deutschland, die die Konvergenz der unterschiedlichen Kommunikationskanäle vorantreibt.

Ericsson hat die Kommunikationsinfrastruktur im eigenen Unternehmen analysiert: 70 Prozent aller Mitarbeiter benutzen bislang neben einem Festnetzanschluss auch ein Mobiltelefon, das bestenfalls per Rufumleitung auch die Anrufe auf das Festnetzgerät empfangen konnte. Dennoch waren Mobilität und Kommunikationsmöglichkeiten des Mitarbeiters beschränkt, Durchwahlnummern oder die Weiterverbindungen zu Kollegen konnten auf diese Art noch nicht genutzt werden, da kein Zugriff auf die Möglichkeiten einer kompletten firmeninternen Telefonanlage möglich war.

Hier setzt Ericsson nun an: „Mit dem so genannten „Push to talk over Cellular“ (PTT), einer Art Walkie-Talkie-Funktion für das Handy, ergeben sich neue Geschäftsanwendungen“, erklärt Schröder. One Communication, die Erreichbarkeit auf einem einzigen Endgerät, basiert auf einer einheitlichen Plattform für Festnetz und Mobilfunk, dem so genannten IP Multimedia Subsystem (IMS). Auf dieser Basis ist es möglich, per Notebook oder Smartphone zu kommunizieren, gleichzeitig Daten zu bearbeiten

und auszutauschen. Diese Verschmelzung der Kommunikationskanäle baue komplett auf dem Internet-Protokoll auf und werde durch Ericsson-Entwicklungen realisiert.

Zwar stehe das System noch am Anfang, für Firmenkunden biete diese One Communication - Lösung jedoch bereits erkennbare Vorteile: Zunächst sei jeder Mitarbeiter unter einer einzigen Telefonnummer immer erreichbar und könne jederzeit auf die volle Leistung der firmeninternen Telekommunikationsanlage zugreifen. One Communication verkürze die Kommunikationswege, senke die Kosten und erhöhe die Effizienz. Nicht zuletzt sei auch eine höhere Kundenzufriedenheit zu verzeichnen, wenn in einem Unternehmen eine schnelle Erreichbarkeit der Mitarbeiter gewährleistet sei. Bessere Erreichbarkeit geht hier mit höherer Produktivität einher. Eine komplette Neuanschaffung von Telefonanlagen sei jedoch nicht nötig. „Die TK-Anlage ist und bleibt das Herzstück der Kommunikation“, versichert Mehdi Schröder, eine Umstellung könne man schrittweise vornehmen. Ericsson garantiere die volle Kompatibilität beispielsweise der Nebenstellenanlage MD110 mit MX-One, dem neuen Communication Organizer, über den die Multichannel-Kommunikation gesteuert werde.

Ericsson selbst mit rund 20.000 Mitarbeitern im schwedischen Mutterkonzern hat es schließlich vorgemacht und trägt mit der Entwicklung der zunehmenden Mobilität in Unternehmen Rechnung: „Dort konnte man die durchschnittliche Anzahl der Telefone eines Mitarbeiters von 2,5 auf 1,2 reduzieren“, führt Schröder aus. „Eine Umstellung lohnt sich auch, weil es weniger Geräte, weniger Wartung, weniger operative und fixe Kosten gibt.“

überhaupt dahinter steckt. Aus Sicht des Umweltministeriums sind diese Studien nur bedingt für eine fachliche Debatte tauglich. „Die Naila-Studie erfüllt weder die wissenschaftlichen Kriterien, noch wird sie von den internationalen Gremien wahrgenommen. Auch die Reflexstudie wurde bisher noch nicht in einem anerkannten Fachjournal veröffentlicht“, erklärte Staatssekretärin Emilia Müller in ihrer Antwort auf die mündliche Anfrage von MdL Heinz Donhauser, dem Mobilfunksprecher der CSU-Landtagsfraktion.

Bessere Information und intensivere Forschung

Das Handy ist mittlerweile unverzichtbar für unseren Alltag und in Notsituationen kann es sogar Leben retten. Wir in Bayern sehen im Ausbau der

Mobilfunk-Kommunikation viele Vorteile, die von der Verbesserung des Notrufsystems für unsere Feuerwehren, Polizei, Bergwacht, usw. bis zur drahtlosen Weitergabe von Umweltdaten im Hochwasserfall oder bei Unwettern reichen. Dennoch gilt es weiter den Dialog mit den Bürgern auszubauen. Die Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden, daher wollen wir die Forschung ausbauen, um mögliche Risiken zu minimieren.

In Kürze gibt das bayerische Umweltministerium dazu eine neue Broschüre heraus, die über die wirkliche Aussagekraft von speziell in Bayern häufig zitierten Studien und Themenbereichen zu gesundheitlichen Auswirkungen des Mobilfunks informieren wird. Darüber hinaus sollen vor allem Kommunen praktische Hinweise für die Standortsuche erhalten.

www.mobilfunk-in-bayern.de ist online

Kritische Auseinandersetzung mit ödp-Begehren

Eine zusätzliche Baugenehmigungspflicht für Mobilfunkstandorte unterhalb von 10 Metern würde für den Wirtschaftsstandort Bayern einen gravierenden Wettbewerbsnachteil bedeuten. Diese Sorge äußerten Vertreter der bayerischen Wirtschaft und des bayerischen Gemeindegremienrats bei der Vorstellung der Informationsplattform „www.mobilfunk-in-bayern.de“.

„Eine Umgestaltung der Bauordnung ändert nichts am Rechtsanspruch der Netzbetreiber auf eine Genehmigung eines Standorts“, sagte Adolf Dinglreiter, Sprecher der Initiative „Mobilfunk in Bayern“. „Sie führt jedoch zu unnötiger Bürokratie und einem Ausfall von Investitionen von mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr in den Standort Bayern“. Auch würde das im bayerischen Mobilfunkpakt II festgelegte Dialogverfahren, das den Städten und Gemeinden Mitsprachemöglichkeiten bei der Findung von Sendestandorten einräumt, durch das Begehren gefährdet.

Die Internetplattform www.mobilfunk-in-bayern.de informiert parteienübergreifend über den Sachstand in Fragen des Mobilfunkausbaus in Bayern und weist auf mögliche Konsequenzen einer Annahme des durch die ödp initiierten Volksbegehrens hin. Nachzulesen ist, weshalb unterschiedlichste Interessenverbände aus Politik und Wirtschaft sowie im bayerischen Landtag vertretene Parteien Nein zum ödp-Begehren sagen. Darunter befinden sich Stellungnahmen des Bayerischen Gemeindegremienrats, der CSU und der SPD, der Nürnberger Initiative für Kommunikationswirtschaft e.V. oder der vier in Bayern tätigen Netzbetreiber. Außerdem gibt es die Möglichkeit, sich für einen Newsletter einzutragen, der regelmäßig zum Thema Mobilfunk in Bayern informiert.

Die Inhalte der Website sind außerdem über Handy (<http://wap.mobilfunk-in-bayern.de>) und PDA (<http://pda.mobilfunk-in-bayern.de>) abrufbar.

In der Allianz-Arena:

Startschuss für neues Digitalfernsehen

Stoiber fordert Digitalisierung auch beim Hörfunk und Kabel-TV

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat in der neuen Allianz-Arena in München den Startschuss für das digitale Antennenfernsehen DVB-T in Bayern gegeben. Stoiber bezeichnete die Digitalisierung des Fernsehens als Schlüssel für eine weitere dynamische Entwicklung der Medienbranche.

Stoiber: „Digitalisierung ist das Fernsehen der Zukunft. Für die Fernsehzuschauer ist das Digitalfernsehen mit mehr Programmen, Bildern in First-Class-Qualität und Multimedia ein klarer Gewinn. Als mobiles Überall-Fernsehen ist DVB-T auch für Kabel- und Satelliten-Nutzer hochinteressant. Diese technische Revolution hat ein enormes Potenzial für Innovation und neue Geschäftsfelder, das wir offensiv nutzen müssen.“

Stoiber begrüßte es, dass sich alle namhaften öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehstationen am neuen Digitalfernsehen beteiligen. Damit könne für mehr als sechs Millionen Zuschauer in den Ballungszentren München und Nürnberg sowie in weiteren großen Teilen Bayerns ein umfassendes Angebot

von über 20 Programmen über die Hausantenne zugänglich gemacht werden. Besonders erfreut zeigte sich Stoiber, dass im Großraum Nürnberg lokale und regionale Programmanbieter von Anfang an auf DVB-T senden.

Chancen vollständig ausschöpfen

Stoiber sprach sich dafür aus, die Digitalisierung auch im Kabelnetz sowie im Hörfunk voranzutreiben: „Die großen Chancen der Digitalisierung sollen auch im Kabel und beim Hörfunk voll ausgeschöpft werden. Ich bin überzeugt, dass der Erfolg des digitalen Antennenfernsehens ganz generell zum Wegbereiter für ein digitales Medienzeitalter wird.“



V.l.: MdB Josef Göppel, CSU-Bezirksvorsitzender MdL Joachim Herrmann, Staatssekretär Georg Schmid, Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer, MdB Doris Meyer, CDU-MdB Georg Brunnhuber, MdB Hans Raidel und MdL Helmut Guckert.

Länderübergreifender Regionaltag:

„Magisches Dreieck“ als Symbol für sinnvolle Zusammenarbeit

Eine verstärkte Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg vereinbarten die Vorsitzenden von Verbänden der CSU und CDU beim diesjährigen Regionaltag im Dreieck Nordschwaben / Mittelfranken / Ostalbkreis und Kreis Schwäbisch Hall. Für CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann garantierte die intensive Zusammenarbeit bei möglichen gemeinsamen Projekten eine für alle Beteiligten positive Entwicklung mit der Folge wirtschaftlicher Prosperität.

Das „Magische Dreieck kennt keine Grenzen“ meinte Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer aus dem traditionsreichen Dinkelsbühl in Mittelfranken, wo der diesjährige Regionaltag seinen Abschluss fand. Die hochrangige Politikerdelegation bestätigte ihm die Beispielgebung dieser kommunalen Allianz zwischen Crailsheim, Dinkelsbühl, und Ellwangen.

Zuvor stand die Besichtigung des Rieser Bauernmuseums in Maihingen auf dem Programm, um anschließend in Fremdingen vor Ort die Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf Bundes- und Staatsstraßen in Augenschein zu nehmen. Staatssekretär Georg Schmid, als CSU-Kreisvorsitzender von Donau-Ries nordschwäbischer Delegationsleiter, berichtete von einer Zunahme um mehr als 70 Prozent auf der B 25 seit Einführung der Mautpflicht auf den Bundesautobahnen: „Ähnlich sieht es auch in anderen Regionen Bayerns aus, aber hier ist der größte Zuwachs.“

Einig war man sich darin, dass es vermutlich keinen Königsweg zur Lösung der enormen Herausforderungen geben werde. Wenn auch Teilstücke der Bundesstraßen ‚bemaute‘ würden, werde sich der Verkehr auf Staatsstraßen oder gar bis in Dörfer hinein verlagern, so Diskussionssteilnehmer. Auch Straßen-

sperrungen, Nachtfahrverbote oder Geschwindigkeitsbeschränkungen seien keine Allheilmittel, unabhängig von der fraglichen Zuständigkeit und der Belastungen für ortsansässige Spediteure. Auf keinen Fall dürften Nachteile für das heimische Gewerbe entstehen, vielmehr gehe es ausschließlich um so genannte „Mautflüchtlinge“.

„Der Bundesverkehrsminister macht es sich zu einfach, wenn er nur lapidar auf die Länder verweist“, meinte CDU-Kreisvorsitzender Georg Brunnhuber, stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er hielt es für überlegenswert, auch in Deutschland ein Modell ähnlich wie in Österreich zu schaffen, wo eine Infrastrukturfinanzierungsgesellschaft alle Einnahmen aus Verkehrsabgaben auch für verkehrsbedingte Ausgaben verwendet.

Letztlich bleibe nur „der verstärkte Bau von Ortsumfahrungen im Zusammenhang mit einer umfassenden Fortschreibung der Straßenausbauplanung“. Erklärtes Ziel aller Tagungsteilnehmer: Nach einer gewonnenen Bundestagswahl gehöre dies zu den vordringlichen Aufgaben, „weil mancherorts die Belastungen für die Anlieger unerträglich geworden sind“.

Eine gute Verkehrserschließung hält CSU-Landtagsfraktionsvorsitzender Joachim Herrmann für eine wesentliche Grundvoraussetzung zur wirtschaftlichen Entwicklung: „Wir brauchen den Ausbau der B 2, damit nicht ganze Räume wirtschaftlich abgehängt werden.“

Georg Schmid konnte bereits über erste Erfolge berichten: „Wir sind bei der Aufarbeitung auf einem guten Weg“ pm

Bezirk Unterfranken:

Schlussstrich unter Theaterdebatte

Würzburg. „Damit muss die Sache endlich gegessen sein.“ Mit diesen Worten zog Bezirkspräsident Albrecht Graf von Ingelheim am 19. Mai einen Schlussstrich unter die monatelangen Debatten um die künftige Förderung des Würzburger Mainfranken Theater.

Zuvor hatte der Kulturausschuss des Bezirkstags beschlossen, das Drei-Sparten-Haus zwischen den Jahren 2006 und 2010 entgegen den Förderrichtlinien des Bezirks mit jährlich 200.000 Euro zu bezuschussen. Ein Beschluss der CSU-Bezirkstagsfraktion vom März dieses Jahres hatte den Weg für eine direkte Theaterförderung frei gemacht.

Prinzipiell bezuschusst der Bezirk nur einzelne Projekte unterfränkischer Kultureinrichtungen, laufende Kosten für Personal oder Mieten werden den Förderrichtlinien des Gremiums zufolge nicht mitgetragen. Aufgrund der fatalen Finanzsituation des in seiner Existenz bedrohten Mainfranken Theaters und der Sonderstellung der Institution als einziges unterfränkisches Drei-Sparten-Haus ist eine Betriebskostenförderung nach Ansicht der CSU-Bezirksräte dennoch zu rechtfertigen. Der beschlossene Betriebskostenzuschuss stammt aus dem Gesamtbetrag von vier

Mio. Euro, der ursprünglich als Einlage in die Theaterstiftung vorgesehen war. Drei Mio. Euro flossen in den vergangenen Jahren bereits in die Stiftung, die verbleibende vierte Million wird dem Beschluss der Kulturausschussmitglieder zufolge in fünf Raten als Direktförderung bezahlt.

Derzeit belaufen sich die Erträge aus der Theaterstiftung auf weniger als 150.000 Euro jährlich - eine viel zu geringe Summe angesichts des für 2006 erwarteten Defizits in Höhe von mindestens 500.000 Euro. Kritik übte der Kulturausschuss am Landkreis Main-Spessart, der als einziger Landkreis in der Region 2 noch keine Förderabsicht geäußert hat.

Die Kreise Würzburg und Kitzingen hingegen beschlossen, das Mainfranken Theater 2006 und 2007 jeweils mit 50.000 Euro zu fördern. Main-Spessart wurde nachdrücklich aufgefordert, ebenfalls einen Förderbeitrag zu leisten. Pat Christ

Durch EU-Beschwerde zum Ziel

Würzburger Bürger wollen bundesweit erste Feinstaub-Beschwerde in Brüssel einreichen

Die Stadt Würzburg, so die Auffassung von Rechtsanwalt Wolfgang Baumann, ignoriert in Sachen Luftqualität EU-Gemeinschaftsrecht. Deshalb will der Würzburger Anwalt die deutschlandweit erste EU-Beschwerde zur Feinstaubproblematik gegen den Freistaat und die Stadt in Brüssel einreichen.

1978 hatte sich Baumann schon einmal bei der Europäischen Kommission beschwert, damals ging es um die verspätete Umsetzung einer Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung in Deutschland. Auf die neue Beschwerde hin müsse die Kommission den Freistaat und die Stadt Würzburg auffordern, über alle eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Würzburg zu berichten, erläuterte Baumann bei der Vorstellung der Beschwerde.

Aufruf zur Teilnahme

Sollte die Antwort unbefriedigend ausfallen, müsse der Freistaat mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof rechnen. Wichtig sei nun, dass möglichst viele Würzburger die von ihm formulierte Beschwerde zur Europäischen Kommission schicken, damit das Anliegen Gewicht erhält. Zur Überraschung mehrerer Bürger, die sich Baumanns Beschwerde anschließen wollen, reagierte Würzburgs Umweltreferent Wolfgang Kleiner verständnisvoll auf die Forderung nach Maßnahmen gegen die Feinstaubbelastung. „Die Stadt Würzburg unterstützt Sie alle voll und ganz“, erklärte der Jurist.

Im letzten Kapitel des neunseitigen Beschwerdeschreibens heißt es im Kontrast zu dieser positiven Äußerung: „Es wird

darauf hingewiesen, dass die Stadt Würzburg mit Schreiben vom 4. April 2005 durch ihren berufsmäßigen rechtskundigen Stadtrat Wolfgang Kleiner hat mitteilen lassen, es bestehe keine Veranlassung dazu, einen Aktionsplan - wie beantragt - zu erlassen.“

Die Anhänger der EU-Beschwerde fordern von der Stadt, auf der Basis eines Aktionsplans Lkw-Fahrverbote im Stadtteil Frauenland, in der Innenstadt sowie am Stadtring zu realisieren. Zudem verlangen sie Einbahnstraßenregelungen, Straßensperren und Sonntagsfahrverbote. Um die Luftqualität zu verbessern, sollen schließlich Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ohne Russpartikelfilter durchgesetzt und die dritte Ofenlinie der Würzburger Müllverbrennungsanlage stillgelegt werden.

Kleiner zeigte sich aufgeschlossen für diese Wünsche, gleichzeitig empörte er sich, als ihm von den Bürgern unterstellt wurde, die jüngst gemessenen Werte zur Luftbelastung in Würzburg seien nicht realistisch. Aktuell sei die Luftqualität „gut bis sehr gut“, erklärte der Umweltreferent unter Hohn gelächter der anwesenden Bürger tags zuvor sei eine Feinstaubbelastung von lediglich 17 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft gemessen worden. Gleichzeitig räumte Kleiner ein, dass der Grenzwert von 50 Mikro-

gramm in den ersten fünf Monaten des Jahres 2005 an 15 Tagen überschritten wurde, maximal erlaubt ist der EU-Richtlinie zufolge eine jährliche Überschreitung an 35 Tagen. Nach Baumanns Ansicht zögerte die Stadt bereits viel zu lange mit Maßnahmen zur Luftverbesserung.

Leben in Gefahr

In der EU-Beschwerde heißt es, dass bereits 2003 der Tages-Immissionsgrenzwert für Schwebstaub und Partikel an 41 Tagen überschritten war, damit war eine „Gefährdung von Leib und Leben“ gegeben. Ein Aktionsplan zum Schutz der Bürger vor der „erheblichen Gesundheitsgefahr“ durch die Feinstaubbelastung wurde dennoch nicht erstellt, der erst im Juli 2004 vom Bayerischen Umweltministerium vorgelegte Luftreinhalteplan für die Stadt sei „unvollständig und fehlerhaft“, er entspreche nach Baumanns Auffassung „nicht den EU-rechtlichen Anforderungen“. Pat Christ

Postbauer-Heng wird Markt

Der Gemeinde Postbauer-Heng, Landkreis Neumarkt i. d. Opf., wird auf ihren Antrag hin mit Wirkung vom 17. September 2005 die Bezeichnung „Markt“ verliehen. Die Urkunde wird am Tag der Markterhebung überreicht. Bisher dürfen sich von den insgesamt 2.056 Gemeinden 314 Stadt und 384 Markt nennen. Postbauer-Heng wird demnach Bayerns 385. Markt. Pat Christ

1.000. kommunale Partnerschaft

„Die am 25. Mai 2005 begründete Partnerschaft der Stadt Regensburg mit der ungarischen Stadt Budavár ist die 1.000. Partnerschaft, die eine bayerische Kommune unterhält. Diese Jubiläumspartnerschaft ist ein wichtiges Zeichen für das Zusammenwachsen der europäischen Union. Besonders freut es mich, dass die Jubiläumspartnerschaft mit einer ungarischen Stadt abgeschlossen wird“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunden der beiden Städte. Pat Christ

Frauen in der Kommunalpolitik:

Von allerhand Lust und Frust

Deggendorfer Erfahrungsaustausch auf Einladung von Landrat Bernreiter

Unter dem Motto „Frauen in der Kommunalpolitik - Lust und Frust in diesem Ehrenamt“ lud der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter Kommunalpolitikerinnen jedweder Couleur zu einem Informations- und Meinungsaustausch ins Landratsamt ein. Der Landkreischef griff damit eine Initiative der Gleichstellungsbeauftragten für den Landkreis, Jutta Staudinger, auf.

Lebhaft diskutierten die Gemeinde-, Markt-, Stadt-, Kreisrätinnen sowie Bezirksrätin Renate Franzel über die angenehmen Seiten dieses kommunalen Ehrenamts, aber auch über die besonderen frauenspezifischen Schwierigkeiten. Ein Kernproblem sei, so der Tenor, familiäre und berufliche Pflichten mit den Herausforderungen dieses Eh-

renamts zu verbinden. Hier sei natürlich die Unterstützung des Partners und der Familie notwendig. Die teilweise langjährig tätigen Kommunalpolitikerinnen schätzen an ihrer Aufgabe die Möglichkeit mitzugestalten, die bunte Vielfalt der Themen und das Informiertsein über örtliche Vorgänge und über gesetzliche Neuerungen. Um aller-

dings erfolgreich und für sich selbst auch zufriedenstellend kommunalpolitisch tätig sein zu können, müssten die Frauen sich eine gewisse „dicke Haut“ zulegen. Persönlichen Bemerkungen müsse schlagfertig begegnet werden, und sich nicht so leicht kränken zu lassen, sei im übrigen nicht nur in der Politik von Vorteil.

Wichtige Sachkompetenz

Sachkompetenz ist den Kommunalpolitikerinnen wichtig, deshalb nutzen auch überproportional viele davon diverse Fortbildungsmöglichkeiten. Dementsprechend müsse auch die sachliche Auseinandersetzung im kommunalen Gremium im Vordergrund stehen. Landrat Bernreiter plädiert dabei für Toleranz in der politischen Diskussion. Der Landrat betonte, dass er im Kreistag auf ein gutes Klima Wert lege - letztlich die Fol-

ge des Umgangs miteinander.

Ein Stück Mut, sich zu engagieren und ein langer Atem werden benötigt, um erfolgreich und auch mit Freude kommunalpolitisch tätig sein zu können. Darüber waren sich die Damen einig. Ebenso auch darüber, dass mehr Frauen in den Kommunalparlamenten vertreten sein sollten.

Der Anfang ist gemacht

Der Anfang ist bereits gemacht: Seit den jüngsten Kommunalwahlen sind nur in fünf der 26 Gemeinden im Landkreis keine Frauen vertreten. Nachdem bereits Halbzeit der laufenden Wahlperiode ist, richtet sich der Blick allmählich auf die kommenden Kommunalwahlen 2008. „Um neue Kandidatinnen zu gewinnen, muss man frühzeitig beginnen“, so Bernreiter Rat, der fordert: „Wir brauchen mehr Frauen in der Kommunalpolitik!“ Frauen stellen heute in Familie und Beruf ihren „Mann“. Sie könnten es auch bestens in der Kommunalpolitik, so das Fazit. Eine kurze Information über das neue Kindergartenrecht und die Auswirkungen auf die Kommunen runde-

ten den Politikerinnen-Treff ab.

Kernpunkte

Anneliese Hellauer, Leiterin des allgemeinen Sozialdienstes im Amt für Jugend und Familie, stellte die Kernpunkte des neuen Rechts vor, wie die verbindlich festgeschriebenen Bildungs- und Erziehungsziele, die geforderte Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschule, die Maßnahmen zur Qualitätssicherung sowie die Verpflichtung der Gemeinden, die bis zum Rande ihrer Leistungsfähigkeit für die Vorhaltung von Kindertageseinrichtungen zuständig sind.

Die Kommunalpolitikerinnen

bemängelten dabei die sich abzeichnende Benachteiligung kleinerer Kindergärten sowie die entstehende Wettbewerbssituation unter den einzelnen Betreuungseinrichtungen. Als problematisch betrachteten sie auch die vorgesehene Gastkinderregelung, wonach die Kommunen zu entscheiden haben, ob ein Kleinkind am Wohnort den Kindergarten besuchen muss oder ob es zweckmäßigerweise auch eine Einrichtung am Ort des Arbeitsplatzes der Eltern besuchen kann.

Auch nach mehrstündiger Diskussion stand fest: Es gibt viel zu tun für Kommunalpolitikerinnen. Deshalb ist Nachwuchs mehr als gefragt. **DK**

Katholische Landvolkshochschule Feuerstein:

Das Land stark machen gegen Zentralisierung

Ebermannstadt (fpo) - Das Land lebendig und kraftvoll erhalten möchten die Ehemaligen der Katholischen Landvolkshochschule Feuerstein.

Im Blick auf die 1000-Jahrfeier des Bistums Bamberg im Jahre 2007 rief der Leiter des Bildungshauses auf dem Feuerstein, Heiner Neuner, zu einem eigenen „Land-Tag“ auf. Bei diesem „Tag des Franken-Landes“ soll besonders den Zentralisierungstendenzen aktiv begegnet werden. Die Ehemaligen stellen eine besondere Elite des Bamberger Landes dar. Sie brachten eine Reihe von Politikern im kommunalen Bereich und sogar für den Bezirkstag und den Bayerischen Landtag hervor.

Nachdem viele mittelständische Betriebe und vor allem auch die kleineren Landwirtschaften verschwinden, drohe auch die Gefahr einer gewissen Entvölkerung, unken die „Ehemaligen“. Beim Ehemaligentreffen am 1. Mai 2005 lenkte der Kulturreferent des Landkreises Forchheim, Anton Eckert, den Blick auf die Kulturschätze und -schöpfungen des Mittelalters in der Fränkischen Schweiz und empfahl diese neu zu entdecken. Hoch interessant war am Nachmittag das Mäsonntags eine Fachexkursion zum neu freigelegten Burgstall unweit von Burg Feuerstein.

Kulturreferent Eckert bewährte sich auch hier als fundierter Interpret und betonte, dass jegliche geschichtlichen Nachrichten über die imposante Wehranlage fehlen. Im Rahmen des Treffens der Ehemaligen der Landvolkshochschule wurde auch die Wanderausstellung „Fränkische und Hersbrucker Mehlbeere“ durch die Projektleiterin Barbara Fücht-

bauer eröffnet. In der Feuersteinkirche wurde vormittags gemeinsam mit Rektor Stefan Alexander Eucharistie gefeiert.

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber: Beda Bohinger Otto Ammon

Redaktion: Anne-Marie von Hassel (verantwortlich) Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter: Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherbielle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Planungsausschuss-Vorsitzender Herbert Mirbeth:

Reformschub für Planungsverbände

Gestärkt sind die Regionalen Planungsverbände mit ihrer „Scharnierfunktion“ zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung aus der Reformdiskussion hervorgegangen. Diese Feststellung traf Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth als Vorsitzender des Planungsausschusses der Region 11, zu der die Landkreise Neumarkt, Cham und Regensburg, ein Teil von Kelheim und das Oberzentrum Regensburg gehören und die mit insgesamt 118 Gemeinden und einer Bevölkerungszahl von über 660.000 Einwohnern die größte Region im ostbayerischen Raum darstellt.

Wir dürfen nicht nur Transitraum, wir müssen vor allem Standortraum für Industrie und Gewerbe bleiben und noch mehr werden, betonte Landrat Theo Zellner (Cham), der sich zudem für eine Wiederbelebung der West-Ost-Verbindung auf der Schiene aussprach und für eine Wiederbelebung des Bahnknotenpunktes Furth im Wald eintrat.

Baudirektor Saule von der Stadt Regensburg erläuterte in diesem Zusammenhang die Bemühungen um die Machbarkeitsstudie für eine „Isar-Donau-Moldau-Bahn“, die die Schiene in der Ost-West-Verbindung zu einem attraktiven Verkehrsmittel machen würde. Ebenso trat er erneut für eine „ungebrochene“ Verbindung des ostbayerischen Raumes zum Münchner Großflughafen ein - eine Forderung, die von allen Kommunen und der ostbayerischen Wirtschaft getragen werde.

Beschleunigte Verfahren

Der neue Leiter der Höheren Landesplanungsbehörde an der Regierung der Oberpfalz, Regierungsdirektor Axel Koch, informierte die anwesenden Kommunalpolitiker über die Auswirkungen des am 1. Januar in Kraft getretenen neuen Landesplanungsgesetzes.

Der regionale Planungsbeirat wurde abgeschafft. Teilfortschreibungen des Regionalplans werden künftig nicht mehr von der Verbandsversammlung, sondern vom Planungsausschuss beschlossen. Der Verband erwartet sich daraus eine Beschleunigung der Verfahren. Auf die Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie im Regionalplan wird verzichtet. Das vom Planungsausschuss im November 1997 eingeleitete Verfahren zur Änderung des Regionalplans wurde eingestellt.

Bisher existierte für das Regio- gebiet der Entwurf einer Regionalplanfortschreibung, der sich auch bewährt hatte. Dieser Entwurf sah keine Vorrang-, sondern nur Vorbehaltsflächen vor. Aufgrund einer Normenkontrollentscheidung in der Region Oberpfalz-Nord vom Dez. 2003 war damit zu rechnen, dass eine Ausweisung von Vorbehaltsflächen keinen Bestand vor den Gerichten haben würde. Vorrangflächen würden die Gemeinden jedoch in ihrer gesicherten Pla-

nungshoheit unnötig einschränken.

Künftig bleibt die Errichtung von Windrädern einer baurechtlichen Genehmigung oder einem Raumordnungsverfahren vorbehalten. Die Gemeinden haben damit, so Landrat Mirbeth, ein größeres Mitspracherecht und die Möglichkeit, auf Standorte Einfluss zu nehmen. Der Planungsverband macht hierzu keine Vorgaben, weder im Hinblick auf geeignete Strandorte, noch im Hinblick auf Verbotszonen. Im Bereich Hochwasserschutz lag dem Planungsausschuss ein umfassender Fortschreibungsentwurf für den Regionalplan vor. Der Regionsbeauftragte, Regierungsdirektor Peter Fuess, erläuterte die einzelnen Vorgaben.

Allgemein gültige Normen

Die Überschwemmungsgebiete in den Talräumen der Region, insbesondere von Donau, Altmühl, Großer Laaber, Naab und Regen, sollen für den Hochwasserabfluss und als Rückhalte-räume freigehalten werden. Die beabsichtigten Vorranggebiete werden in einer Karte erfasst und allen Gemeinden zur Stellungnahme zugeleitet.

Landrat Zellner begrüßte die Absicht des Verbandes, aus dem Hochwasser vom August 2002 allgemein gültige Normen zu entwickeln. Verschiedene Diskutanten bekräftigten, dass im Sinne des Hochwasserschutzes auch der Mut aufgebracht werden müsse, Bauverbote zu verfügen. Endgültige Entscheidungen werden erst getroffen, wenn sich alle Gemeinden geäußert haben.

Thema Unterzentren

Erfreut zeigte sich der Planungsverband, dass ihm zum 1. Januar 2005 die Zuständigkeit für die Ausweisung von Unterzentren übertragen wurde. Unterzentren sollen die Bevölkerung größerer Nahbereiche mit Gütern und Dienstleistungen des qualifizierten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundbedarfs versorgen. Anträge einzelner Gemeinden, die mangels Kompetenz bisher nicht abgearbeitet werden konnten, werden jetzt aufgegriffen. Auch hier werden alle Gemeinden die Möglichkeit einer Äußerung erhalten, bevor die neuen Unterzentren mit verbindlicher Wirkung im Regionalplan festgeschrieben werden. **DK**



Bürgermeister Bernhard Kerler bedankte sich im Namen der teilnehmenden Markträtinnen und Markträte mit einem Gemeindegeld bei seinem Amtskollegen Rainer Siegele (4. v. r.) für die Führung durch die Ökoschule in Mädel. Zwischen den Bürgermeistern Prof. Dr. Josef Schwarz, der die Fahrt mitorganisiert und fachlich begleitet hat.

Marktgemeinderat Bad Grönenbach:

Auf Infofahrt in Vorarlberg

Mit moderner und ökologischer Baukultur beschäftigte sich der Marktgemeinderat Bad Grönenbach auf einer Informationsfahrt durch Vorarlberg. Unter der sachkundigen Leitung von Prof. Dr. Josef Schwarz standen u.a. Wohnhäuser, Wohnanlagen, eine Ökoschule und ein Feuerwehrhaus auf dem Besichtigungsprogramm. Ziel der Fahrt war es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie viel Freiheit zukünftige Bebauungspläne den Bauherren lassen sollen bzw. was unbedingt geregelt werden müsste.

Eine moderne Mehrfamilien-Wohnanlage in Röthis, eingefügt mitten in eine ländliche Dorfstruktur, stand am Beginn der Besichtigungstour. Moderne Architektur neben ländlicher Bau-substanz - was hierzulande noch ungewohnt ist, ist in Vorarlberg längst zur Normalität geworden. Beeindruckt waren die Gemeinderäte bei einer Führung durch ein Mehrfamilienhaus in Batschuns. Hier zeigten sich die klare und moderne Sprache der modernen Architektur und die flächenschonende Bauweise, die dennoch den einzelnen Bewohnern genügend Freiräume lässt und den Blick in die Natur nicht versperrt.

Zum kommunalpolitischen Austausch kam es in Mädel. Die gut 3000 Einwohner zählende Gemeinde ist Sitz der ersten Öko-Hauptschule Vorarlbergs. Wie Mädelers Bürgermeister Rainer Siegele betonte, wollte man mit dieser besonderen Ausrich-

tung nicht nur dem Umweltschaden Rechnung tragen, sondern auch die Attraktivität der Hauptschule als solche steigern und zudem Schüler aus Umlandgemeinden gewinnen.

Die Bad Grönenbacher Räte um Bürgermeister Bernhard Kerler interessierten sich besonders auch für die Bauleitplanung in Österreich, die den Gemeinden weniger Einfluss lässt, damit dem Bürger aber erheblich mehr Verantwortung überträgt.

Anregungen für den anstehenden Neubau des Bad Grönenbacher Feuerwehrhauses holte man sich zum Abschluss der Fahrt in Koblach. Bürgermeister Fritz Maierhofer stellte das mit Kosten von mehr als zwei Millionen Euro erbaute, neue Feuerwehrgerätehaus seiner Gemeinde vor. Bürgermeister Kerler versprach, die Koblacher Feuerwehr zur Einweihung des Feuerwehrhauses nach Bad Grönenbach einzuladen.

1. Demokratische Gemeindevahl

In der kleinen fränkischen Stadt Ebermannstadt wird der Blick auf die erste demokratische Gemeindevahl vor 60 Jahren gelenkt. In dem kleinen Juraort Wohlmutshüll - heute Stadtteil von Ebermannstadt - wurden am 18. Juli 1945 abends die ersten freien Wahlen Deutschlands abgehalten. Die von den Amerikanern damals herausgegebene Tageszeitung „Bayerischer Tag“ berichtete darüber. Wie der Ebermannstädter Bürgermeister Franz Josef Kraus (CSU) vor dem Kulturkreis der Stadt berichtete, findet aus Anlass der ersten demokratischen Nachkriegswahl in Deutschland eine entsprechende Festveranstaltung statt.

Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein wird sehr aktuell zu dem Thema „Die Bürgergesellschaft neu herausgefordert“ sprechen. Zudem wird der US-Generalkonsul Matthew Rooney (München) die „Demokratie aus amerikanischer Sicht“ beleuchten. **fpo**



Äußerten große Sorgen um die Zukunft der Kommunen: Hubert Aiwanger, FW-Bezirksvorsitzender von Niederbayern (sitzend in der Mitte), Hans Weinzierl, FW-Bezirksrat von Niederbayern (rechts davon, sitzend), Fritz Wittmann, Bürgermeistersprecher des Landkreises Landshut (ganz rechts, stehend).

Bürgermeistertreffen der Freien Wähler Niederbayern:

„Infrastrukturprogramm Ostbayern“ gefordert

Mirskofen/Landshut. Ein Novum gab es kürzlich in Niederbayern: Erstmals trafen sich FW-Bürgermeister aus dem gesamten Regierungsbezirk, von Kelheim bis Freyung-Grafenau, „um gemeindeübergreifend auf Probleme der Kommunen hinzuweisen und Lösungsansätze anzubieten“, wie sich der neugewählte FW-Bezirksvorsitzende Hubert Aiwanger ausdrückte. Sorge bereitet den Freien Wählern insbesondere die stark rückläufige Investitionstätigkeit seitens der Kommunen, die aufgrund der Finanznot vom Jahr 2003 auf 2004 um 10 Prozent eingebrochen sei, bayernweit immerhin 300 Millionen Euro, wie Fritz Wittmann feststellte.

Angesprochen wurden auch die teilweise dramatischen Ausgabensteigerungen im Sozialbereich. „Hier muss auch an Tabus rangegangen werden“, so Hu-

bert Aiwanger. Ludwig Waas, Bürgermeister von Niederwinkling, forderte ein „Infrastrukturprogramm Ostbayern“, um angesichts der EU-Oster-

weiterung die Chancengleichheit Niederbayerns wiederherzustellen. „Die ländliche Region wird ausgehungert, Förderung gibt es nur noch punktuell in Ballungsräumen.“

So sei etwa der Staatsstraßenbau in einem schlechten Zustand, die Kürzungen im gesamten Infrastrukturbereich von rund 50 Prozent seien für die Kommunen nicht verkraftbar. Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang auch die geplanten Ausgaben für das „Prestigeprojekt Transrapid in Zeiten leerer Kassen“.

Probleme mit Fördergefälle

Das massive Fördergefälle zu den neuen EU-Nachbarn bereitet insbesondere vielen Grenzland-Bürgermeistern größte Probleme, wie aus Diskussionsbeiträgen deutlich wurde: „Hier wurden die Dinge politisch nicht genügend vorbereitet.“

Der niederbayerische FW-Bezirksrat Hans Weinzierl wies auf die hohen Zahlen von Firmenverlagerungen weg von Bayern hin: 800 binnen eines Jahres seien es gewesen, 400 davon allein nach Österreich. Die behindernden Vorschriften der Landesplanung müssten in diesem Zusammenhang hierzulande deutlich entschärft, die Regionalplanung gar ersatzlos gestrichen werden.

Schulstandorte

Schließlich wurde auch gefordert, die Posten von Regierungspräsident und Bezirksstagspräsident zu einem Amt zu verschmelzen und diesen nach dem Vorbild des Landrates direkt vom Volk wählen zu lassen. Bezüglich der Schulpolitik forderte Andreas Kellerer aus Oberstufbach, kleinere Schulstandorte nicht rücksichtslos platt zu machen, da der scheinbare kurzfristige Vorteil von eingesparten Lehrerstellen erfahrungsgemäß hohe Folgekosten durch nötig werdende Sozialpädagogen usw. nach sich zöge.

Josef Popp, 2. Bürgermeister von Furth regte an, angesichts knapper Finanzmittel bei den Kommunen noch mehr nach privatwirtschaftlichen Aspekten vorzugehen und etwa im Bereich der Bauhöfe mehr über Gemeindegrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Die Veranstaltung wurde von allen Beteiligten als sehr fruchtbar und gelungen bezeichnet, eine Folgeveranstaltung wurde angeregt.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ganz großartige Aktion. Ich bin froh, dass wir das aufgegriffen und umgesetzt haben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, faltete sorgfältig seine „Gemeindezeitung“, der er die Idee entnommen hatte, sich an der Aktion „Bücher aus dem Feuer“ zu beteiligen.

Denn Hand auf Herz: Mein Bürgermeister ist auch ein Nachkriegsbaujahr, dem ebenso wie uns ganz Jungen oftmals nur rudimentär im Gedächtnis ist, mit welchen Sauerereien die Nationalsozialisten von der Machtergreifung bis zum unumkehrbaren Weg in den Untergang ihre Macht zementierten und Gegner ausschalteten. Eine der schauerlichsten und archaischesten Wegmarken war sicherlich die Bücherverbrennung.

Gedanken sind gefährlicher als Waffen, das weiß man. Menschen kann man in Gefängnisse und Lager sperren, man kann sie umbringen



Der Kinderbuchautor Erich Kästner ebenso wie der Abenteuerschriftsteller Jack London oder der große Psychoanalytiker Sigmund Freud. Namen wie aus dem Lexikon der Literatur oder der Wissenschaft. Bekannte Autoren, die heute jeder Gymnasiast als Schullektüre verflucht oder liebt. Aber auch Schriftsteller, Wissenschaftler, Denker, die darauf warten, wieder entdeckt und gelesen zu werden.

Nachdem die Gemeindezeitung von der Aktion zur Erinnerung an die Bücherverbrennung berichtet hat, war mein Chef sofort am Telefon und hat alles mit dem Leiter unserer Volkshochschule besprochen. Der Bürgermeister, der Landrat, die Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, unsere Abgeordneten, die wichtigsten Unternehmer und Mittelständler, vor allem aber junge Leute - Schüler, Teilnehmer an VHS-Kursen, Studenten - haben einen ganzen Tag lang die Texte der verbrannten Autoren gelesen. Im Rathaus und der Stadtbibliothek, in Schulen und Kirchen, sogar auf dem Marktplatz. Und bei Büchern, das haben wir festgestellt, ist es wie mit dem fabelhaften Phönix: Holt man sie aus dem Feuer, entstehen sie aus der Asche wieder - spannend, fesselnd und aufwühlend wie zuvor.

Mein Chef, der Bürgermeister, will die Aktion nicht als Eintagsfliege ansehen. Er hat mit dem VHS-Leiter und den Schul-Direktoren schon vereinbart, dass jetzt jedes Jahr eine ähnliche Aktion am 10. Mai startet. Auch um für das Lesen an sich zu werben, denn heutzutage droht der Literaturlandschaft keine Feuergefahr, vielmehr verdorrt sie schleichend, weil vor allem die jungen Leute immer weniger lesen. Und der Chef möchte, dass im November, zum Jahrestag des Mauerfalls, auf ähnliche Weise auch an die verfolgten Dichter im Ostblock erinnert wird. Denn für jede Diktatur gilt, was Georg Christoph Lichtenberg auf dem heutigen Kalenderblatt sagt: „Wenn ein Kopf und ein Buch zusammenstoßen und es klingt hohl, ist denn das allemal das Buch?“

und von Fotos retouchieren. Aber einen Gedanken, eine Idee, eine Meinung kann man nicht einsperren, nicht für vogelfrei erklären. Man kann sich höchstens etwas hilflos an dem Medium vergrämen, das die Gedanken fixiert - die Bücher eben.

Ich schaudere ehrlich gesagt bei dem Gedanken, wie es damals in einer Kulturkation zugeht. Nacht. Lodernde Scheiterhaufen als groteske Karikaturen mittelalterlicher Richtstätten. Halbgebildete Hohlköpfe in braunen SA-Uniformen, die etwas von der reinigenden Kraft des Feuers faseln. Und Bücher, Tausende von Büchern, die in diesem für den Nationalsozialismus so typischen vulgär-sakralen Schauspiel vernichtet wurden.

Für uns junge Leute bis 60, die in der alten Bundesrepublik aufgewachsen sind, ist ja allein der Gedanke an Zensur und Unterdrückung von Büchern ein Alptraum von einem anderen Stern. Umso erschreckender wenn man liest, welche Bücher die Nazi verbrannten. Das war der gesamte Bildungskanon: Heinrich und Klaus Mann, Lion Feuchtwanger, Bert Brecht.

the Sabriid

Thannhausen:

Johannes Schropp ein „Sechziger“

Er hat die Stadt Thannhausen (Schwaben) in den elf Jahren seiner Tätigkeit als Rathauschef wieder in ruhigeres Fahrwasser gesteuert: Bürgermeister Johannes Schropp. Das kam in alles Grußworten anlässlich seines 60. Geburtstages zum Ausdruck.

Allen voran lobte Staatsminister a.D. Alfred Sauter als CSU-Kreisvorsitzender seinen langjährigen Weggefährten für jetzt 33 Jahre kommunalpolitisches Wirken im Stadtrat und Kreistag. Da waren die Bürgermeister Gerhard Glogger für die Verwaltungsgemeinschaft und Hans Wiedemann für den Kreisverband des Bayerischen Gemeindetags. Sie lobten die Loyalität und Eigenarten des Jubilars ebenso wie Landratsstellvertreter Pantaleon Baur.

Geburtstagsdefilee

Hunderte von Gästen schützten den ganzen Tag über dem früheren Religionslehrer die Hand. Selbst königliche Hoheit Prinz Luitpold von Bayern war gekommen. Seine Kaltenberger Brauerei ging jüngst eine Kooperation mit der Thannhauser Postbräu ein. Dem Geburtstagsdefilee ging in der bis auf den letzten Platz gefüllten Hl. Kreuz-Kirche im Thannhauser Stadtteil Burg ein Dankgottesdienst voraus. Zelebriert wurde dieser von Geistlichem Rat Fritz Schropp, Bruder des Geburtstagskindes.

Schafkopfen als Hobby

Offen ist, ob aufgrund der überschäumenden Gratulationscour der Jubilar sich am Ende nicht nach einem gemütlichem und von ihm so sehr geliebten Schafkopfspiel sehnte. Mit Sicherheit gab Johannes Schropp



Johannes Schropp.

Blühender Chiemgau

In den letzten Jahrzehnten haben Blüten besuchende Insekten auch aufgrund von Nahrungsmangel stark abgenommen. Um für diese Insekten wieder bessere Lebensbedingungen zu schaffen, führt das „Netzwerk Blühende Landschaft“ mit finanzieller Förderung von „Regionen aktiv“ in der Region Chiemgau-Inn-Salzach das Projekt „Blühender Chiemgau“ durch. Zusammen mit Landwirten und Kommunen sollen Möglichkeiten gesucht werden, über veränderte Landwirtschaft Lebensräume für Blütenbesucher und andere Tiere zu schaffen. Im südlichen Bereich von „Regionen aktiv“ nimmt Traunstein als Beispielkommune an dem Projekt teil. DK



Großer Auftrieb rund um das „Altmühltaler Lamm“

Vor dem historischen Rathaus, dem Kastenhof und den angrenzenden Gassen fand im Markt Mörnheim der 3. Altmühltaler Lamm-Auftrieb statt. Dabei wurde - wie schon in 2003 und 2004 - eine große Schaf- und Ziegenherde mit fast 1.000 Tieren durch das Markttor über die Gassen auf die Sommerweide getrieben.

Als Schirmherr konnte stellvertretender CSU-Vorsitzender und VdK-Landesvorsitzender Horst Seehofer gewonnen werden. Der neue bayerische Kultusminister, Siegfried Schneider, nahm am Sonntagsgottesdienst in der Wallfahrtskirche „Maria End“ mit anschließender Schafsegnung teil. Horst Seehofer sowie Stellvertretende Landrätin Rita Böhm, Erster Bürgermeister Richard Mittl und die amtierende Lamm-Prinzessin Katharina nahmen die Eröffnung am Kastnerplatz vor. Im Anschluss daran zog die Herde dann über den Kastnerplatz auf die Wacholderheide am Kohlberg. Von Mittags bis in den Abend hinein begleitete an beiden Tagen ein Schäfer- und Handwerkermarkt mit einer ganz eigenen Herde aus Plüsch- und Holzschafen den Lammauftrieb. Gegen den Hunger halfen die Mörnheimer Wirtsleute und Vereine mit Spezialitäten vom „Altmühltaler Lamm“ - beispielsweise als gegrillte Bratwürste, als Lamm vom Grill, oder als Lamm-Burger „Big Mäh“. Der Markt Mörnheim und der Verein zur Sicherung ökologisch wertvoller Flächen (VöF) als Initiator des „Altmühltaler Lamms“ wollten mit dieser Aktion das regionale Produkt „Altmühltaler Lamm“ vermarkten und gleichzeitig ein Freizeitangebot für die Gäste und Besucher der Region schaffen. Dieses Ziel verstärkten auch Aktionen rund um das „Altmühltaler Lamm“, wie z.B. ein naturkundlicher Spaziergang über die Trockenrasenhänge um Mörnheim zum Thema „Auf den Spuren der Schafe“. Als Referent fungierte die Leiterin des Info-Zentrums Treuchtlingen, Dr. Marlit Bauch. Des Weiteren führte der Hüteschäfer Alfred Eichhorn die Schafschur vor. „Von der Weide auf den Tisch - Lust auf ein kulinarisches Schäferstündchen?“ lautete ein Vortrag von Lamm-Gastronom Hans Bertuleit, der damit allen interessierten Hausfrauen und Hobbyköche über die natürliche Spezialität „Altmühltaler Lamm“ Tipps geben will.

Modellprojekt der Münchner Frauenbörse für Eltern und Kinder:

10 Jahre „Betreuter Umgang“

Seit zehn Jahren bietet die Münchner Frauenbörse einen „Betreuten Umgang“ für Elternteile, die ihre Kinder nur unter Aufsicht sehen dürfen. Träger der Frauenbörse ist der Verein für Fraueninteressen e.V., ein mehr als 110 Jahre alter Münchner Frauenverein. Im Rahmen einer Jubiläums-Pressekonferenz wies Projektleiterin Gabriele Buchwald darauf hin, „dass die Nachfrage weitaus größer ist, als wir im Moment mit unseren Mitteln abdecken können“. Deshalb sei man auf Sponsoren angewiesen. Mit jedem Euro könne man einen weiteren Schritt tun und mehr Begegnungsmöglichkeiten anbieten. Dazu wären allerdings weitere Betreuerinnen und neue Räumlichkeiten nötig.

„Zum Wohl des Kindes gehört in der Regel der Umgang mit beiden Elternteilen...“, heißt es im BGB. Daher ist in Folge der Kindrechtsreform von 1998 der „Betreute Umgang“ entstanden. Dieser kann stattfinden auf familiengerichtliche Anordnung, auf Wunsch und Antrag von Betroffenen an das zuständige Jugendamt oder nach privater Vereinbarung.

Sinnvoll und notwendig ist der „Betreute Umgang“, wenn zwischen den Elternteilen massive Konflikte bestehen, es ohne Begleitung zu einer Gefährdung des Kindes kommen könnte, wenn Kontakte zwischen Kind und Elternteilen aufgebaut werden sollen und das Kind aus einer Pflegefamilie oder einem Heim wieder in die Herkunftsfamilie zurückgeführt werden soll.

Kindeswohl fördern

Ziel des Betreuten Umgangs ist die Förderung des Kindeswohls, insbesondere die Identitätsentwicklung des Kindes,

die Überwindung der „Sprachlosigkeit“ der Beteiligten hin zu einer Kultur des konstruktiven Dialogs sowie die Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts zwischen den Beteiligten, so dass der Umgang zukünftig auch ohne Begleitung durchgeführt werden kann.

Finanzierung

Die Finanzierung kann bei entsprechender Anerkennung vom Jugendamt übernommen werden, das auch den Umfang der Finanzierung festlegt. Bei privater Vereinbarung müssen die Kosten von einem oder beiden Elternteilen übernommen werden. Bei einer gerichtlichen Anordnung legt das Gericht die Zeiten des „Betreuten Umgangs“ fest. Das BU-Team, dem Gabriele Buchwald (Projektleitung, Organisation, Koordination), Vreni Rohrbach von Bomhard (Mediatorin) sowie Ulrike Engelmann (Dipl. Psychologin) angehören, arbeitet eng zusammen mit Richtern, Anwälten, Jugendämtern, Allgemeinem

Sozialdienst und Beratungsstellen. Kindgerecht ausgestattete Räumlichkeiten und ein dazugehöriger abgeschlossener Garten befinden sich in der Rumfordstraße im Zentrum von München.

Vertrauen schaffen

Im Gegensatz zu anderen BU-Projekten gibt es in der Münchner Einrichtung keine Verpflichtung zu gemeinsamen Gesprächen und auch keine therapeutische Begleitung. Die Eltern führen getrennt ein Gespräch mit der Diplom-Psychologin. Laut Gabriele Buchwald dient es dazu, „Vertrauen zu schaffen, die Modalitäten für die Besuchskontakte zu besprechen und festzulegen, und unsere ‚Verpflichtungserklärung‘ als Rahmenbedingung zu akzeptieren“. Dieses Angebot komme den Eltern sehr entgegen, die momentan nicht miteinander reden können oder wollen. Auf Wunsch könnten die Eltern aber weitere Gespräche, einzeln oder gemeinsam, in Anspruch nehmen.

Individuelle Betreuung

Jede Familie verfüge über eine für sie zuständige semiprofessionell arbeitende Betreuerin. Diese ist während der ganzen Zeit des Umgangs dabei. Nach Vereinbarung begleitet sie auch Unternehmungen und Ausflüge. Der begleitete Umgang ist am Wochenende möglich, da einige Betreuerinnen auch am Samstag und Sonntag zur Verfügung stehen. Die Anzahl der Umgangskontakte ist nicht limitiert.

„Die Betreuerinnen sind Frauen, die zum Teil durch an-

dere Projekte des Vereins für Fraueninteressen e.V. („Neuer Start ab 35“, „Tatendrang“, „Frauenbörse“) zu uns kommen“, erklärt Frau Buchwald. „Die meisten von ihnen haben eigene Kinder, einige haben den Prozess von Trennung und Scheidung selbst erlebt. Sie werden ausführlich auf ihre Aufgabe als ‚guter Geist im Hintergrund‘ vorbereitet.“ Regelmäßige, verpflichtende Supervision diene der Weiterbildung und Qualitätssicherung.

Stiftung kommt für Raummiete auf

Die Raummiete wird derzeit durch eine Stiftung finanziert, die Bezahlung der Mitarbeiterinnen sowie anfallende Sachkosten trägt die Stadt München. Die Räumlichkeiten wurden mit Geldern der Bayerischen Landesstiftung ausgestattet. Die Betreuerinnen arbeiten gegen eine Aufwandsentschädigung von 5,20 Euro pro Stunde und Fahrtkosten. Den Betrag zahlen die Eltern, je zur Hälfte, direkt an die Betreuerin.

Begleitete Übergabe im Visier

Durch mehr finanzielle Unterstützung des Projekts wäre laut Gabriele Buchwald die Einführung der sog. Begleiteten Übergabe möglich. Begleitete Übergabe bedeutet, dass der Elternteil, bei dem das Kind lebt, dieses zum Verein für Fraueninteressen bringt. Kurze Zeit später wird es dort von dem anderen Elternteil abgeholt. Notwendig ist diese Form beispielsweise, wenn die Eltern sich auf keinen Fall sehen wollen oder der Wohnsitz eines Elternteils geheim bleiben muss. Im vergangenen Jahr, so die Projektleiterin, „haben sich sehr viele Eltern bei uns danach erkundigt“.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der Firma BayWa, München, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Rampf besichtigte Feinstaub-Messanlage

Die Luftbelastung durch Feinstaub ist momentan im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur in aller Munde, sondern vor allem auch in den Atemwegen und gefährdet die Gesundheit unserer Bürger. Das Landshuter Umweltzentrum e. V. beabsichtigt zur Erlangung von belastbaren und vergleichbaren Daten, die tatsächliche Belastung von Landshuter Bürgern durch Feinstaub unter Zugrundelegung der örtlichen und zeitlichen Verteilung festzustellen. Ende März wurde zu diesem Zweck vom Landshuter Umweltzentrum e. V. ein Messgerät in Landshut aufgestellt und ein Mitglied des Vereins übernimmt seitdem ehrenamtlich den täglichen Filterwechsel. Eine erste Auswertung der Messungen ist mittlerweile auf der vereinseigenen Homepage unter www.la-umwelt.de einzusehen.

Das Landshuter Umweltzentrum sucht, um die Messungen im Stadtgebiet fortsetzen zu können, dringend sogenannte Mess-Paten unter Landshuter Firmen, Betrieben und Bürgern, die diese Kosten jeweils für mindestens ein Monat übernehmen. Frau Andrea Lapper vom Sebastiani-Reformhaus ist die erste Mess-Patin des Vereins und wurde mit einem Wildblumenstrauß zur Besichtigung der Anlage und Übergabe der ersten Ergebnisse herzlich begrüßt.

OB Hans Rampf besichtigte mit Frau Lapper die Messanlage und informierte sich über die ersten Auswertungen. Er bedankte sich im Namen der Landshuter Bürger für die großzügige Beteiligung des Sebastiani-Reformhauses an der Finanzierung des ehrenamtlichen Engagements des Vereins. Die Messergebnisse werden in die weiteren Überlegungen und Maßnahmen der Stadt hinsichtlich der Senkung des Feinstaubes einbezogen.

Vorschau auf GZ 12

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 12, die am 23. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ EDV, Technik und Ausstattung
- ≪ Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- ≪ Kommunale Baupolitik